

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Sonntag, den 24. Juni 1906.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: 20 Mark monatlich, 1.10 Mark wöchentlich, 25 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetrogen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Anzeigen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Woche über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geschlossen.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Eine geistige Werkstätte Jung-Englands.

London, 18. Juni.

Das Jahr 1899 wird in der Geschichte der britischen Arbeiterbewegung denkwürdig bleiben wegen des Beschlusses des Trade-Unionkongresses, eine selbständige Arbeiterpartei zu gründen, zweitens wegen der Eröffnung des Ruskin College (hies: Ruskin Kolldsch) für Arbeiter in Oxford, im berühmtesten und ältesten Sitze englischer Gelehrsamkeit. Die Schule wurde auf diesen Namen getauft, da Ruskins Schriften im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts einen großen Einfluß auf das Denken der jüngeren Arbeitergeneration ausgeübt hatten. Der Gründer des College ist ein reicher, sozialistisch angehauchter Amerikaner, der aber nach wenigen Jahren die Zuführung von Geldzuschüssen einstellte, so daß es fast ganz auf die Beiträge der Gewerkschaften angewiesen ist. Folgende Trade-Unionen haben reichlich zur Erhaltung der Schule beigetragen: Die Engineers (Metallarbeiter) 25 000 Mark, die Eisenbahner 6000 Mark, außerdem drei Stipendien; die Weber 2000 Mark und zwei Stipendien; die Londoner Buchdrucker, die schottischen Genossenschaften und zahlreiche andere Arbeiterorganisationen senden von Zeit zu Zeit Unterstüßungen. Seit dem Bestande der Schule haben etwa 1800 Arbeiter Unterricht in politischen und ökonomischen Wissenschaften erhalten.

Im Schuljahre 1906 befinden sich dort nahezu 40 Studenten, davon 35 Gewerkschaftsmitglieder im Alter von 25 bis 30 Jahren. Die Metallarbeiter sandten 9, die Bergleute 7, die Weber 4, die Kettenarbeiter, Maurer, Dozer, Eisenbahner je 3, die Schmiede, Tischler, Kesselschmiede, Bauarbeiter und Zuckerarbeiter je 1. Die übrigen sind aus Norwegen, Schweden und Dänemark, die teils von den dortigen Gewerkschaften, teils von den sozialistischen Organisationen empfohlen worden sind.

Das College ist eine Art Seminar für begabte Trade-Unionisten, wo sie Unterricht, Kost und Wohnung erhalten. Das Schulgeld für das Schuljahr von 11 Monaten beträgt 2 Pfund Sterling (10/40 M.); es wird von den Gewerkschaften aufgebracht und deckt sämtliche Ausgaben. Die Studenten verrichten selber die nötigen Hausarbeiten: Reinmachen, Abwaschen, Bettmachen; nur für die Küche muß eine Köchin gehalten werden; die Köchin ist die einzige besoldete Person des College.

Die Ernennung der einzelnen Arbeiter zu Studenten nach Oxford geschieht durch die verschiedenen Zweigvereine der Gewerkschaften, die ihre tüchtigsten Mitglieder dem Vorstande der Gesamtgewerkschaft zur Berücksichtigung empfehlen. Der Vorstand entscheidet, worauf sich die jungen Leute an den Rat des College wenden. Sie haben sich keiner Prüfung zu unterwerfen. Nötig sind nur zwei Moralitätszeugnisse und ein Gesundheitsattest.

Die Unterrichtsgegenstände sind: Soziologie, Entwicklung (Darwin, Spencer, Durkay usw.), Logik, Ethik, Aufsatz, Redekunst, Volkswirtschaft, Geschichte der Industrie, Geschichte der sozialen Bewegungen, politische und soziale Probleme der Gegenwart, Staatsverwaltung, Schulwesen.

Den Studenten wird ferner Gelegenheit gegeben, sich im Rechnen, englischer, französischer, deutscher Sprache und Stenographie zu vervollkommen oder ihre Elemente zu erlernen.

Jeder Student ist verpflichtet, wöchentlich einen Aufsatz über einen der Unterrichtsgegenstände zu schreiben. Der Aufsatz wird vom Lehrer in bezug auf Stil und Inhalt eingehend korrigiert und beurteilt.

Und was für Geist herrscht im Ruskin College? Um diese Frage beantworten zu können, ging ich heute nach Oxford und verbrachte dort einen halben Tag mit den Studenten und mit dem leitenden Professor Mr. Hird. Ich ließ mir die Aufsätze zeigen und stellte politische-ökonomische Fragen an die besten Studenten, diskutierte die Werttheorie sowohl vom Standpunkte des Marxismus wie des Jevonsismus, unterhielt mich über Sozialismus und Materialismus und im allgemeinen über die englische und deutsche Arbeiterbewegung. Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß die größte Mehrzahl der Studenten Sozialisten sind. Der Geist des Ruskin College ist durchaus sozialistisch. Mr. Hird, der leitende Lehrer, war früher Geistlicher, wurde aber Sozialist, und mußte sein Amt niederlegen. Jetzt ist er auch, wie er mir ausdrücklich sagte, „materialistischer Romist“. Wir unterhielten uns über die Marx'sche Geschichtsauffassung, der er zustimmt. Er sagte mir ferner, daß die meisten Studenten — bei ihrem Eintritt in das College — marxistisch gesinnt seien, aber der Lehrer der Nationalökonomie Mr. Lees-Smith ziehe die Jevons'sche Preisstheorie vor. Als Lehrbuch dient Professor Marshall's „Principles of Economics“. Aber auch Marx wird gelesen, da es die Aufgabe des College ist, unparteiisch zu sein und einzig und allein nach der Wahrheit zu forschen. Die Unterredung mit Hird hinterließ in mir den Eindruck, daß das College sehr glücklich war in der Wahl seines Leiters. Beim Schluß unserer Unterredung bat ich ihn, mir die besten Studenten vorzustellen. Mr. Hird tat dies in zuvorkommendster Weise und ein Arbeiter namens Keating wurde

mir vorgestellt. Ich lud zu einem Spaziergange ein und nahm noch einen marxistischen Studenten, den Weber Margrave mit. Keating ist für die Jevons'sche Theorie eingenommen, jedoch gelang es uns, — wie er beim Abschiednehmen erklärte — ihn in seiner Auffassung zu erschüttern. Im übrigen benötigten mir die Studenten, daß der Unterricht mit gewissenhaftester Unparteilichkeit erteilt wird.

Jeden Sonnabend haben die Studenten einen social evening: Gesellschaftsabend, der der Unterhaltung gewidmet ist. In dieser Unterhaltung nehmen auch die Univeritäts-hörer der verschiedenen Oxford Colleges teil. Ebenso werden die Arbeiterstudenten in die „Oxford Union“, den berühmtesten Debattierklub Englands, eingeladen, um da Arbeiterfragen zu diskutieren. Eine der letzten Debatten drehte sich dort um die Frage: „Sollen die Kinder in der Schule auch körperliche Nahrung erhalten?“ Zwei Arbeiterstudenten sprachen für, zwei Univeritäts-hörer gegen. Bei der Abstimmung erhielten die Arbeiter die Mehrheit.

Außer dem Unterricht im College existiert noch eine Abteilung für Unterricht durch Korrespondenz. An diesem Unterricht haben bis jetzt 6500 Arbeiter teilgenommen. Die Kosten sind gering: 1 M. pro Monat. Den Teilnehmern werden bestimmte Lehrbücher empfohlen, dann Aufgaben für schriftliche Aufträge gestellt, die von einem der Lehrer korrigiert und beurteilt werden.

Auf meine Frage, wie es kommt, daß die meisten Ruskin-Studenten Sozialisten und noch dazu Marxisten seien, gab man mir folgende Antwort: „Die Gewerkschaften wählen ihre besten und regsamsten Mitglieder als Studenten, und die regsamsten Gewerkschaftler sind in der Regel Sozialisten, besonders in der jüngeren Arbeitergeneration.“

Die Revolution in Rußland.

Der Wjalskoter Militär-Pogrom.

Man schreibt uns: Als zu Ostern dieses Jahres die jüdische Bevölkerung Rußlands mit Angst und Bangen jedem kommenden Tage entgegen sah, als überall vor den Augen der Behörden, oft unter ihrer Mitwirkung die offenste Agitation zur Niedermetzelung der Juden betrieben wurde — da erwies sich Witte-Durnowo plötzlich als Judenfreund: Strenge Zirkulare mit Androhnungen, Judenmehlereien um jeden Preis zu verhüten, regneten auf die Behörden herab, und richtig — die Pogrome blieben aus! Das Geheimnis dieser Judenfreundlichkeit der Regierung ist leicht zu enträtseln: Die Zeit der antisemitischen Agitation fiel ja mitten in die Unterhandlungen über die damals geplante Anleihe, und ein plötzlicher Ausbruch von Judenhetzen — ähnlich, wie sie im Oktober vorigen Jahres stattgefunden — hätte die Realisierung des Riesenpumps vielleicht verhindern können! Das durfte aber um keinen Preis geschehen, deshalb wurden die Regierungen nicht aufgehoben, sondern nur bis zu einem geeigneteren Zeitpunkt aufgeschoben. Dieser Zeitpunkt schien der Regierung jetzt gekommen zu sein. Die Anleihe ist längst untergebracht, im Bande gärt es, die Unzufriedenheit des Volkes wächst stündlich — warum da nicht das alte erprobte Mittel der Judenhetzen gebrauchen, um die Aufmerksamkeit des Volkes vom politischen Boden auf den nationalen und religiösen zu lenken, der vordringenden revolutionären Bewegung durch das Ansehen chaubinitischer Gefühle in den Massen Einhalt zu tun? Nicht zufällig ward gerade Wjalskoto zum Schauplatz des blutigen Dramas. Wjalskoto ist eine Stadt mit überwiegend jüdischer Bevölkerung, mit einer äußerst revolutionär gesinnten Arbeiterschaft. — Diese Stadt schien daher so recht geeignet, als erste für das oben gekennzeichnete Experiment erlesen zu werden. Die Häden dieser schändlichen Verschwörung gegen Hunderte von Menschenleben liegen ja klar auf der Hand, als daß eine Täuschung darüber möglich wäre, auf wen die ganze Schuld fällt.

Vor etwa zwei Wochen ward der Polizeimeister Verlatshew ermordet. Die gewöhnlich wurde diese Tat den revolutionären Organisationen in die Schuhe geschoben, obwohl sie ausdrücklich erklärten, sich daran nicht beteiligt zu haben. Vielmehr geht aus vielen Umständen hervor, daß dieser Mord von der „Schwarzen Bande“ verübt wurde aus Rache dafür, daß Verlatshew einen am 21. März festgesetzten Pogrom nicht zugelassen hatte. Nach seinem Tode setzte die antisemitische Agitation mit erneuter Kraft ein. An ihre Spitze stellte sich der wegen Erpressung und Verschleichheit schon vorbestrafte Polizeipräsident Scheremetjew, der öffentlich prahlte, keinen Juden am Leben zu lassen! In der Stadt wurden Aufrufe der „Schwarzen Bande“ verteilt, in den umliegenden Dörfern wurden Hooligans angeworben und mit Waffen versehen. Auch die Soldaten bearbeitete man in entsprechender Weise. Ein Soldat schreibt in der „Winaer Volkszeitung“: „Der Pogrom ist in den Kofferten vorbereitet worden. Eine ganze Woche vorher wurden die Soldaten gegen die Juden aufgebracht. Es war befohlen, sich zum Donnerstag bereit zu halten, um auf die Juden loszugehen. Sie zu morden und auszulündern sei die Aufgabe eines Soldaten.“

Die Polizei rührte keinen Finger, um dem verbrecherischen Treiben Einhalt zu tun. Die Bevölkerung war in Schrecken. Eine Abordnung der jüdischen Gemeinde eilte zum Gouverneur Kister mit der Bitte um Schutz. Aber blutiger Hohn wurde ihr zur Antwort: „Ich verstehe vollkommen die Lage der Polizeibeamten, die alle Tage erschossen werden. Ich glaube, etwas jüdisches Blut würde nichts schaden; als man voriges Jahr 40 Juden erschossen hatte, war es nachher ein halbes Jahr lang still.“

Der gefürchtete Donnerstag kam heron. Um 1 Uhr zogen die beiden Prozeffionen ruhig durch die Straßen. — Plötzlich — an der Ecke der Institutsskaja und Alexandrowskaja — ertönte das Geschrei: „Rettet Euch! Juden haben Bomben geworfen! Schlagt sie!“ Wie gerufen erschienen die Soldaten. Aber anstatt die paar Dutzend Hooligans, die sich auf die jüdischen Häuser stürzten, zu vertreiben, begannen die Soldaten zuerst in die Fenster der Häuser und dann in die sich in namenlosem Schrecken schlafenden Juden zu schießen. Von der Alexandrowskaja allein brachte man 14 Tote und 32 Verwundete ins Krankenhaus. Während so die Soldaten die Straßen von Juden säuberten, zerstörten die Hooligans die Apotheken von

Knobelsdorf und die benachbarten Häuser. Von der Alexandrowskaja breitete sich der Pogrom auf die nächstliegenden Straßen aus. Auf der Institutsskaja, Lipowaja, Schossejnaja, Nikolajewskaja wurden alle jüdischen Läden demoliert, die Besitzer, die sich zu verteidigen suchten, ermordet. Das Militär stand ruhig dabei und schob auf jeden, der zum Fenster hinaus sah oder sich auf die Straße wagte. Um 6 Uhr kam der Gouverneur aus Grobno. In seiner Anwesenheit hörte das Rorden und Kländern auf. Aber kaum war er nach zweistündigem Aufenthalt wieder fort, da griff das Rufen der Hooligans und des Militärs mit erneuter Kraft an sich. So dauerte es die ganze Nacht fort. Freitag früh gelang es dem Dr. Rajgorodskij, sich mit Lebensgefahr zum Polizeimeister durchzuschlagen. Er zeigte ihm das inzwischen angelommene Telegramm des Dumaabgeordneten Dronson: der Minister Stolypin habe befohlen, mit allen Mitteln die Ruhe wieder herzustellen. Zunächst erwiderte der uniformierte Hecker, indem er auf ein winziges Häuflein Hooligans wies: „Was wollen Sie? Wir sind zu schwach, um mit ihnen fertig zu werden; sie fordern, daß man ihnen erlaube, sich an den Juden zu rächen.“ Dabei operierten in der Stadt nicht mehr als 150 Hooligans, auf den Straßen aber befanden sich 12 Kompanien Infanterie und einige Eskadronen Dragoner. Doch nach der Meinung des Generals Wuga jow skij bestand die Aufgabe des Militärs nicht im Schutze der Juden, sondern in der Unterstützung der Polizei. Diese aber beteiligte sich eifrig am Pogrom und wurde somit vom Militär dabei unterstützt. Das Rorden und Kländern behnte sich nun auf die Vororte aus. Hier wurde die ganze Familie des Lehrers Weinstein ermordet: Vater, Mutter, zwei Söhne und eine Tochter. Ihnen wurden die Hände zugebunden, bei lebendigem Leibe Riegel in den Kopf gejagt, sie wurden mit Messern gestochen, die Frauen wurden geschändet. In derselben Straße beschossen die Soldaten des 12. Mariupoler Regiments die Hadrit von Podolskaut und töteten dabei 7 Arbeiter, die dort wohnten. Die Sägemühle von Hepper wurde in Flammen gesetzt und 6 Arbeiter, die sich retten wollten, erschossen. Auf dem Bahnhofe spielten sich schreckliche Szenen ab. Alle durchreisenden und ankommenden Juden fielen den Hooligans in die Hände. Am Donnerstag waren 7 Juden mit dem Juge nach Wjalskoto gekommen, unter ihnen ein ehemaliger Soldat, der mit vielen Medaillen und Kreuzen geschmückt war. Dort diesen seinen Delorationen wurde ihm das Leben geschenkt. Die sechs anderen aber wurden vor den Augen der Offiziere mit Steinen geschlagen und mit Striden gewürgt. Am Freitag fielen 15 Juden in ähnlicher Weise den Soldaten und den Hooligans zum Opfer. Ein jüdischer Maurer wurde mit Nägeln an die Wand geschlagen und erst dann erschossen!

Auch am Sonnabend ging das Gemetzel in der Stadt weiter vor sich. — Die Bevölkerung lag zitternd in geheimen Winkeln der Häuser verborgen, und sie war dem Verhungern nahe; auf der Straße knatterten die Schüsse, schwoh das wilde Geschrei der Hooligans. Vergebens suchte der von den revolutionären Parteien organisierte Selbstschutz, die Bevölkerung zu retten. Nur in wenigen Fällen glückte es ihm, in Straßen, wo das Militäraufgebot gering war, durch einzelne Revolvergeschüsse ganze Banden von Hooligans zu zerstreuen. Aber in den meisten Fällen mußte der Selbstschutz der bewaffneten Uebermacht weichen; denn das auf den Straßen postierte Militär hatte sich ja den Schutz der Hooligans zur Aufgabe gemacht, und so wie der Selbstschutz sich auf der Straße zeigte, wurde er von allen Seiten beschossen. Hieraus erklärt sich die Erscheinung, daß gerade die Straßen, die am stärksten mit Militär besetzt waren, am meisten gelitten haben und daß umgekehrt die Straßen, in denen kein Militär vorhanden war, beinahe unversehrt blieben. Verkäuflich ist es, daß die Surascher Straße, der Mittelpunkt der revolutionären Arbeiterschaft, vom Pogrom unberührt blieb. Aus Furcht vor den Revolutionären wurde sie von den Hooligans und dem Militär angänglich gemieden! —

Erst am Sonntag ward es ruhig in der Stadt. Das beste Viertel ist zerstört, die Läden sind ausgeplündert, auf den Straßen liegen geschlagene Möbel, Waren; das Pflaster ist mit Heben und frischem Menschenblut bedeckt. Die Wagen des Roten Kreuzes bringen die Toten und die Verwundeten ins Krankenhaus. Am Sonntag lagen dort bereits 76 Leichen zur Rekognoskierung ausgestellt. Ein Jammer ohnegleichen schwebt in der Luft: Hier findet eine Mutter ihr Kind, ein Mann seine Frau, ein Sohn seinen Vater. Die Leichen sind furchtbar verstümmelt, viele nicht zum Erkennen. Da liegt die Familie Weinstein mit Rägelpuren, dort ein junger Mann, dem man einen dicken Stock in den Mund hineingetrieben hat, da ein anderer mit geschmettertem Kopfe, hier eine Mutter mit ihrem Säugling, beide von Messerschlägen getötet. Die meisten haben ihr Leben durch Bajonette und Gewehrschüsse eingebüßt.

Die Verwundeten bieten ein schreckliches Bild: Ein junger Mann ist von mehr als 20 Bajonettstichen durchbohrt, einem Kinde sind beide Hände abgehakt, einem anderen die Füßchen durchgeschossen usw. Die meisten Verwundeten sind dem Tode nahe. Insgesamt hat man bis jetzt an 100 Tote und 150 Verwundete festgesetzt. Die wirkliche Zahl ist aber ohne Zweifel viel größer. . . .

Ist es noch nötig, die Frage zu stellen, wer diese Schrecken, diese Grauel, die selbst in der mittelalterlichen Inquisition ihresgleichen suchen, über die unglückliche Stadt heraufbeschworen hat? Kann man noch darüber zweifeln, in wessen Interesse es war, die falschen Meldungen von Bombenwürfen gegen die Grifflische Prozeffion unter die Massen zu schleudern? Die Reaktion greift zu den letzten Mitteln; sie gibt sich nicht mehr die Mühe, ihre finsternen Ränke im Geheimen zu schmieden, sie verbirgt sich nicht hinter dem Micken des fanatisierten Pöbels, sie bedient sich offen des Militärs, um über die wechsellöcherige Bevölkerung herzufallen. Es ist schon kein Pogrom mehr, sondern eine militärische Strafexpedition. Es ist keine Volkserhebung gegen die Revolution, sondern ein bewaffneter Ueberfall der Regierung auf die Bevölkerung. Es sind die letzten Todeskrämpfe eines Regimes, das seinem Ende entgegensteht. Schon hört man das dumpfe Grollen des Volksgorns, schon wird der Boden, auf dem sich die Selbstherrlichkeit noch sicher wähnt, von unterirdischen Stößen der Volkserhebung durcheinandergeworfen — es naht der Tag des Volksgerichts über die Unterdrücker, und in der endlos langen Reihe der Verbrechen des Jorismus wird auch Wjalskoto hundertfach vergolten werden!

Von der Streikbewegung.

Kutais, 22. Juni. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Gestern sind in Kischinaw, dem Zentrum der „neue“

Wohnung, alle Arbeiter, 20 000 an der Zahl, wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen in den Ausstand eingetreten.

Petersburg, 23. Juni. (W. Z. W.) Der Ausstand der Wäcker dauert fort; nachdem seit mehreren Tagen bereits die Herstellung von Weizenbrot eingestellt ist, hört von heute ab auf Forderung der Ausständigen auch die Herstellung von Roggenbrot auf. Einige Wäckermeister, die selbst den nötigen Bedarf für ihre Kundenbäckereien wollten, wurden von den Ausständigen gezwungen, den Betrieb einzustellen; das vorhandene Brot wurde von den Ausständigen mit Petroleum übergossen. Die Militärbehörde hat der Stadtwirtschaft die Militärbäckereien zur Verfügung gestellt, doch können diese täglich nur 2000 Pud Brot backen, also etwa 80 000 von den 1 1/2 Millionen Einwohnern mit Brot versorgen. Auch der Mangel an Fleisch nimmt täglich zu, die Preise sind in raschem Steigen begriffen.

Die Blätter hatten die Nachricht von dem Vorhandensein der sibirischen Pest in Petersburg bestürzt. Bisher ist die Nachricht richtig, entzieht sich nach dem neulichen Dementi der Petersburger Telegraphen-Agentur der Beurteilung.

Von allen Seiten werden heute wieder partielle Ausstände, Agrarunruhen und Särgung unter den verschiedensten Truppenteilen im Reich und in Petersburger Regimentern gemeldet.

Petersburg, 23. Juni. Hier steht ein Streik der Polizisten in Aussicht. Behufs Parafizierung des Wäckerstreikes werden Rekruten, welche gelehrte Wäcker sind, zur Dienstleistung in den Militärbäckereien embehalten.

Petersburg, 23. Juni. (W. Z.) Nach hier eingelaufenen Meldungen nimmt die Erregung unter der Arbeiterbevölkerung in den verschiedensten Provinzen auf das Bedenklichste zu, so daß schlimme Ereignisse befürchtet werden.

Satz, 23. Juni. In den hiesigen Rappthagräben wurde der Generalausstand proklamiert.

Das Heer!

Scherl bringt folgendes Privattelegramm:

Odeffa, 23. Juni, 2 Uhr 35 Minuten nachmittags. Die schon seit einigen Tagen in der hiesigen Garnison herrschende Aufregung führte heute zu einem Streik im Lublin-Regiment. Die Soldaten fordern bessere Behandlung und Erleichterungen in ihrer wirtschaftlichen Lage. Auch in anderen Regimentern finden täglich Soldatenversammlungen statt.

Bei dem Reichsdumamitglied Tesija erschien eine 16 Mann starke Militärdeputation, die ihm im Namen der Petersburger Garnison erklärte, daß die weißen Soldaten gern bereit sind, die Reichsduma im Kampfe gegen die russische Regierung zu unterstützen.

Aus dem Kaukasus.

Petersburg, 23. Juni. (W. Z.) Die letzten Meldungen über die gestrigen Unruhen im Kaukasus besagen, daß diese einen großen Umfang annahmen. In Soucha beschoß Artillerie die Stadt und die umliegenden Dörfer. Im Gouvernement Karsl brannten Bauern die Wäcker nieder und töteten das Vieh.

??

Petersburg, 23. Juni. (W. Z.) Seitens des Zaren stehen wichtige Kundgebungen bevor. Unter anderem wird Pobjedonoszew ein Manifest betreffend die Agrarfrage dem Zaren unterbreiten, das in Wälder zur Veröffentlichung kommen soll.

Kattunauflösung für Gutsarbeiter.

Trotz der drohenden Bauernunruhen fühlen sich manche russische Gutsbesitzer noch so mächtig und selbstherrlich, daß in ihrer Wirtschaft die rigorossten Maßnahmen zu finden sind. So herrscht auf den Gütern des bekannten Adelsmarschalls und Reichsratsmitgliedes Fürsten Trubekoj ein Regime, das bei den jetzigen Verhältnissen in Rußland Erstaunen erregen muß: Der Arbeitstag wird schon seit einiger Zeit auf 21 Stunden bemessen, wobei die Schuppen mehr als zu knapp bemessen sind und die Beköstigung selbst erbärmlich ist. Aufheben gibt es überhaupt nicht. In den im Chersoner Gouvernement liegenden Obst- und Weinanlagen dieses Fürsten werden allen Arbeitern Kattunauflösung angelegt, die am Hinterkopf befestigt sind, um einem etwaigen Rasen der Arbeiter einen Kegel vorzuschieben! Dabei ist den Arbeitern strengstens verboten, diese Schutzvorrichtungen selbst abzunehmen; vielmehr müssen sie sich jedesmal, sobald sie Durst haben, an den betreffenden Kuffel wenden, vor dessen Augen der Kattun alsdann für die Zeit des Trinkens abgenommen wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Juni.

Unser Sieg in Hannover.

Das Hannover wird uns geschrieben:

Die Zusammenstellungen des Wahlergebnisses durch den sozialdemokratischen Wahlverein haben endgültig folgendes Ergebnis gezeigt:

	1906	1903
Brech (Soz.)	31 953	29 881
Fink (nail.)	17 080	10 941
Dammenberg (W.)	10 871	9 659
Erzberger (B.)	2 415	2 907
Holzgrebe (B.)	194	797
Verpflütert —	150	Katsoz. 189 Beripl. 64
Zusammen	62 618	58 867

Es haben also 8748 Wähler mehr gewählt als 1903. Unsere Stimmenzahl ist um 2573 gewachsen, die Nationalliberalen gewonnen, da diesmal die Freisinnigen und Nationalsozialisten gleich für den Nationalliberalen eintraten, bei Einrechnung der damals abgegebenen Stimmen 5174, absolut 6089 Stimmen. Der Waise erzielte ein Mehr von 1212 Stimmen, dagegen blühte das Zentrum 492 Stimmen ein.

Betrachtet man das Wahlergebnis rein zahlenmäßig, so ist die diesmalige Zunahme der Stimmen, seit wir das Mandat besitzen, die geringste, das Wachstum betrug nie unter 8000 Stimmen. Wir erhielten

1884:	8 899,	mehr gegen die vorige Wahl	8824
1887:	12 210,		3871
1890:	15 789,		3579
1893:	19 588,		8749
1898:	25 045,		6507
1903:	29 881,		4898
1906:	31 953,		2573

Diese Zahlen beweisen das stetige Fortschreiten der sozialdemokratischen Bewegung, und das allein wird gegen jede Verleumdungsfucht der Gegner ausschlaggebend sein.

Der Sieg in Hannover ist aber nicht zahlenmäßig zu schätzen, sondern zu wägen. Schon der Wahlkampf selbst über den an dieser Stelle mehrfach berichtet ist, stand in gar keinem Verhältnis zu früheren Kämpfen.

Der Kampf am Wahltag selbst war ein bisher in Hannover noch nie gesehener. Auf den Straßen standen eine große Anzahl Leute mit Plakaten, die folgende Aufschrift trugen: „Heute ist Reichstagswahl. Sie haben noch nicht gewählt. Geben Sie sofort Ihre Stimme ab für einen bürgerlichen Kandidaten!“ Bei der letzten Wahl sahen im Wahllokale nur sozialdemokratische und weilsche Plakate. Diesmal hatte der Bürgerausschuß sich etabliert mit einem Nummerzeichen, das zwar von mittags ab geschrieben werden konnte und alle halbe Stunden von mittags ab

im Wahlbureau des Bürgerausschusses gestrichelt wurde. Für sämtliche Wähler lagen fertige Kuberts da mit Schlepplarten. Wer gewählt hatte, dessen Kubert wurde herausgenommen, mit den anderen zog eine Schar von Beamten los, um die Leute zur Wahl zu holen. Trotz dieser gewaltigen Anstrengungen sind etwa 10 000 Wähler zu Hause geblieben! Allerdings ist erreicht worden, daß diesmal statt 73 Proz. 80 Proz. der Eingetragenen gewählt haben.

Vor nichts fürchtete das fanatisierte Ordnungswählerturn zurück. Automobile und Droschken waren in großer Anzahl im Betrieb. Nur einiges sei hier mitgeteilt: In einem Wahllokale in der Stadt Hannover fuhr ein Kranter vor, beziehungsweise wurde vorgefahren; er konnte nicht herauskommen. Man brachte ihm ein Wahlkubert aus Auto und der Wahlvorsteher kam mit der Wahlurne heraus und ließ das Kubert einstecken. In einem anderen Lokale erschien ein Wäcker, erbat sich ein Kubert, da ihr Vater krank sei und nicht kommen könne. Das Kubert wurde verabfolgt. Nach einiger Zeit kam das Mädchen zurück und gab dem Wahlvorsteher das Kubert, der es in die Urne warf. Ein anderer Ordnungswähler hielt im Auto auf der Straße vor dem Wahllokale, schickte seinen Diener hinein und ließ den für sich wählen. Ein Dienstmädchen oder die Tochter eines anderen Wählers kam an den Wahlstisch; ihr von Rheumatismus geplagter „Herr“ oder Vater stand vor dem Wahllokaleingang. Das Mädchen ging in die Dantellammer, steckte den Wahlzettel ins Kubert und gab es unter Zustimmung ihres „Herrn“ oder Vaters dem Wahlvorsteher! Auch dieses Kubert kam in die Urne! Als unsere Genossen protestierten, sagte der Wahlvorsteher: Nicht einmal Mitleid haben diese Menschen! — Doch genug hierbon.

In schreiendem Gegensatz zu diesen Vorkommnissen stand die Behandlung unserer Genossen im Landkreise. In vielen Dörfern wurden die zur Beobachtung der Wahlhandlung beordneten Genossen einfach an die frische Luft befördert. „Wir lassen uns nicht kontrollieren!“ war die Antwort der wütenden Wahlvorsteher. Einem anderen Genossen wurde gesagt: „Was wollen Sie hier?“ — Ich bin von der sozialdemokratischen Partei beauftragt — — weiter kam er gar nicht, da erscholl ihm ein wutähnliches: Heraus! dröhnend entgegen. Er mußte sich fügen, wollte er nicht Bauernhäute verspüren. . . . Beschwerden waren nutzlos. Der Wahlkommissar war ausgeautet, sein Stellvertreter war nicht zu finden und der Landrat, an den man sich wegen der Ermittlung unserer Genossen wandte, sagte, er habe die Wahlvorsteher angewiesen, jeden Wähler, der sich als Wähler legitimieren könne, im Lokale zu belassen. Eine Kontrolle sei auch nicht nötig, da die Wahlvorsteher vertrauenswürdige Leute seien.

Betrachtet man unter diesen Umständen den Sieg unserer Partei, so können wir mit dem Erfolge zufrieden sein. „Stichwahl gibt's unter allen Umständen!“ rief der Bürgerausschuß triumphierend. Als das Wahlergebnis bekannt war, sagten die Wahlmänner des Bürgerausschusses: „Das war ein entsetzlicher Reinsfall!“ Diesen Prahlhanseln den Mund gestopft zu haben, das ist ein Nebenerfolg des Kampfes. Mag auch das zahlenmäßige Ergebnis hinter manchen Erwartungen zurückgeblieben sein, die Niederwerfung einer Ordnungsmute, die, um mit Goethe zu reden, eine Ausgeburt von Dreck und Feuer war, ist ein Erfolg, der uns freuen darf.

Mögen andere Wahlkreise den hannoverschen Genossen nachzueifern.

Die bürgerliche Presse ist natürlich äußerst entsetzt über den starken Zuwachs der bürgerlichen Stimmen und erzählt ihren gläubigen Lesern, daß es gelungen wäre, eine Stichwahl herbeizuführen, wenn die Waisen nur nicht die Nationalliberalen in so gehässiger Weise belächelt hätten, denn dann wären noch mehr bürgerliche Wähler zur Wahl geschritten. Aber auch so, versichern sie, sei das Resultat erfreulich und zeige, daß es einmal gelingen könne, die Sozialdemokratie zu werfen. Gönnen wir ihnen die Hoffnung und arbeiten wir weiter. Daß das Wachstum der bürgerlichen kein organisches ist, daß es nur außerordentlichen Anstrengungen zu verdanken ist, zu denen die Gegner bei einer allgemeinen Wahl kaum imstande wären, ist leicht einzusehen. Die Rechnung auf die Nichtwähler wird sie enttäuschen. Es wird immer ein Teil der Wahlberechtigten nicht wählen, einestheils weil nach Anfertigung der Wählerlisten zahlreiche Personen aus dem Wahlkreise ziehen und andere durch Krankheit, Reisen usw. abgehalten sind. Andererseits aber setzen sich diese Nichtwählenden aus Indifferenten zusammen, die keiner Partei angehören, und die schlechterdings nicht an die Wahlurne zu bringen sind, die deshalb auch nicht als Reserven der Ordnungsparteien gerechnet werden dürfen.

Die Enttäuschung der Gegner muß übrigens recht groß sein, denn die Ordnungsbücher haben eine Meldung passieren lassen, die sie bei ruhiger Ueberlegung nicht hätten aufnehmen können. Aus Hannover hat ihnen nämlich ein besonders Schläuer telegraphiert, die Wahl müsse für ungültig erklärt werden, weil die Wählerlisten gar zu mangelhaft aufgestellt worden seien. An einzelnen Wahlbureaus hätten deshalb bis über 100 Wähler als nicht eingetragen zurückgeschickt werden müssen. In einem einzigen Hause seien zum Beispiel von sechs Wählern fünf nicht eingetragen gewesen. Selbst jahrzehntelang ansässige Bürger seien dadurch von der Wahl ausgeschlossen worden. Gegen diese von der Polizei besorgte Aufstellung der Wählerlisten werde außerdem Beschwerde beim Reichslanzler und beim Minister des Innern eingelegt werden.

Man könnte eigentlich von politischen Blättern so viel Kenntnis des Wahlergebnisses verlangen, daß sie den Unsinn dieser Meldung selbst erkennen könnten. Mangelhafte Wählerlisten sind kein Grund zum Wahlprotest. Wer sich nicht um seine Eintragung bekümmert, der darf sich nachher nicht beklagen, wenn er nicht wählen darf.

Diese Hoffnung auf die Umstosung des sozialdemokratischen Wahlsieges dürfen die Gegner also ruhig begraben. Wie die Hoffnung auf das Mandat Hannovers überhaupt.

Biersteuer-Kraquel.

Bierkrawalle, wie sie einst in Normanzügen die Ordnung Münchens gestört haben, hat die neue Biersteuererhöhung zwar noch nicht zur Folge gehabt. Aber Unruhe hat sie schon genug verursacht, allerlei Kapdalgereien und Keckereien. Brauer und Gastwirte suchen jeder die Verlastung loszuwerden und sie dem anderen zuzuschreiben, und beide zeigen dabei nicht übel Lust, die Steuererhöhung zum Vorwand einer Extragründung des Publikums, zur Erhöhung ihres Profits auszunutzen. Auf der Tagung der Gastwirte wird der Regierung und den Steuerpartei, den Konservativen, Nationalliberalen und dem Zentrum, furchtbare Rache geschworen und entdeckt, daß es auch Mittelstandspolitiker gibt, die sich nicht genieren, den Mittelstand zu schädigen. Freisinnige Blätter treten für das Recht der Großbrauereien auf unbeschränkter Bierverkauf ein und ein königlich preussischer Landrat entriest sich über die Preissteigerungen und fordert zum tätigen Widerstand gegen unredliche Ausbeutung auf. Ein lustiges Durcheinander, wie es schöner kaum gedacht

werden kann, wobei indes die Zuschauer nicht zur reinen Freude des lachenden Dritten kommen, da sie schließlich die Kosten des Schauspiels zu tragen haben.

Auf dem deutschen Gastwirtstage, der dieser Tage zu Essen tagte und dessen Beschluß zur Frage der Biersteuerabwälzung wir registriert haben, ist es zu einigen heftigen Reden gegen die Reichstagsmehrheit gekommen. Referenten und Diskussionsredner empfahlen dringend, sich bei den nächsten Wahlen „die Kandidaten anzusehen“. Die Biersteuerpartei wurden böse gezust und besondere Klage darüber erhoben, daß auch Mitglieder der famosen Mittelstandsbereinigung für die Steuer gestimmt haben, die zur Vernichtung eines bedeutenden Gliedes des Mittelstandes, des Gastwirtsstandes führen müsse. Wenn nicht einmal mehr auf die Mittelstandspolitiker Verlaß ist, wohin soll der Mittelstandsmann dann gehen, etwa zur Sozialdemokratie? Unbedingt für einen guten Patrioten und begeisterten Verehrer des Privateigentums, trotz oder gerade weil es vor der Expropriation steht. Glücklicherweise konnte Herr Reichstags-Abgeordneter Froelich wenigstens auf sein Parteigänger, auf die Antisemiten, verweisen, die die Mittelstandspolitik nicht durch Zustimmung zur Biersteuer verraten haben. Ob das den abgetriebenen Judenrefressgaul wieder auf die Beine bringen wird? Wenn die Gastwirte erleben wollen, daß ihre Erwählten den Anlaß zu neuen Steuern durch Zustimmung zu allen Heeres-, Marine- und Kolonialvorlagen schaffen, so sollen sie nur die Froelich und Konforten wählen!

Groß war auch die Entrüstung der Gastwirte darüber, daß die Brauereien die Steuer nicht tragen und gar noch von den Gastwirten mehr heraus haben wollen als sie die Steuererhöhung kostet. Damit haben sie völlig recht. Die Brauereien haben bekanntlich einen Preisaufschlag von 2 M. auf den Hektoliter in Aussicht genommen, während die Steuererhöhung selbst für die größten Brauereien nur etwa 1,25 Mark, im Durchschnitt nicht mehr als 1 Mark beträgt. Nun haben aber inzwischen in manchen Orten, so z. B. in Kassel, die Gastwirte beschlossen, es den Brauereien nachzutun. Sie erhöhen den Bierpreis nicht um den Betrag der von den Brauereien vorgenommenen Erhöhung des Bierpreises, sondern um das Doppelte, nämlich um 4 Pf. pro Liter. Und die Bierverleger des Kreises S i u h m verstehen es noch besser; sie verkleinern das Maß der Bierflaschen bei Festhalten des alten Preises so radikal, daß eine Verteuerung des Bieres um das Achtfache der Steuererhöhung herauskommt. Das hat den Landrat von Stuhm zu der famosen Erklärung gegen den Bierwucher und zum Aufrufe gegen die Ausbeutung gebracht, der sich höchst sonderbar ausnimmt in einer Gesellschaft, in der der größte und erfolgreichste Ausbeuter es am weitesten bringt!

Die Freisinnige Volkspartei hat bekanntlich gegen die Biersteuer gestimmt; indes nicht der Konsumenten wegen, sondern aus Sorge um die Dividenden der Großbrauer. Dieser kapitalistische Hintergrund der freisinnigen Haltung enthält sich jetzt, da die Brauereien auf ihren Fischfang ausgehen. Die zahlreichen Blätter der Partei, darunter die führenden, die „Freisinnige Zeitung“ und die „Vossische Zeitung“, verfechten mit Todesverachtung das Recht der Brauer auf Bierwucher. Einem der wenigen freisinnigen Blätter mit eigener Meinung, der „Berliner Volks-Zeitung“, hat das dieser Tage zu einem heftigen Angriff auf den Nachfolger Richters Anlaß gegeben. Sie bezeichnen es als höchst bedauerlich für die Freisinnige Volkspartei, daß gerade aus ihren Kreisen heraus den Großbrauereien und ihren vollständig unmotivierten und maßlosen Preissteigerungsgelüsten ein Verteidiger erstanden ist in der Person des Reichstagsabgeordneten für Sagan-Sprottau, Dr. Müller-Groß-Lichterfelde.

„Dieses freisinnige Ausschussmitglied einer Bierbrauerei-Aktiengesellschaft hat es, wie wir kürzlich mitteilten, zustande gebracht, in verschiedenen freisinnigen Provinzialblättern für die geplante abnorme Erhöhung des Bierpreises durch die Brauereien sich gehäufig ins Zeug zu legen. Verschiedene freisinnige Blätter haben diese Verteidigung der Profitgelüste der Großbrauereien, gegen die sich der gesamte Gastwirtsstand und das gesamte Publikum mit vollem Recht auflehnen, ohne Widerspruch mitgemacht. Von keinem anderen fraktionellen ist gegen Dr. Müller wegen seines Vorgehens zugunsten der Brauereien Widerspruch erhoben worden. Darf man sich da wundern, wenn in Gastwirtsreisen der Glaube entsteht, die Freisinnige Volkspartei vertrete in dem Kampf um den Bierpreis lediglich die Interessen der Großbrauereien?“

Die Frage ist leicht zu beantworten. Aber wer Ausschussmitglied einer Aktienbrauerei ist, hat eben Verpflichtungen. Das darf die „Volkszeitung“ nicht vergessen. Dem Lantime-Müller muß das Wohlergehen seiner Aktiengesellschaft doch näher liegen als das seiner Partei.

Deutsches Reich.

Ein schlauer Wandler.

Die Regierung verfolgt mit ihrer in der gestrigen Abendausgabe der „Nordd. Allg. Ztg.“ veröffentlichten Notiz über die Verlegung der Amtsvorsitzenden durch Beamte des Kolonialamtes ersichtlich den Zweck, die Aufmerksamkeit von der Putschlamer-Affäre und den lästigen Umständen in der Kolonialverwaltung abzulenken und statt dessen die ganz nebensächliche Frage des Amtsmißbrauchs in den Vordergrund zu schieben. Deshalb die mit großem Getöse vorgenommene und angekündigte Durchsichtung der Redaktionsräume der „Freisinnigen Zeitung“, deshalb die stammende Entrüstung, mit der in der gestrigen Notiz der „Nordd. Allg. Ztg.“ über das „imere Uebel einer deutschen Behörde“, über die staatsanwaltliche Verfolgung pflichtvergessener Beamten“ philosophiert und eine große Meinung des Beamtenkörpers der Kolonialabteilung in Aussicht gestellt wird. Durch diese nach allen Regeln offizieller Vertuschungskunst betriebene Rache soll das Publikum veranlaßt werden, sich zunächst mit der polizeilichen Hausdurchsuchung und dem Strafverfahren „wider Gög und Schneider“ zu beschäftigen und über den angeblichen Amtsmißbrauch dieser Beamten die weit standalösere Putschlamer-Affäre zu vergessen.

Daß diese Absicht besteht, ergibt sich deutlich daraus, daß die reaktionäre halb- und vierteloffizielle Presse aus der Keuzerung der „Nordd. Allg. Ztg.“ nicht jene Stellen hervorhebt, welche die früheren Angaben der „Freisinnigen Ztg.“ und der „Germania“ bezüglich des dem Reichslanzler von dem Geh. Legationsrat Rose erstatteten Berichtes bestätigen, sondern die Bemerkungen des Regierungsborgans über die Verlegung der Amtsvorsitzenden, um an diese dann allerlei Aufforderungen zu energischem Einschreiten gegen den unerhörten Amtsmißbrauch zu knüpfen. So schreiben beispielsweise die „Berl. Neue Nachr.“:

„Daß im Beamtenkörper der Kolonialabteilung zwei Seelen wohnen, über deren Intrigenspiel und Abwechslungen unsere an sich so unglückliche Kolonialpolitik seit langem grenzenlos Schaden

leidet, ist ein offenes Geheimnis. Man mußte sich nur wundern, daß der Augiasstall der Selbstsucht, Streberei und Indignität so lange seine üblen Dünste durchs Reich und ins hässlich zwinkernde Ausland tragen konnte. Jeder Vaterlandsfreund, der zugleich überzeugter Fürsprecher einer gesunden, großzügigen Kolonialpolitik als einer der Grundfesten der Großmachtstellung Deutschlands ist, wird es deshalb doppelt freudig begrüßen, daß das vom Kaiser angeordnete Strafverfahren über die in Aussicht genommene Veränderung des Beamtenkörpers hierin Wandel schafft.

Und „Das Reich“ faucht urteutonisch:
„Man merkt, daß hier mit eisernem Besen gefegt werden soll. Wir können und dessen nur freuen. Ob aber der Sag, daß nötigenfalls alle Beamten der Kolonialabteilung entlassen werden sollen, in Begreiflicher Erregung nicht doch über das Ziel hinausschießt? Wir glauben nicht, daß etwas Ähnliches schon in der Geschichte des Reiches zu verzeichnen war und warnen vor Repetition. So bitter das Ganze für unser preußisches Ehrgefühl und für unsere Freunde am Behen der deutschen Flagge in Afrika auch sein mag: im Grunde ist es ein Zeichen von Gesundheit für den Stamm, wenn ungeheure Aeste schonungslos abgeknippt werden.“

Auch die Ankündigung der Regierung, daß der Gouverneur v. Puttkamer selbst zur Aufklärung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe die Einleitung einer Disziplinäruntersuchung beantragt habe, scheint nur dazu bestimmt zu sein, die öffentliche Meinung zu beruhigen; denn wie die „Dtsch. Ztg.“ mitteilt, stützt sich der betreffende Antrag Puttkamers lediglich darauf, daß ihm eine Verurteilung der Efferischen Gesellschaft vorgeworfen wird. Höchstwahrscheinlich soll also nur diese nebenstehende Angelegenheit untersucht werden, während die anderen Vergehen gesondert, darunter die Wahlsache, beim Disziplinärverfahren außer Betracht bleiben. Das könnte dem Herrn Gouverneur passen.

Die Regierung wird aber mit dieser unverständlichen Einschränkung des Verfahrens gerade das Gegenteil von dem erreichen, was sie wünscht, denn jeder wird sich sagen, daß nur die Furcht, Herr v. Puttkamer könnte der Regierung unbecommene Entschuldigungen machen, letztere zu ihrer Milde und zarten Rücksichtnahme bestimmt.

Zentrumsarbeiter gegen Zentrumskapitalisten.

Das Wort und wird und geschrieben:
Die im „Vorwärts“ schon besprochene Behandlung des Straßenbahnerstreiks im Stadtparlament und namentlich das Verhalten der Zentrumsführer Zeitungverleger Lenjing und Rechtsanwalt Westhoff haben den Geist des Widerspruchs bei den christlichen Arbeitern geweckt. Nachdem es eine Woche lang gepörrt, ist es jetzt zur offenen Rebellion gekommen. Das christliche Gewerkschafts-Kartell hat den Zentrumskapitalisten den Krieg erklärt und die „Tremonia“, das offizielle Organ der Zentrumsparthei, auf den Index gesetzt. Mittels Flugblätter wurde zu einer großen Protestversammlung einberufen, die Dienstagabend ausgetragen hat. Das große Lokal war vollbesetzt. Es herrschte schwüle Stimmung. Zwei Referenten waren bestellt, welche beide schäneres Geschick aufwiesen. Der erste Redner erzählte, wie er persönlich wegen des Streikbrecher-Inferats in der „Tremonia“ beim Verleger Lenjing vorstellig geworden sei. Lenjing habe die Ausrede verwendet, er habe es aufnehmen müssen, weil er laut § 10 des Pressegesetzes (Verlautbarungen von öffentlichen Behörden) dazu verpflichtet gewesen wäre. Auch würden durch das Inzerat keine Streikbrecher, sondern nur Sonntagsschaffner gesucht. Für so dumm, derartige Ausreden zu glauben, solle Lenjing die christlichen Arbeiter doch nicht halten. Selbst wenn er zur Aufnahme verpflichtet gewesen wäre, dann hätte er an anderer Stelle unter Hinweis auf das Inzerat eine Warnung erlassen sollen. Dann habe er, Redner, von Lenjing verlangt, daß das Zentrum, welches sich von Arbeitern ins Stadtparlament habe wählen lassen, endlich einmal Stellung nehme und den Magistrat wegen des unerhörten Verhaltens den Straßenbahnen gegenüber den Kopf zuruckstecke. Die christliche Arbeiterpartei verlange, daß im Stadtparlament endlich andere Töne geredet würden. Schon im vorigen Jahre beim Bauarbeiterstreik, wo an städtischen Bauten unter großem, polizeilichen Schutz italienische Streikbrecher beschäftigt wurden, habe das Zentrum seine Pflicht veräußt. Lenjing habe auch das beste versprochen, dem Magistrat solle mal gründlich die Meinung gesagt werden. Zum größten Entsaunen aller christlichen Arbeiter habe Lenjing aber kein Wort gehalten, sondern einen wahren Eieratz ausgeführt, er habe den Magistrat angegriffen nach dem Rezept: Was mir den Hals, aber mach ihn nicht nah. Lenjings Rede sei mehr eine Zustimmung zu dem vom Magistrat betriebenen Verfahren gewesen. Geradezu empörend sei das Verhalten Westhoffs, der den Streik als Erpressung bezeichnet habe. Dieser Herr Zentrumsführer, der prinzipiell niemals eine Arbeiterversammlung besuche, sei gar nicht kompetent in Arbeiterfragen mitzureden. Der christliche Arbeitersekretär Gronowski habe geredet, wie er als Arbeitervertreter reden mußte. Wenn Gronowski nicht für's Zentrum geredet habe, wie sich Westhoff zu erklären erdreistete, dann aber doch sicher für die christlichen Arbeiter, die hinter ihm ständen. Gronowski habe mit Recht den Oberbürgermeister angegriffen und dafür Ordnungsrufe bekommen. Wer die Wahrheit sage und den Kopf auf den Kopf stelle, werde zur Ordnung gerufen. Lenjing und Westhoff hätten sich die größten Ungehörigkeiten gegen Gronowski erlauben dürfen, ohne zur Ordnung gerufen zu werden. Damit sei nicht nur Gronowski, sondern auch die hinter ihm stehenden christlichen Arbeiter getroffen. Verurteilen müsse man die drei anderen christlichen Arbeiter im Stadtparlament, die mit keinem Worte Gronowski beigestraften seien. Jetzt sei es an der Zeit, daß die christlichen Arbeiter sich auf sich selbst bekümmen und gründlich Wandel schaffen. Mit der Presse müsse begonnen werden. Die „Tremonia“ sei kein Arbeiterblatt mehr und die übrige bürgerliche Presse lauge auch nicht. Das Zentrumsblatt „Tremonia“ müsse aus jeder christlichen Arbeiterfamilie verschwinden. Der Kampf müsse konsequent durchgeführt werden. Das christliche Gewerkschaftskartell habe bereits einen Vertrag mit dem „Vollstreund“-Essen und der „Westdeutschen Zeitung“-Essen abgeschlossen, welche beiden Blätter die „Tremonia“ ersetzen sollen. Der „Vollstreund“ sei für die katholischen, die „Westdeutsche Zeitung“ für die evangelischen Arbeiter bestimmt.

Schließlich wurde dem Stadtvorordnetenkollegium ein Mißtrauensvotum, Gronowski ein Vertrauensvotum ausgesprochen. Lenjing, der noch in der letzten Stadtvorordnetenversammlung sich gebrüht, daß er seit 20 Jahren mutig den Kampf gegen die Sozialdemokratie geführt habe, hatte nicht den Mut gefunden, in dieser christlichen Versammlung zu erscheinen und sich zu verantworten. Freilich hatten auch die Arrangiere der Versammlung nicht den Mut, sozialdemokratischen Rednern das Wort zu erteilen. Zwischen treffen Nachrichten ein, daß auch auf den Landorten der Geist des Widerspruchs gegen das Zentrum sich bemerkbar macht. In Kirchlinde tagte eine christliche Vergarbeiter-Versammlung, in welcher ein Ausschußmitglied des Gewerkschaftsvereins eine scharfe Protestresolution gegen die Haltung des Zentrums bei der Knappheitsreform einbrachte. Die Resolution wurde mit lebhaftem Beifall angenommen, jedoch die Abstimmung durch sofortigen Schluß der Versammlung vereitelt.

Daß die neuen Handelsverträge schädlich wirken, wird von den Kreisen der Volkspartei sehr lebhaft in Abrede gestellt, weil nicht schon schwer fühlbare Störungen im wirtschaftlichen Leben zu beobachten sind. Es wird so getan, als ob Handel

und Industrie, ganz unbeeinträchtigt durch die Zollverhältnisse, sich allgemein in flotter Aufwärtsentwicklung befinden. Von einer Abwanderung industrieller Unternehmungen ins Ausland sei keine Rede, wird erklärt. Und doch wirken die neuen Handelsverträge allmählich so, wie von den Gegnern der Zollhergehungen vorausgesehen wurde. Von der Chemiker Handelskammer sind Erhebungen angefertigt worden über die Frage, in welchem Umfange das Inkrafttreten des deutsch-österreichischen Handelsvertrages zur Anfechtung der Deutschen in Oesterreich geführt hat. Danach haben in Weipert, um den durch die Säge des neuen österreichischen Zolltarifs gefährdeten Export aufrecht zu erhalten, zwei Firmen, die in Suchholz in Sachsen ihren Sitz haben, Fabriken größeren Umfanges für Papier und Präparaten errichtet. Hier Fabriken Plauerer Siedereien haben in Weipert neue Etablissements angelegt, weil diese Artikel der hohen Zollsätze wegen von Deutschland nach Oesterreich voraussichtlich nicht mehr ausgeführt werden können. Jetzt ist der österreichische Bedarf nach durch Vorexport gedeckt. Eine Chemischer Trikotagen- und Herrenwäschefabrik hat sich in einer Weipert Fabrik eingemietet. Als wahrscheinlich wird es bezeichnet, daß noch weitere industrielle Etablissements in Weipert begründet werden; insbesondere sollen Verhandlungen mit deutschen Bronzwarenfabriken schweben. Ueber die Gründung einer Strumpfabrik in Schmieberg in Böhmen durch einen Chemiker Industriellen sind Unterhandlungen im Gange. In Teplitz-Schönau wird unter Beteiligung deutschen Kapitals eine Quecksilberfabrik errichtet.

Das sind für den Anfang und für einen kleinen Bezirk voll auf genügend Beispiele von Auswanderung der Industrie. Dabei läßt sich über die Wirkung der höheren Zölle deswegen noch kein vollständiger Ueberblick gewinnen, weil der sehr starke Vorexport noch nachwirkt.

„Die allerersten Bedenken.“

Die Stadt Jena hat gegen den Widerstand der Agrarier ein Ortsstatut über die Einführung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert aufgestellt. Dabei gingen die Gemeindebehörden von der Ansicht aus, daß die Grundsteuer nach dem gemeinen Wert ein unerlässliches Korrelat der Wertzuwachssteuer bildet. Die letztgenannte Steuer sollte also nachfolgen. Am Hinblick darauf, daß die Steuer bereits in etwa 150 preussischen und sächsischen Gemeinden eingeführt ist, erhoffte man auch von der Regierung des Großherzogtums Sachsen-Weimar die Zustimmung. Die Hoffnung war aber eine trügerische. Ging schon im Bezirksauswahlschuss das Statut nur mit einer Stimme Majorität durch, so scheiterte es das Ministerium vollends unter den Tisch. Die Entscheidung hat folgenden Wortlaut:

Großherzoglich Sächsisches Staatsministerium, Departement des Aeußern und Innern.

Wir sind nicht in der Lage, das von den Gemeindebehörden vorgelegte Ortsstatut über Einführung einer Gemeindegrundsteuer für die Stadt Jena an höchster Stelle zur Genehmigung zu empfehlen.

Abgesehen von Einprüden eines Teiles der Steuerzahler und dem Vorhandensein der Majorität des Bezirksauswahlschusses bestehen im Ministerium die allerersten Bedenken, so lange nach die Grundsteuer für den Staat erhoben wird, eine Grundsteuer neben dieser in den Städten zuzulassen. Zudem stellt die Grundsteuer, wie sie das vorgenannte Ortsstatut plant, eine Vermögenssteuer dar, die nur einem Teil der Einwohner angezogen werden soll.

In Preußen liegen die Verhältnisse ganz anders und können diese zum Vergleich nicht gut herangezogen werden. Da die Stadt Jena gern andere Einnahmequellen sich erschließen sehen möchte, kann man nur empfehlen, eine Wertzuwachssteuer in irgend einer Form in Erwägung zu ziehen, wie solches schon früher anempfohlen wurde. Entgegenstehende feuerrechtliche Schwierigkeiten zu beseitigen, würde wohl möglich sein. Während der Abwesenheit des Departementchefs konnte die Angelegenheit nicht gut erledigt werden, da der Herr Stellvertreter sie dem Abwesenden vorbehalten zu müssen glaubte.

Der unterzeichnete Departementchef ist gern bereit, mit dem Herrn Oberbürgermeister die Angelegenheit mündlich zu erörtern.

Die Begründung stellt die steuerpolitischen Gründe des Ministeriums in ihrer ganzen Richtigkeit dar. Eine Vermögenssteuer, die nur einem Teil der Einwohner angezogen werden soll, also in diesem Falle wohl dem leistungsfähigeren Teile, ist unzulässig. Mehr kann man vom Bundesrat auch nicht verlangen. Das Beträgende an der Sache ist weiter, daß diese Entscheidung nicht nur die Stadt Jena trifft, sondern sämtliche Gemeinden des Großherzogtums. Ihnen ist die Möglichkeit genommen, den Grundbesitz entsprechend seinem Werte zu den Gemeinlasten heranzuziehen. Von einer Selbstverwaltung der Gemeinden kann nach solcher Entscheidung kaum mehr die Rede sein.

Schon wieder Loafte. Das Volkliche Bureau meldet: Die englischen Journalisten haben heute abend in der österreichischen Ausstellung ein Diner zu Ehren der deutschen Pressebetreter. Die Loafte auf König Eduard und Kaiser Wilhelm wurden mit großem Enthusiasmus aufgenommen. William Stead toastete auf England und Deutschland, L. P. O'Connor sprach namens der englischen Journalisten den deutschen Kollegen herzliche Worte der Bewillkommung aus. Redakteur Grundwald von der „Vossischen Zeitung“ erwiderte und hob hervor, wie sehr der Besuch zur gegenseitigen Befestigung von Mißverständnissen und zur Erleichterung gegenseitiger Verständigung beitrage.

Zimmer Hayle. Die „Staatsbürger-Zeitung“, der Zwillingstötus des „Reichs“, strebt nach Originalität, zwar nicht im politischen Teil, sondern nur in ihren Abonnements-Einladungen. Nach dem Muster gewisser Kampsgehefte fordert ihre „Geschäftsstelle“ in folgenden Worten zum Abonnement auf:

Haben Sie schon Ihr Lotterielos erneuert?
Ja? Das haben Sie nicht vergessen; weit wichtiger ist es aber, rechtzeitig das Abonnement auf die „Staatsbürger-Zeitung“ zu erneuern, weil sie zum 1. Juli sonst nicht bei Ihrem Postamt eintrifft.

Trotz seines angeblichen Arierturns scheint das Blatt sich bereits völlig in den Geschäftspraktiken seiner semitischen Antipoden verstrickt zu haben. Die Extreme berühren sich.

Eine gefährliche Quelle. Wegen Majestätsbeleidigung ist gegen den verantwortlichen Redakteur der Vossischen „Arbeiterstimme“ in Solingen Anklage erhoben worden. Er hatte den Dreihundertartikel nachgedruckt, den die „Meln.-Westf. Ztg.“ aus Anlaß des Kaiserbesuches in Wien brachte.

Bürgerliche Arbeiterfreunde.

Bekanntlich haben die Verbände der Arbeitgeber eine gegenseitige Versicherung zur Entschädigung bei Streiks gegründet, und mit derselben Zweckheit, mit der und immer erzählt wird, die furchtbaren Kriegsdrangsalen des Reiches gälten nur der Erhaltung des Friedens, schreibt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ über diese neue Kriegsdrangsal der Unternehmer:

„Erst von jetzt ab kann die auf die Sicherung des Friedens abzielende Kriegsdrangsal der Zentrale als der Sachlage vollumfänglich entsprechend angesehen werden. Der segensreiche Einfluß dieses wichtigen Vorganges auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse im Reiche dürfte sich der gegnerischen Kritik zum Trotz sehr bald in augenfälliger Weise zeigen.“

Dazu bemerkt die „Soziale Praxis“, die sich bekanntlich für arbeiterfreundlich hält:
„Der Meinung, daß eine starke Arbeitgeberorganisation zur Befestigung des sozialen Friedens unerlässlich sei, sind wir von jeher gewesen, nur haben wir bis conditio

„sine qua non“ (unerlässliche Bedingung) hinzuzufügen: Vorausgesetzt, daß die Leitung dieser Organisation in den Händen eines seiner sittlichen und volkswirtschaftlichen Verantwortung bewußten, weitblickenden und diplomatisch klugen Mannes liegt.“

Auch aus dieser Kundgebung, wie aus so vielen anderen der bürgerlichen Sozialreformer, erhellt, daß ihr eigentliches Ziel die Erhaltung und Befestigung „des sozialen Friedens“ ist. Das ist im wesentlichen nichts anderes als die Erhaltung der bestehenden Zustände, denn jeder ernstlichen Gefährdung ihres Profits widersehen sich naturgemäß die Unternehmer, und wer dann nicht den Kampf will, dem bleibt nur übrig, auf die Befestigung der Lage der Arbeiter zu verzichten. Damit aber diese ihrerseits Ruhe halten, müssen sie durch einige kleine Konzessionen eingelullt und über ihre wahren Interessen hinweggetäuscht werden. So erweist sich die unter der Flagge der Arbeiterfreundschaft ausgegebene Parole „Befestigung des sozialen Friedens“ in ihrer tatsächlichen Wirkung als noch gefährlicher für die Arbeiter, denn das offene Kampfschrei der „Arbeitgeber-Zeitung“.

Agrarische Bescheidenheit. Die Agrarier erfinden immer neue „berechtigzte“ Wünsche. Der ständige Ausschuss des Deutschen Landwirtschaftsrates beschloß in seiner heutigen Sitzung, beim Reichskanzler zu beantragen, die Getreidemöhlen einer staufförmigen Besteuerung zu unterwerfen, derart, daß die Steuer mit der Höhe der Mahlleistung stufenweise zunimmt.

Freisinnige Opferwilligkeit. Die „Freis. Ztg.“ teilt mit:
Für die bevorstehenden Nachwahlen in Hagen-Schwelm und Altena-Ferlohn empfangen wir für den Parteifonds: Von S. S. 1 M.; J. S. 1 M.

Weitere Beiträge nimmt gern entgegen die Expedition der „Freisinnigen Zeitung“, Berlin SW. 68.

Zu Unrecht verhängte Zeugniszwangshaft.

Vor 14 Tagen wurde von dem Schöffengericht VI in Hamburg der Arbeiter L. wegen Eidesverweigerung zu einer Geldstrafe von 60 M. verurteilt und zur Erzwingung des Eides sofort in Haft abgeführt, die, weil es sich um eine Uebertretung handelte, bis zu 6 Wochen ausgedehnt werden darf. L. ist Schriftführer der Hamburger Freidenkergesellschaft und soll, wie von dem wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes angeklagten zweiten Vorsitzenden behauptet wurde, den Auftrag erhalten haben, die Verammlung anzumelden. Zum Beweise dafür hatte der Angeklagte den L. als Zeugen laden lassen. L. verweigerte die Eidesleistung mit der Motivierung, er sei Dissident und könne daher keine religiöse Eidesformel ablegen, worauf seine Verhaftung und Inhaftnahme erfolgte. L. wandte sich beschwerdeführend an die Strafkammer IV des Landgerichts, die Strafe und Zeugniszwangshaft aufhob, weil L. Vorstandsmittglied der Freidenkergesellschaft sei und somit als Beschuldigter in Frage komme. Nach § 56 der Strafprozessordnung hätte er unbedingt vernommen werden müssen. L. hat sich mithin 12 Tage unschuldig in Zeugniszwangshaft befunden. Da nur bei unschuldig erittener Untersuchungs- und Strafhaft, nicht aber bei unschuldig erittener Zeugniszwangshaft ein Anspruch auf Entschädigung besteht, kann L. nur auf zivilrechtlichem Wege seinen Anspruch auf Entschädigung gegen den betreffenden Amtsrichter geltend machen.

Ausland.

Frankreich.

Centralstaatsgeschichten.

Paris, 21. Juni. (Eig. Ber.)

Der ehemalige Kriegsminister General André veröffentlicht jetzt im „Ratin“ Memoiren aus seiner Ministerzeit, die über das Treiben der Herikalen Clique, die ehemals die Armeeleitung beherrschte, viel neue Details enthüllen. Die hochinteressante Episode André-Murawiew haben wir unter der Signatur „Schl. russische Frechheit“ unseren Lesern bereits mitgeteilt.

Die reaktionäre Presse ist natürlich während über diese Enthüllung. Da sie aber fühlt, daß sich die Einmischung des russischen Diplomaten in eine innerpolitische Angelegenheit Frankreichs sowie seine Annäherung, über die Seeerleitung Frankreichs ein Aufsichtsrecht auszuüben, gerade vom Gesichtspunkte nationaler Würde nicht rechtfertigen läßt, verfußt sie, den Blick des Sublimums von den Vorgängen selbst abzulenken und scharf über den Verrat von Staatsgeheimnissen, den André durch seine Veröffentlichungen begangen haben soll.

Wie die Enthüllung Andrés die schmuckvolle Anecdote zeigt, in der sich die Republik gegenüber dem Zarismus befunden hat, so offenbar der Drehfuß-Prozess, der sich jetzt vor dem Kassationshofe abspielt, von neuem die moralische Paulus, die Gewissenlosigkeit und den Fanatismus der Offizierskreise. Juristisch handelt es sich darum, ob das Urteil von Rennes einfach Kassiert werden oder ob Alfred Drehfus noch einmal vor ein militärisches Gericht verwiesen werden soll. Das Material für die Kassation ist ganz zweifellos vorhanden. Das allgemein menschliche Interesse allerdings, das einst das Schicksal des Gefangenen von der Zeitschmelze in den Mittelpunkt der Zeitbegebenheiten stellte, kann durch die Frage nicht lebendig gemacht werden, ob dem Hauptmann Drehfus der militärische Rang wiedergegeben werden soll oder nicht. Schließlich ist es auch gleichgültig, ob ein Gericht Drehfus' Unschuld förmlich verkündet, an die die meisten Menschen ohnehin glauben, die anderen aber doch nicht glauben werden, mag man noch so viel Beweisdokumente vor ihnen ausbreiten. Aber für die Erkenntnis der moralischen Beschaffenheit des Militarismus ist der jetzige Prozess vielleicht wertvoller als die „Affäre“ in der Zeit ihrer Fieberhitze, da das Gebahren der zweifelhaften Gesellschaft, die sich damals als Garde der Menschheitsideale präsentierte, zuweilen fast die Neigung aufweisen ließ, den Verteidigern des Justizmordes mildernde Umstände zuzubilligen.

Aus den sachlichen Verhandlungen vor dem Kassationshofe schöpft kein Sensationshändler profitable ethische Ergießungen, aber der niedrige Katalog der Fälschungen, Wahrheitsbeugungen und Verschweigungen, die aufgerollten Bilder aus dem hehren Soldatenleben geben eine unvergleichliche Orientierung für den verschlossenen Warden, darin eine der feinsten Blüten unserer kapitalistischen Gesellschaft wächst.

Finnland.

Essentielle Ehre eines Attentäters.

Zwei Jahre sind verfloßen, seit Eugen Schauman den verhassten Generalgouverneur Bobrskoff, den schlimmsten Tyrannen, unter dem Finnland je zu leiden hatte, niederstreckte und sich dann selbst den Tod gab. Das finnische Volk hält Schauman Andenken in Ehren. An seinem Todestage, dem 16. Juni, wurden auf seinem Grabe zu Varga Kränze in gewaltigen Mengen niedergestellt. Mehrere finnische Zeitungen priesen seine Tat als die Einleitung zur Erhebung Finnlands aus der russischen Knechtschaft. Patriotische Feste wurden zu seinen Ehren in Helsingfors und an mehreren anderen Orten gefeiert.

Amerika.

Ein neues Naturalisationsgesetz ist vom Kongress angenommen worden, das die Erlangung des Bürgerrechts in den Vereinigten Staaten etwas mehr erschwert. Das ist schon lange der Wunsch in gewissen Kreisen. Es stand bisher jedermann frei, amerikanischer Bürger zu werden. Nach zweijährigem Aufenthalt im Lande konnte man das sogenannte „erste Papier“ erhalten, d. i. eine Bescheinigung, daß man seine feste Absicht kundgegeben habe, im Lande zu bleiben und Bürger zu werden. In manchen Staaten konnte man daraufhin schon das Wahlrecht ausüben, und auch bei föderativen Wahlen wurde das „erste Papier“ oft als Legitimation anerkannt. Nach fünfjährigem Aufenthalt erhielt man dann das „zweite Papier“ und war als Bürger anerkannt. In vielen Staaten mußte der Bürgerrechtskandidat erst ein kleines Examen vor dem Richter bestehen, um zu zeigen, daß er den Wert der Verfassung der Vereinigten Staaten auch voll zu würdigen wisse.

Regelmäßig werden kurz vor den Wahlen die Richter bestärkt, Bürgerpapiere in Massen ausfertigen zu lassen, und nicht selten wird viel Schwindel dabei getrieben. Nach dem neuen Gesetz dürfen in den 30 Tagen vor den allgemeinen Wahlen keine Bürgerbriefe mehr ausgegeben werden. Ferner wird ein Naturalisationsbureau in Washington gebildet, dem alle Gesuche zu unterbreiten sind. Wer Bürger werden will, muß wenigstens 90 Tage vorher ein Gesuch einreichen, ehe ein zuständiges Gericht über das Gesuch entscheidet. Die Kenntnis der englischen Sprache wird verlangt.

Ueber die Gründe, welche zur Schaffung des neuen Gesetzes mitwirkten, schreibt die „New Yorker Volkszeitung“:
„Die Erschwerung der Naturalisation hängt zusammen mit der Erschwerung der Einwanderung. So sehr auch unserer herrschenden Klasse die Zuwanderung billiger Arbeitskräfte erwünscht ist, so wenig ist ihr der aufrührerische Geist, der die sozialistischen Ideen entzündet, die diese Einwanderer mit sich tragen und mit denen sie nach und nach auch die amerikanische Arbeiterklasse durchsetzen. Sie glauben zum Teil immer noch daran, daß der Sozialismus etwas „Amerikanisches“ ist, daß er von außen nach hier getragen wird, nicht, daß er aus der wirtschaftlichen Entwicklung hier im Lande selbst entspringt. Und das ist einer der Gründe, die die Anstrengungen unserer herrschenden Klasse in bezug auf die Beschränkung der Einwanderung, auf Erschwerung der Naturalisation erklären.“

Gewerkschaftliches.

Bühige Stadtväter.

Die Gebr. Etern, Hirsch, besitzen in dem oberfränkischen Städtchen Stadtfleinach eine Papierfabrik. Die Arbeitsverhältnisse sind traurige (12stündige Arbeitszeit bei Löhnen von — 1,00 bis 1,80 M.), aber die Herren sind fromm. Und sehr entrüstet war der Herr Kaplan, als er vernahm, die Arbeiter seien unzufrieden. Hugs gründete er einen katholischen Arbeiterverein, damit die Arbeiter nicht dem Teufel Sozialdemokratie verfallen würden. Das konnte der Firma passen, als aber der Unzufriedenheit nachgebend, die Vereinsleitung etwas erbitten wollte, war's vorbei mit der Gnade. Einem christlichen Arbeitersekretär, der dorfällig werden wollte, wurde die Tür geschlossen. Die Behörde stellte sich auf Seite der Unternehmer, sogar die getreuen Gehilfen der behördlichen Epigen, die Frau Bürgermeisterin und die Frau Bezirksamtswärterin, stellten sich in den Dienst der Unternehmer, indem sie Streikbrecher zu gewinnen suchten. Schließlich hielt sich auch noch der Stadtmagistrat für bemüht, seinen Senf dazu zu geben, indem er in der dortigen Zeitung folgenden Ullas erstieg:

Erklärung.

In Sachen der Streikbewegung der Eternschen Fabrikarbeiter gab die Stadtverwaltung ihre Stellung zu dieser Frage in dem Beschlusse vom 27. d. Mts. mit Einstimmigkeit kund. Derselbe lautet: „Zwischen der Arbeiterchaft der Eternschen Papierfabrik und der Betriebsleitung derselben sind Differenzen entstanden, die vorzugsweise infolge Verunsicherung der Arbeiter von einer Seite, von der man es am allerwenigsten erwarten sollte, zum Streik eines großen Teiles der Arbeiter führten. Die Stadtgemeindeverwaltung ist der Ansicht, daß die Differenzen auf friedlichem Wege hätten beglichen werden können, zudem hierdurch Erregung, Unfrieden und Feindseligkeiten in die friedliebende Bevölkerung Stadtfleinachs getragen wurde.“

Zur Verstärkung.

Stadtfleinach, den 29. Mai 1906.

Die Stadtgemeindevorwaltung,
Schübel, Bürgermeister.

Durch friedliche Verlegung würde keine Erregung in die Bevölkerung getragen, erstens weil noch nichts beigelegt ist, und zweitens die Bevölkerung zweifellos nicht so streikfähig ist, wegen eines Friedensschlusses feindselig zu werden. Zudem geht die Stadtverwaltung die Sache nichts an, ihre Ansicht kann sie für sich behalten, mehr ist sie nicht wert.

Christliche Fleischnacherei. In einer zahlreich besuchten Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen der Papierfabrik J. B. Sander in Berg-Grabbach wurde die Antwort der Firma auf die Forderungen der Arbeiter gegeben. Man hat nicht nur nichts erreicht, sondern die Arbeiter sind von dem frommen Inhaber geradezu verhöhnt und als „Wachweiber“ bezeichnet worden. Die Arbeiter verlangen nun entschieden, in den schon beschlossenen Streik einzutreten. Die Führer der christlichen Gewerkschaft rieten von einer Ueberstellung ab; wenigstens sollten die Arbeiter von einem Unzustand absehen und nur die Arbeiterinnen freilassen lassen! Ein hundert Arbeiterinnen haben ihre Kündigung unterschrieben.

Der in Betracht kommende christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband will anscheinend den Zentrumsunternehmer möglichst schonen, oder er hat kein Geld, um einen Kampf durchzuführen. Letzteres dürfte unabweisbar sein, mußte doch der Verband, als vor wenigen Wochen 350 seiner Mitglieder im Kampf standen, schon den Wettsack schwingen.

Berlin und Umgegend.

Maschinenfabrik „Cylton“. Wegen der bei dieser Firma ausgebrochenen Differenzen wird um Fernhaltung des Zuguges gebeten.

Achtung! Schmiede. Seit dem 8. Juni stehen die Schmiede der Landwirtschaftlichen Maschinenfabrik Rud. Sad. Leipzig-Plagwitz im Ausstand. Wir ersuchen unsere Kollegen, in diesem Betriebe keine Arbeit anzunehmen. Die Firma macht erhebliche Anstrengungen, Arbeitswillige zu erhalten, indem sie Inzerate in allen möglichen Zeitungen erläßt. So befindet sich auch unter anderem in der Nummer 25 der „Metallarbeiter-Zeitung“ ein Inserat der Firma Sad, welches Schmiede bei hohem Verdienst sucht. Wir bitten alle diese Arbeitsangebote nicht zu befolgen.

Zentralverband der Schmiede.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Abdruck gebeten.

Bei der Firma Ravenée, Träger- und Stabeisenhandlung Aktiengesellschaft, Siedingstraße 16/17, Abteilung Stabeisenlager, haben Sonnabend früh 64 Arbeiter, die im Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands organisiert sind, wegen Verweigerung des Vertrauensmannes die Arbeit niedergelegt. Der Zentralverband hat sofort versucht, Einigungsverhandlungen anzubahnen, jedoch verhielt sich die Firma strikte ablehnend.

Der Verband der Wäsche- und Krawattenarbeiter und Arbeiterinnen, Seimarbeitenden der Wäsche, Krawatten, Blusen, Schürzen, Korsetts und Regligebrände hält die nächste Zusammenkunft für Nordost und Ost am Montag, den 25. Juni er., abends 8 Uhr, bei Renfer, Heidensfeldstraße 17, ab. Vortrag des Kollegen Heller. — Für den Abend findet die nächste Zusammenkunft am Dienstag, den 26. Juni er., abends 8 Uhr bei Fungel, Straßburgerstraße 25, statt. Referentin Fräulein Schaub.

Zentralverband der Dachdecker. In der Mitgliederversammlung vom 17. Juni, welche bei Feindt in der Weinstr. 11 tagte, erstattete Kollege Wehrlein Bericht über die Verhandlungen des 6. Sautages. Danach folgte die Wahl der Vertreter des Gewerkschaftsverbandes. Gewählt wurden die Kollegen Kühn und Wehrlein. — Der Präsidialvorstand stellte an die Versammlung den Antrag, die Kollegen Wein, Hahn und Höl, weil sie Unfortarbeit ausgeführt haben, aus der Organisation auszuschließen. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt. Die betreffenden Kollegen behaupteten, über die Tragweite ihrer Handlungswiese im Unklaren gewesen zu sein. Sie erhielten eine Klage, außerdem wurde Kollege Hahn von seinem Posten als Ausschußmitglied entbunden. An seiner Stelle wurde Kollege Konopinski en Ausschuß gewählt.

Achtung, Arbeiter! Parteigenossen! Die organisierten Brauereiarbeiter der Aktiengesellschaft zum Betriebe von Brauereien, vormals Brauerei von Gebr. Schönbeck in Neu-Ruppin, befinden sich im Streik, weil von ihnen der Austritt aus der Organisation gefordert wurde. Am 9. d. M. wurde von einer öffentlichen Gewerkschaftsversammlung in Neu-Ruppin der Vorschlag über das Bier der Brauerei verhängt. Die genannte Firma betreibt in Berlin NW., Stephanstraße 15, eine Niederlage. (Siehe auch heutige Annonce unter ArbeitSmartl.)

Genosse Cohen teilt uns mit, die von der „Morgenpost“ erwähnte Vertrauensmännerprüfung habe gar nicht daran gedacht, wegen der Kohlelagerangelegenheit eine Kommission zu wählen. Uebrigens könne man das Abpringen von vielleicht 200 Mitgliedern, bei einer zirka 60 000 Mitglieder zählenden Verwaltungsstelle, nicht als Spaltung betrachten. Alle Unrichtigkeiten der „Morgenpost“ richtigzustellen, verlohne sich nicht, dafür sei das Blatt zu bedeutungslos.

Deutsches Reich.

Zur Aussperrung im Lithographiegewerbe.

Die „Berliner Volkszeitung“ bringt in ihrer Nummer vom 23. Juni einen Leitartikel, der sich mit der gegenwärtig in einem harten Kampfe stehenden Organisation der Lithographen und Steindruckere, dem „Deutschen Seneferbunde“, beschäftigt. Er führt den Untertitel: „Ein Wort zur Aufklärung“, trotzdem in ihm die schon zehnmal widerlegten Lügen über die Vergeßlichkeit der Mitglieder des alten Seneferbundes durch dessen Verschmelzung mit dem früheren „Berein der Lithographen, Steindruckere und verwandten Berufe“, sowie die gerade in letzter Zeit mehrfach zurückgewiesenen Unwahrheiten über das Wesen der gegen den Bund erlassenen gerichtlichen Verfügung noch einmal ausgewärmt sind. Der Zweck des Artikels, den in den Kampf gebrachten ausgesperrten Lithographen und Steindruckern zugunsten des ihnen gegenüberstehenden Unternehmertums Knäuel zwischen die Beine zu werfen, ist für jeden denkenden Arbeiter so klar ersichtlich, daß es sich überflüssig macht, ausführlich auf ihn einzugehen und alle Lügen noch einmal richtigzustellen. Wir beschränken uns daher auf die kurze Anführung folgender Tatsachen:

Die Verschmelzung erfolgte in durchaus einwandfreier Weise durch Mehrheitsbeschluß, der für alle auf demokratischer Grundlage basierenden Körperschaften maßgebend ist. Auf der Berliner Generalversammlung des Seneferbundes im Frühjahr 1905 wurde mit 42 gegen 3 Stimmen der Ausbau des Bundes zu einer freien Gewerkschaft beschlossen, worauf der Verband der Lithographen und Steindrucker mit allen seinen Mitgliedern zu dem neuen Seneferbund übertrat.

Eine kleine Gruppe alter Bundesmitglieder, unter ihnen zahlreiche Oberdrucker, Oberlithographen, Prinzipale usw., unterordnete sich diesem Mehrheitsbeschluß nicht, sondern beauftragte 31 Herren mit der Führung einer Klage gegen den neuen Seneferbund, in deren Begründung das rote Gespenst den Richtern recht gruselig vor Augen gemalt wurde.

Der Bund wurde denn auch in erster und zweiter Instanz durch das Landes- und Oberlandesgericht in Frankfurt a. M. verurteilt, was sich nur daraus erklärt, daß der Prozeß durch den Vertreter der Kläger, Justizrat Wertheim, zu einem politischen Tendenzprozeß gemacht worden ist.

Da durch die Berufung an das Reichsgericht das Urteil noch nicht rechtskräftig wurde, legte man der Wählerlei gegen die neue Organisation der Lithographen und Steindrucker durch die Erwirkung einer Verfügung die Krone auf, die dem Bundeshauptvorstand jede gewerkschaftliche Tätigkeit, die Verwendung der Gelder für Streik- und Aussperrungsunterstützungen und den Ausschluß von Streikbrechern bei einer Strafe von 1500 M. über sechs Wochen Haft untersagte.

Diese Verfügung kam am 1. Juni heraus. Am 2. begannen die Aussperrungen. Ein einziger Schrei der Entrüstung durchhallte die deutsche Gehilfenschaft des Lithographiegewerbes ob des Streiches, den ihr eine winzige Gruppe von Auskollegen zugunsten der Unternehmer, die die Verfügung sofort in der weitgehendsten Weise, allerdings ohne Erfolg, ausnutzten, spielen konnte.

Als die 31 Kläger sahen, wie ihr Heldentum eingeschätzt wird, gaben sie großmütig die Gewerkschaftsliste frei. Abgesehen davon, daß sie hierzu gar nicht mehr die Macht haben, ist durch die Freigabe gar nichts gebessert, da die Liquidationskommission des alten Verbandes angeführt der Unsicherheit der Sachlage und angeführt der Streiche, die der Organisation gespielt worden sind und noch gespielt werden können, nicht liquidieren kann, wenn sie die Organisation den struppelosen Gegnern nicht völlig preisgeben will. Das Gewerkschaftsvermögen bleibt also trotz aller gegenteiligen Behauptungen der „Volkszeitung“ und ihrer Hintermänner der gegenwärtigen Lohnbewegung entzogen.

Die deutsche Arbeiterchaft hat durch die ausgeschriebenen Sammlungen den Lithographen und Steindruckern den Streik, der ihnen durch eine winzige Gehilfengruppe gespielt werden konnte, parieren helfen. Die Hoffnung der Unternehmer, die kämpfende Gehilfenschaft werde sich ihr durch die Verfügung auf Gnade und Ungnade ergeben müssen, wurde dadurch zunichte gemacht. Nun erblinden die Unternehmer durch Ausbreitung solcher Unwahrheiten, wie sie der „Volkszeitung“ Artikel enthält, ihr letztes Rettungsmittel. Sie hoffen, die Arbeiterchaft werde sich dadurch zur Einstellung der Sammlungen veranlaßt sehen. Darin haben sich die Herren gründlich getäuscht! Die Arbeiterchaft durchschaut ihr Spiel und sie wird nur um so opferfreudiger tatkräftig an der Seite der Aussperrten gegen das Unternehmertum einsehen!

An die Arbeiterchaft Deutschlands!

Die organisierten Abzahlungs-, Nähmaschinen-, Versicherungs- und Automatenfasserer beschlossen in ihrer letzten Zusammenkunft zwecks Festigung der Organisation eine Kontrollkarte einzuführen.

Wir erwarten, daß die gesamte deutsche Arbeiterchaft von nun an bei nur noch mit modern organisierten Einlasserern und Agenten Geschäfte irgend welcher Art abschließt.

Wer nicht im Besitze der vom Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands herausgegebenen Kontrollkarte ist, dem weist man ohne weiteres die Tür. Daraus mit den Leuten, die nicht mit uns fühlen, nicht mit uns denken wollen. Kein Unorganisierter darf Zutritt zur Wohnung eines organisierten, modern denkenden Arbeiters finden. Ganz besonders bitten wir auf die sogenannten „Sonntagsfasserer“ zu achten, einer Kategorie von Leuten, welche die vitalsten Interessen der Arbeiterchaft verletzen.

Die Karte ist von brauner Farbe und nur dann gültig, wenn dieselbe ordnungsmäßig in jedem Quartal abgestempelt ist.

Wir richten an Euch das Ersuchen, diesen Auftrag zu beachten und streng danach zu handeln. Wir appellieren an Euer Solidaritätsgefühl.

Zentralverband der Handels-, Transport-, Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Sektion der Einlasserer und Kassenboten.)

J. A.: Friedrich Ludow, Berlin N. 37, Fehrbellinerstraße 3.

NB. Alle arbeiterfreundlichen Blätter, insbesondere aber die Gewerkschaftspressen, werden um Abdruck gebeten.

Die Maurer in den rheinischen Orten Simmern, Kasselau und Kirchberg sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten.

In der Kattunfabrik Siegfeld in Siegburg (Rheinland) ist wegen Verweigerung von Mitgliedern der „Christlichen“ Gewerkschaften ein Streik ausgebrochen. Zugleich haben die Arbeiter Forderungen gestellt. Kürzlich suchte die Firma Arbeiter zu folgenden Hungerlöshnen: „Der Grundtagelohn für Männer (1) beträgt im Anfang mindestens 2,20 M., bei der fast stets vorhandenen Gelegenheit zu zweistündiger Ueber-

arbeit 2,75 M. ... Tüchtige Arbeiter finden im Laufe der Zeit Gelegenheit, auch an solche Arbeiten zu kommen, bei denen sich die Tagelöhne durch Prämienzuläge (1) entsprechend der geleisteten Arbeit noch bedeutend (1) erhöhen. ... Für junge Purtschen (1) von 16 bis 20 (1) Jahren ist der Lohn entsprechend geringer.“

Streiks und Aussperrung in Kolmar.

Die Kolmarer Arbeiterchaft steht zurzeit in einer tiefgehenden und umfassenden Bewegung, die um so bemerkenswerter ist, als die dortigen Organisationen, wie die meisten im Reichsland, noch in den ersten Anfängen der Entwicklung sich befinden. Die Durchführung des Kampfes wird ein Prüfstein für die Kraft der Kolmarer Arbeiterchaft sein. Es scheint auch, daß die Bewegung jetzt noch im Anfangsstadium ist, und daß sie größere Kämpfe erst vorbereitet. Die Kolgarbeiter verhängten vor einiger Zeit über eine Werkstätte die Sperre; daraufhin beschloßen die Schreinermeister eine allgemeine Aussperrung. Die Zimmerer sind in eine Lohnbewegung eingetreten, da der vereinbarte Tarifvertrag nicht eingehalten wird. Die Weber verlangen eine Erhöhung ihres 2,20 M. betragenden erbärmlichen Tagelohnes um 15 Prozent. Der Verband der Wäler und Lädierer fordert eine Aufbesserung des Lohnes um 5 Pf. pro Stunde.

Bei den Kesselschmieden der Firma „Dubuis“ in M. Gladbach ist es zu Differenzen gekommen. Die Firma versucht nämlich die älteren Arbeiter herauszutransen, weil dieselben darauf bestehen, einen mit der Firma abgeschlossenen Tarifvertrag zum Ausschlag zu bringen. Unter nichtsagenden Gründen hat man bereits zwei ältere Kollegen entlassen und um diesem „Einsaugraulen“ vorzubeugen, haben die Kollegen beschloßen, nötigenfalls die Arbeit einmütig zu verlassen. Zugang streng verboten!

In Esslirchen bei der Firma Stolle sind sämtliche Formen ausgesperrt, weil sich die Kollegen weigerten, ohne Bezahlung Ueberstunden zu machen. Die Kollegen arbeiten in Tagelohn 10 1/2 Stunden. Sie haben, weil zu wenig Räumlichkeiten vorhanden waren, ab und zu Ueberstunden gemacht, ohne daß der Tagelohn erhöht wurde. Der Firmeninhaber hatte ihnen nämlich versprochen, daß er bauen und dann bei genügenden Räumlichkeiten die zehnstündige Arbeitszeit bei gleichem Lohne einführen wollte. Die Räumlichkeiten sind jetzt vorhanden und die Arbeiter glaubten sich berechtigt, Herrn Stolle an sein gegebenes Versprechen zu erinnern. Die Kollegen wurden jedoch zurückgewiesen. Die natürliche Folge war, daß sich nunmehr die Kollegen weigerten, Ueberstunden fernerhin ohne Bezahlung zu machen. Darauf erfolgte die Aussperrung. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

Der Streik der Textilarbeiter in Gramsche bei Osabrück dauert unverändert fort. In den letzten Wochen haben Verhandlungen über Verhandlungen stattgefunden, ohne aber einen Frieden herbeizuführen. Nur von einem der drei im Streik befindlichen Betriebe kann berichtet werden, daß dort eine Einigung erzielt worden ist. Jedoch will diese Firma ihren Betrieb nicht eher aufnehmen, bis bei den beiden anderen Firmen ebenfalls Einigung erzielt worden ist. Während der Verhandlungen mit den Firmen J. B. Sanders u. Söhne und Gebrüder Sanders bemerkte Herr Johannes Sanders, als die Vertreter der Streikenden darauf bestanden, daß ein Tagelöhner, der über 25 Jahre in dem betreffenden Betriebe beschäftigt ist, mehr verdienen müsse als 1,80 M. pro Tag, er wolle diesem Tagelöhner 20 Pf. pro Tag zulegen, dafür aber seiner Frau, die ebenfalls in dem Betriebe beschäftigt ist, 20 Pf. abziehen. Derselbe Herr meinte, die Textilarbeiter betrieben nur zum Vergnügen neben der täglichen Berufsarbeit noch Ackerbau und Viehzucht. Die Arbeiter haben in ihrem ihmwichtigen Kampfe bewiesen, daß sie nicht gewillt sind, alles geduldig über sich ergehen zu lassen. In ihren letzten Fabrikversammlungen beschloßen die Streikenden der Firma J. B. Sanders u. Söhne und Gebrüder Sanders in geheimer Abstimmung einstimmig, sich mit den bisherigen Zugeständnissen nicht zufrieden zu geben, sondern weiter zu streiken.

Ausland.

Das Kesseltreiben gegen den Verband der Feldarbeiter in Ungarn ist auf einem toten Punkt angelangt. Der Minister des Innern hat der Verbandsleitung mitgeteilt, daß das Verfahren eingestellt sei, weil die Unteruchung bezüglich der Tätigkeit des Verbandes absolut nichts Belastendes ergeben habe. Anders sieht es jedoch mit dem Blatte des Verbandes, dem „Bilagsabadsag“, denn sein aufreizender Ton rief im Widerspruch mit den Statuten des Verbandes. Der Minister warnt den Verband auf das ernstlichste, die Tendenz des Blattes in den Verband zu verpflanzen, und die Verbandsleitung möge alle ihr zu Gebote stehenden Mittel anwenden, die Arbeiterbevölkerung zu beruhigen. Gleichzeitig wird es dem Verbands zur Pflicht gemacht, seine Zweigvereine zur Beachtung der Statuten anzuhalten und eine strenge Kontrolle zu üben. Dieser Rückzug des Ministers — denn ein solcher ist es — ist wohl namentlich zurückzuführen auf das energische Eintreten der gesamten Arbeiterchaft Ungarns für die Feldarbeiter, deren Organisation man unter keinen Umständen vernichten lassen wollte. Was die Mahnung anlangt, die Arbeiterbevölkerung zu beruhigen, so wendet sich der Minister an die falsche Adresse. Nicht die Verbandsleitung, sondern des Ministers nachgeordnete Behörden, die Stuhlrichter, Gespons usw. sind es, welche durch ihre Schikaner allerart die Arbeiterbevölkerung beunruhigt haben.

Stahlarbeiterausstand. In Rirming (Frankreich, Dep. Loire) sind 15 000 Arbeiter eines Stahlmalzwerkes in den Ausstand getreten. Die Ausständigen veranstalteten lärmende Kundgebungen vor den übrigen Malzwerken. Man befürchtet, daß der Ausstand sich auf das ganze Departement ausdehnen werde.

Ein Erfolg der Buchdrucker. Aus Lille wird vom 23. Juni berichtet: Die Buchdrucker haben den von ihren Arbeitgebern angebotenen Lohnvertrag angenommen, nach welchem ihnen eine zweieinhalbstündige Verkürzung der Arbeitszeit pro Woche zugewilligt wird. Sie nehmen heute die Arbeit wieder auf.

Eingegangene Druckschriften.

Blatts. Kritische Wochenchrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhardt), 25. Heft. Abdomement einschließl. der Platts-Wirtschaft vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlag 4 M. Verlag Berlin-Charlottenburg, Goethestr. 63.

Dr. P. Quomberger, die Schweizerischen Fabrikantenklassen 46 Seiten. Verlag Böhler u. Dreyler, Zürich (Schweiz).

Strand's Spezialkarte der Umgegend von Strandsberg im Maßstabe 1:60 000 (1 Blatt) in 1000 in Verlag: Geographisches Institut und Landkarten-Verlag Julius Strand, Berlin SW., Reuenburgerstraße 15 erschienen.

Michael Zinowit. Weitere Beweise zu dem Schlüssel von Dantes Alighieris Werken. 36 Seiten. Verlag D. Ueener, Zürich.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Koloniale Spazierfahrt.

Hamburg, 23. Juni. (B. L. B.) Mit dem Dampfer „Kronprinz“ der Deutschen Ostafrikalinie sind heute die Reichstagsabgeordneten Brunstermann, Kalfhof, Lehmann, v. Paffow und Schwarze nach Deutschostafrika abgereist; ihnen werden sich in Maricelle die Abgeordneten Arendt, v. Prochhausen und Dietrich anschließen.

Zum letzten Prozeß der „Leipziger Volkszeitung“

wird uns vom Genossen Rehring geschrieben:

Steglich, 23. Juni 1906.

Nach meiner Rückkehr von einer längeren Erholungsreise, die ich auf ärztliche Anordnung antreten mußte, finde ich in der Nummer des „Vorwärts“ vom 2. d. M. einen Bericht über einen gegen meinen Kollegen Kressin in Leipzig geführten Prozeß, worin folgende Äußerungen des Leipziger Oberstaatsanwalts Boehme enthalten sind:

Ich habe diesmal zwei politischen Redakteure der „Leipziger Volkszeitung“ und auch dem Aufseherredakteur Gelegenheit gegeben, sich über die Verfasserschaft zu äußern (nämlich des angeklagten Artikels: Der Tiger als Affe). Der Aufseherredakteur hat es abgelehnt, auf meine Anfrage zu antworten. Die beiden hiesigen Redakteure haben erklärt, den Artikel nicht verfaßt zu haben, der Chefredakteur in Steglich hat jede Auskunft verweigert. Und gerade hier erhoffte ich eine Auskunft. Ich war den Redakteuren entgegengekommen. Aber nun muß wieder ein Redakteur die Verantwortung tragen, der den Artikel selbstverständlich nicht geschrieben hat. Andere weigern sich ja, die Verantwortung zu tragen.

Die Angabe über die Aussagen meiner Kollegen Lensch und Gämisch ist unrichtig, doch muß ich dahingestellt sein lassen, ob hier ein Irrtum des Berichterstatters oder des Oberstaatsanwalts Boehme vorliegt. Meine Aussage hat dieser Herr korrekter wiedergegeben, und ich brauche keinem Menschen, der von den Anstands- und Ehrenpflichten eines Redakteurs auch nur einen blässen Begriff hat, weitläufig auseinanderzusetzen, weshalb ich auf eine staatsanwaltliche Anfrage diese Antwort geben mußte, und weshalb ich sie auch dann hätte geben müssen, wenn ich den — vollkommen zutreffenden — Artikel: Der Tiger als Affe verfaßt hätte. Hat der Oberstaatsanwalt Boehme darüber andere Anschauungen, so bin ich glücklich, sagen zu können, daß seine moralischen Begriffe nicht meine moralischen Begriffe sind. Dieser Herr hat sich erlaubt, mich auf eine von ihm aus der Luft gegriffene Tatsache hin öffentlichlich in nicht mißzuverstehender Weise der Freigebigkeit zu beschuldigen, und darauf gebietet ihm um so mehr eine Antwort, als er bei Anwendung der ihm pflichtgemäß obliegenden Sorgfalt, deren angeblicher oder auch willkürlicher Mangel gerichtlich angeklagten Redakteuren stets als schwerster Strafverschärfungsgrund angedreht wird, wissen konnte, daß ich den Artikel: „Der Tiger als Affe“ nicht geschrieben habe.

Erfreut nämlich hat Genosse Wibel schon vor Monaten im Reichstage auf eine Infamiation des national-liberalen Schwägers Wasserhahn hin erklärt, der Artikel rühre nicht von mir her. Zweitens aber mußte selbst ein Blinder sozusagen mit dem Stock fühlen, daß der Artikel nicht von dem „Chefredakteur in Steglich“ verfaßt sein konnte, sondern er sich bereits in den frühen Nachmittagsstunden des 22. Januar in den Händen der Polizei und Staatsanwaltschaft in Leipzig befand, während er über Tatsachen berichtete und urteilte, die erst sechs Stunden früher durch den Telegraphen bekannt geworden waren. Endlich aber fällt dadurch das letzte Licht auf das Verfahren des Oberstaatsanwalts Boehme, daß er, als er mich öffentlich zu beschimpfen versuchte, wissen konnte, ich würde erst nach Wochen in der Lage sein, mich zu verteidigen. Ich hatte nämlich bei der Steglitzer Polizeibehörde die Ausstellung eines Passes beantragt, da ich für einige Zeit in die Vereinigten Staaten zu reisen beabsichtigte. Unter Verusage auf jene „Anfrage“, die der Oberstaatsanwalt Boehme in dem Prozesse gegen Kollegen Kressin erwähnte, wurde mir der Pass zunächst verweigert, weil erst in Leipzig angefragt werden müsse. Aber am 7. v. M. wurde mir „eröffnet“, daß die Leipziger Staatsanwaltschaft nichts gegen meine Reise einzunehmen habe. Ich hatte also sozusagen den Segen des Oberstaatsanwalts Boehme für meine Abwesenheit, was ihn nicht hinderte, mich während dieser Abwesenheit in ehrverletzender Weise anzugreifen.

Zur Entschuldigang mag ihm freilich gereichen, daß es die sächsische Justiz als besonderen Lort des lieben Gottes empfindet, bei

Schöpfung der Welt so unbecome Dinge wie Raum und Zeit erfinden zu haben. Der „Vorwärts“ berichtet diese Tage darüber, wie der Leipziger Untersuchungsrichter, ein Oberamtsgerichtsrat Meißner, meinen Kollegen moralisch drangsalirt hat, mich als Verfasser zweier Artikel zu nennen, die am 31. Mai in der „Leipziger Volkszeitung“ erschienen sind. In diesem Tage befand ich mich, wie durch die eigenhändige Einzeichnung meines Namens in das Fremdenbuch des Hotels Keltenhof urkundlich nachgewiesen werden kann, an den Niagarafällen. Doch will ich gern annehmen, daß in jenen schon von Zeitfächte so köstlich geschilderten Schulbüchern sächsischer Landeskunde, in denen die Albertiner als eine Reihe herrlicher Lichtgestalten erscheinen, die Niagarafälle zur höheren Ehre der Rautenkronen ins Rosental verlegt worden sind.

Es bleibt mir noch übrig zu sagen, weshalb ich den „Vorwärts“ um die Aufnahme dieser Zeilen ersuche, statt daß ich sie in der „Leipziger Volkszeitung“ veröffentliche. Der Oberstaatsanwalt Boehme, der sich nicht genug daran tun kann, andere Leute der Freigebigkeit zu beschuldigen, bekundet belandlich seinen eigenen Geldmuth darin, daß er die von ihm Beschimpften wegen „Ungebühr“ einlocken läßt, wenn sie ihm in dem Tone antworten, den er selbst angeschlagen hat. Ich bewundere die schöne Einfachheit, zu der sich die sächsische Justiz also entwickelt hat, möchte aber gern erproben, ob die preussische Justiz schon zu gleicher Kulturhöhe emporgehoben ist. Deshalb will ich zunächst in einem Parteiblatt, das der preussischen Jurisdiktion untersteht, aufs entschiedenste zurückweisen, daß der Oberstaatsanwalt Boehme in Leipzig seine amtliche Stellung gemißbraucht hat, um mich auf eine angebliche, von ihm leichtfertig aus der Luft gegriffene Tatsache hin der Freigebigkeit in Ausübung meines Berufes zu beschuldigen.

In einem früheren Falle hat sich ja gezeigt, daß es gegenüber der sächsischen Justiz noch Richter in Berlin gibt. Sollte sich das geändert haben, so wird es für unsere Sache um so besser sein.

F. Rehring.

Hus der Partei.

Saulkonferenz des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands, Gau Pfalz.

Gleichzeitig mit dem Goutag der Pfälzischen Sozialdemokratie fand in Neustadt an der Saar eine Pfälzische Saulkonferenz des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands statt. Sie war von 13 Ortsvereinen durch 20 Delegierte, welche 700 Mitglieder vertraten, befehligt. Außerdem waren vom Hauptvorstand die Genossen Bruno Wagner, Chr. Schmidt, Wilh. Vornmann, sowie der Redakteur der „jungen Garde“ Genosse Dr. Frank anwesend, ferner eine große Anzahl Freunde der Jugendorganisation als Gäste. Der Vertrauensmann des Gau Pfalz, Genosse Kemmele-Ludwigshafen war in der erfreulichen Lage, Konstatieren zu können, daß seit der vorigen Konferenz, zu deren Zeit nur eine Ortsgruppe in der Pfalz bestand, die Gründung weiterer 12 Ortsgruppen erfolgt. Die Mitgliederzahl der Pfalz beträgt zurzeit 700. Gewiß ein erfreuliches Zeichen unseres Fortschrittes. Genosse Kemmele betonte, daß die alten Genossen sowie die „Pfälzische Post“ eine sehr gute Agitation für die junge Garde entfalten haben.

Nach Annahme eines Antrages, den Genossin geistiger Getränke während der Tagung auszuschalten, sprach Genosse Dr. Frank-Mannheim über „Die deutsche Jugendbewegung“. In der Diskussion sprach sich Genosse Ehrhart in sehr anerkennender Weise über die Jugendorganisation aus und versicherte sie der Unterstützung der Alten. Sodann referierte Genosse Rechtsanwält Adermann-Frankenthal über die kapitalistische Ausbeutung jugendlicher Arbeiter.

Ein im Anschluß hieran gestellter Antrag Ludwigshafen, der verlangt, daß allerorts Vorkommnisse der Jugendbewegung gebildet werden, die die Innehaltung der gesetzlichen Bestimmungen für jugendliche Arbeiter zu überwachen und etwaige Uebertretungen zur Anzeige zu bringen haben, fand nach kurzer Debatte einstimmige Annahme. Dann erstattete der Vertrauensmann der Pfalz sowie die einzelnen Delegierten ihre Berichte. Aus ihnen ist zu ersehen, daß die Organisation der Jugend überall gute Fortschritte macht und daß die älteren Genossen die Bewegung überall tatkräftig unterstützen.

Die Zeit, in der jene Ereignisse stattfanden, war zugleich die Zeit der Kreuzzüge. Zum Verständnis aller jener Eroberungszüge ist es nötig, uns kurz die ökonomische Ordnung der damaligen Gesellschaft zu veranschaulichen. Die Kirche stand als politische Macht auf ihrem Höhepunkt. Sie war die Lehrmeisterin und damit die geistige Führerin der Germanen gewesen, nachdem diese ihre Eroberung des römischen Weltreiches vollendet hatten. Sie hatte diese Völker in die römische Produktionsweise eingeführt. Diese beruhte auf dem privaten Grundbesitz, der die Grundlage der damaligen Ordnung war. Die ehemaligen freien Bauern waren Leibeigene oder lehnspflichtige Ritter geworden. Die Kirche selbst war die größte Grundbesitzerin mit vielen Leibeigenen und Lehnspflichtigen. Mit der wachsenden Macht der Lehnsherren wuchs die Masse der besitzlosen Ritter, verschärfte sich die Ausbeutung der Leibeigenen. Die ewigen Feinden vermehrten die Armut. So gab es große zu Abenteuerern aufgelegte Bevölkerungsschichten, die durch Eroberung fremder Länder sich ein besseres Dasein zu schaffen hofften. Es war natürlich, daß die Führung solcher Abenteuer der Kirche zufiel. Ihre wichtigste ökonomische und politische Funktion war ja die Verfertigung der Armen, seitdem durch die Auflösung des germanischen Gemeineigentums die Besitzlosigkeit sich ständig vermehrt hatte. So konnte sich die Kirche ihrer Pflichten auf die billige Weise entledigen, und der Charakter der Heidenbekehrung, den sie jenen Raub- und Eroberungszügen verlieh, war nur geeignet, ihre Macht und ihr Ansehen zu vergrößern. Dergestalt also war auch die Kolonisation Liv-, Est- und Kurlands, und jene Nord- und Raubzüge, die ja auch durch Sanktionierung des Papstes den Charakter von Kreuzzügen erhielten, zeigten uns, welchen Kaliber die Träger deutscher Kultur gewesen sein müssen.

Leider können wir hier nur ganz wenige Züge aus der Heldengeschichte jener christlich-deutschen Eroberung wiedergeben. Betrachten wir zunächst die Völker, denen jene Segnungen zuteil werden sollten: „Das ganze preussische Litauische Volk wird uns, wie die Slaven überhaupt, in den ältesten Nachrichten als friedliebend, als unfriedfertig dargestellt; erst die äußerste Not und der Kampf um Glauben und Freiheit haben ihnen einen Heldentum verliehen, welchen zu bewundern wir im Laufe dieser Erzählung öfter Gelegenheit haben werden.“ Die Hauptbeschäftigung der Litwen, Letten und Esten war im zwölften Jahrhundert der Feldbau und die damit verbundene Viehzucht. Es muß ziemlich große Wohlhabenheit geherrscht haben, denn Heinrich) berichtet, daß auf einzelnen Raub- und Kriegszügen der Deutschen bis 4000 Rinde und 2000 Pferde usw. als Beute mitgeschleppt wurden.“ Auch Bienenzucht, Jagd, Fischerei und Handel wurde getrieben. Zunächst trug die Kolonisation wegen der geringen Streitkräfte der Deutschen einen friedlichen Charakter. Erst im

Atripp stellte den Antrag, für kommenden Winter einen Redezhklus zu veranstalten sowie eine tatkräftige Agitation zu entfalten, was ebenfalls Annahme fand. Genosse Wagner forderte die Delegierten auf, in ihren Ortsgruppen die Alkoholfrage zu erörtern und den Alkohol aufs entschiedenste zu bekämpfen. Ganz besonders sei es Pflicht der Ortsgruppe, Ausflüge und gemeinsame Spaziergänge zu veranstalten sowie für eine rege Beteiligung an den Jugendspielen der freien Turner zu sorgen.

Diesen Ausführungen schloß sich auch Genosse Dr. Frank an. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme.

Darauf ergriff Parteikassierer Genosse Gerisch-Verlin das Wort. In sympathischer Weise begrüßte er das Leben der Jugendorganisationen. Er versprach volle Unterstützung im Namen des Hauptvorstandes.

Im letzten Punkt wurde von verschiedenen Rednern die Notwendigkeit einer Reorganisation des Verbandes betont und der Hauptvorstand beauftragt, nach dem deutschen Parteitag eine Generalversammlung einzuberufen.

Ferner auf Antrag der Ortsgruppe Speyer die Anschaffung von Lieberbüchern beschlossen. Mit einem Hoch auf die internationale Jugendbewegung schloß die anregend verlaufene Konferenz.

Ein blämischer Sozialistenkongreß. Die blämischen sprechenden Gruppen der belgischen Arbeiterpartei halten am 1. Juli in „Das Zuid“ zu Gent einen allgemeinen Kongreß ab. Die Tagesordnung lautet: 1. Die politische Lage. 2. Die sozialistische blämische Presse. 3. Die Propaganda in Stadt und Land.

Ein Manifest der schwedischen Sozialdemokratie.

Berankast durch die Ablehnung der Wahlrechtsreform und die Ernennung einer konservativen Regierung, hat der Ausschuß des Parteivorstandes der schwedischen Sozialdemokratie ein Manifest an das arbeitende Volk veröffentlicht. Darin wird zunächst die ernste Lage geschildert, die durch jene Ereignisse geschaffen wurde und von neuem einen schweren Kampf für das Wahlrecht notwendig macht. Dann heißt es weiter:

Es schien jedoch nach den Prüfungen des Jahres 1905, als ob unsere schwedische Königsmacht aus ihrem Schicksal in Norwegen etwas gelernt hätte und nun entschlossen wäre, für die Zukunft ihre Regierung in Uebereinstimmung mit der mehr volksgewählten Zweiten Kammer zu bringen. Und in solchem Falle könnte vielleicht — so glaubten verschiedene Leute — auch die Erste Kammer veranlaßt werden, sich im Interesse ihrer Selbsterhaltung nicht länger der Lösung der bereits überreifen großen Fragen zu widersetzen.

Der Ministerwechsel vom 25. Mai hat diese Illusionen hinweggefegt. Die Königsmacht zog es vor, ihre Stütze bei den Steuergehaltigen zu suchen, entgegen der entschiedenen Mehrheit der Zweiten Kammer.

Damit ist es klar geworden, daß für die Zukunft ein Kampf für das allgemeine Wahlrecht zur Zweiten Kammer nicht mehr genügt. Wenn des schwedischen Volkes Wille im schwedischen Lande ausklaggebend werden soll, muß darüber hinaus gefordert werden, daß die Gewalt herrschaft der Ersten Kammer gebrochen werde.

In diesem größeren Kampfe, der nun einsetzt, um endlich des schwedischen Volkes Vollständigkeit und Selbstverwaltung durchzuführen, kommt es wahrheitlich dazu, daß im entscheidenden Augenblick die Aufbietung der ganzen lebendigen Kraft, über die die schwedische Arbeiterklasse durch ihre Organisation verfügt, verlangt wird. Die Agitation muß darum schon jetzt darauf gerichtet sein, die Massen mit dem Gedanken einer solchen außerordentlichen Kraftanstrengung innerhalb der Grenzen des natürlichen Rechtes und der Gerechtigkeit vertraut zu machen. Zu gelegener Zeit, wenn die Situation den Punkt erreicht hat, wo ein außerordentlicher Parteikongreß die größte Bedeutung für die Entwidlung der Ereignisse in radikaler Richtung gewinnt, soll, unserer Meinung nach, ein solcher Kongreß einberufen werden, um über Mittel und Ziel dieses großen politischen Kampfes das Nähere zu beschließen.

Wir fordern darum besonders Euch, Parteigenossen, auf, jetzt schon die Agitation für den neuen Kampfplan zu beginnen. Auf zu energischer Arbeit im ganzen Lande! Das liberale Wahlrechtsprogramm von 1906 hat seine Dienste getan; es ist erschlagen worden durch das Rein der Ersten Kammer. Nun geht es vorwärts auf dem Wege, und wir fordern volles und ganzes allgemeines Wahlrecht zur Zweiten Kammer, in Uebereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Parteiprogramm. Aber neben dieser unserer Wahlrechtsforderung steht nun

Baltische Kulturbilder.

Bei Betrachtung und Würdigung des Ursprungs, der Motive, des bisherigen Verlaufs der russischen Revolution haben wir zu wiederholten Malen Gelegenheit genommen, ja nehmen zu müssen, dem baltischen Teil-Schauplatz der Ereignisse unsere besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Einmal, weil sich in den Ostseeprovinzen die Dinge nicht in allen Stücken genau so entwickelt und abgerollt haben wie im übrigen Rußland, dann aber auch, weil unsere urzeitliche Lügenpresse die Schandthaten des sogenannten deutschen Abels im Baltischen mit verständnislosem Solidaritätsgelübe unaufhörlich zu bemängeln, zu verurteilen, aus der Welt zu schieben suchte, dagegen die in Rotweide begangenen Handlungen des baltischen Volkes als verbrecherische Schandthaten charakterisierte.

Unsere Artikel, die diese zum Teil bewußt lägerischen Darstellungen bekämpften und widerlegten, haben unserem verantwortlichen Redakteur schließlich zu der Ehre verholfen, von 24 leidhaftigen baltischen Junkern mit einer Beschuldigungslage bedacht zu werden. Wir sollen also Gelegenheit bekommen, vor dem Forum der Kulturwelt die Wahrheit über gewisse dunkle Vorgänge in den Ostseeprovinzen enthüllen zu helfen.

Für heute mag es erst einmal unsere Aufgabe sein, angesichts der notorischen Geschichtsverfälschungen, mit denen jetzt sogar hervorragende Vertreter deutscher Wissenschaft — wie Professor Harnack, Professor Schieman usw. — die Kulturwelt beglücken, nichts weiter zu geben, als einen einfachen geschichtlichen Rückblick, um nach den Zeugnissen bürgerlicher Historiker (und nur solche sind zu dieser Arbeit verwandt), an deren „guter Geminnung“ nicht der leiseste Zweifel erhoben werden kann, festzustellen, wie denn die Christianisierung der Balten und ihre Segnung mit deutscher Kultur im Lichte der Geschichte aussieht.

Wir können in diesem Rahmen nur wenige historische Streiflichter geben, doch glauben wir, sie werden genügen, um den ganzen Schwindel, der in letzter Zeit über die Kulturarbeit der Deutschen in den Ostseeprovinzen zusammengeschrieben wurde, aufzulösen. Die eigentliche Kolonisation jener Länder beginnt mit dem Jahre 1186, wo ein Bremer Augustinermonch Reinhardt mit einer Schar verwegenen Abenteuerer an der Mündung der Düna landete und zuerst den Boden Livlands betrat. „Mit diesem Augenblick beginnt die eigentliche Geschichte des Landes, und diese zeigt uns die Litwen und Letten, später die Esten, zuletzt die Semgalen und Kuren von Anfang an in einem ungleichen Kampfe gegen die geistlichen Waffen der katholischen Kirche und bald gegen die eisernen Waffen der geharnischtesten deutschen Ritter. Die Urbewohner des Landes unterliegen dem mit furchtbarem eisernen Schwerte bewaffneten Christentum, wie drei Jahrzehnte später die Mexikaner und Peruaner demselben auch unterliegen sind.“)

Jahre 1200, mit der durch den Erzbischof von Bremen vollzogenen Ernennung Alberts v. Apeldern zum Bischof von Livland beginnen die eigentlichen Raubzüge. Es ist in diesem Rahmen unmöglich, alle jene Begebenheiten anzuführen, darum seien hier nur einige „Kulturbilder“ gegeben. Die Litwen baten Albert um Frieden, dieser ließ die Kellereien zu sich kommen und freundlich bewirten. „Nach dem Gastmahl wurde ferner über den Frieden unterhandelt, und Albert verlangte Geiseln zur Sicherheit derselben. Die Kellereien wollten diese verweigern, sahen aber plötzlich zu ihrem größten Schrecken das feste Haus, in welchem sie sich befanden, von Bewaffneten besetzt, die Ausgänge zu demselben verschloffen. In der Furcht, selbst nach Deutschland gebracht zu werden, stellten sie 30 von ihren Söhnen als Geiseln. Es war das der erste von Christen in Livland geübte Verrat, der leider! häufige und schreckliche Nachahmung gefunden!“ Bischof Albert gründete dann die Stadt und das Bistum Riga, belehnte eine Reihe jener Ritter von Hohenstaun mit Gütern in Livland, doch da ihm dieses Nadelmittel auf die Dauer zu kostspielig war, die größere Zahl jener Abenteuerer aber meist nur einen Sommer blieb, so gründete er im Jahre 1202 die Brüderschaft der christlichen Ritter, Schwerbrüder genannt, nach dem Vorbilde jener Ritterorden, die in Palästina gegen Sarazenen kämpften. Mit diesen vereint begann er nun seine neuen Raubzüge, von deren Charakter wir nur noch ein paar Züge geben wollen. „Die Litauer konnten des tiefen Schnees wegen nicht entkommen, wurden überall eingefohlt und, nach Heinrichs Ausdruck, wie die Schafe hingeflahet.“ „Auch die unglücklichen Esten, welche von den Litauern als Gefangene mitgeschleppt worden waren, wurden, weil sie den Christen feindlich gesinnt wären, von den Deutschen undarmherzig und mit kaltem Blute enthauptet, und nun erst erfolgte der Schlußakt des schrecklichen Dramas, nämlich die Tötung der Weite.“ „Der Haß der Litwen gegen ihre Unterdrücker und Vertilger aber hatte sich so gesteigert, daß sie ihre Sterbenden mit den Worten zu trösten pflegten: Geh, Unglücklicher, in die bessere Welt, wo die Deutschen nicht mehr Deine Ge-bieter, sondern Deine Knechte sein werden.“ Die einzelnen Raubzüge, die noch gegen die Esten unternommen wurden, glauben wir übergehen zu können, da sich immer nur dieselben Greuel wiederholten, durch deren Aufzählung wir den Leser nur ermüden würden. Einer Episode aus diesen Verwüstungszügen wollen wir noch Erwähnung tun, weil sie im 19. Jahrhundert bei der Nation, die sich gern die gebildete der Welt nennt, Nachahmung gefunden. Die unglücklichen Esten hatten sich nämlich weite Höhlen in die Erde gegraben, wohin sie sich selbst, ihre Weiber und Kinder und ihre beste Habe retteten, wenn die christlichen Raubscharen in ihr Land einbrachen. Viele wohnten auch immer unter der Erde, weil sie über derselben keine Wohnungen mehr hatten. Eine solche Höhle entdeckten einstmals die Deutschen. Sie machten ein Feuer an dem einzigen engeren Zugange zu derselben an, unterhielten dieses Feuer lange Zeit und ließen allen sich daraus entwickelnden Rauch in die Höhle hin-

1) Geßt. der Ostseeprovinzen Liv-, Est- und Kurland von Otto von Ruitenberg I. Band. Leipzig, Verlag von Wilhelm Engelmann, 1890. Seite 24.

2) Heinrich der Lette, ein Mönch aus dem Stamm der Letten, Chronist, der von Ruitenberg als stets glaubwürdig hingestellt wird und der ja auch in jener alldutschen Broschüre als der „erste und trefflichste Chronist“ giltet wird.

im Vordergrunde das neue Lösungswort, heraufbeschworen durch den Blinden, ungerungen Widerstand unserer Feinde: Verfassungsrevision, fort mit der von den Steuergewaltigen gewählten Ersten Kammer!

Und der Partei in den Vereinigten Staaten.

Vermittlungsversuche zwischen den beiden Richtungen der amerikanischen Sozialdemokratie wurden letzten wieder vielfach gemacht. Die kommenden Herbstwahlen haben es vielen Genossen als nicht nur wünschenswert, sondern als wichtig und dringend notwendig erscheinen lassen, daß nicht zwei sozialdemokratische Kandidatenlisten den Wählern präsentiert werden. In mehreren Staaten kam auf den Parteitag der „Sozialistischen Partei“ die Angelegenheit zur Sprache, ohne die gewünschte Erledigung zu finden. In New York, dem wichtigsten Staate, wo die Gegenläufer innerhalb der Partei am stärksten sind, wurde ein Versuch auf dem Parteitag abgelehnt und für aussichtslos erklärt, zu einer Einigung zu gelangen. Man wies darauf hin, daß die „Sozialistische Arbeiterpartei“ immer bedeutungsloser geworden sei. Im Jahre 1904 erhielt sie 34 172 Stimmen in den Vereinigten Staaten, während die sozialistische Partei über 430 000 auf sich vereinigte. Es handelt sich zwischen den beiden Richtungen um das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften, um das Eigentumsrecht an der Parteipresse und um Methoden der Parteiführung. Das einzige tägliche Parteiblatt in englischer Sprache „Daily People“, welches in den Vereinigten Staaten (in New York) erscheint, gehört der Sozialistischen Arbeiterpartei, dagegen sind die großen deutschen Parteizeitungen, an der Spitze die „New Yorker Volkszeitung“, auf Seiten der Sozialistischen Partei. Neue Nahrung hat die Sozialistische Arbeiterpartei erhalten durch ihre Verbindung mit dem Gewerkschaftsbund „International Workers of the World“, der sich in Gegensatz zu dem großen amerikanischen Arbeiterbund „Federation of Labor“ gestellt hat.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Die Ehre des Reichsverbändlers. In der Beurteilung der Geopfen Leber, Jena und Kunknagel-Eisenach wegen Verleumdung des Reichsverbandsagitors Ermer wird uns noch geschrieben:

Ermer kam im Herbst 1905 in Gemeinschaft mit noch zwei seiner Kollegen und zwar Komold-Verlin und Sängler-Erfurt nach Eisenach, um bei der Reichstagswahl die Vernichtung der Sozialdemokratie zu befördern.

Das erste Treffen fand am 2. November in einem ländlichen Orte, in Madlungen, statt. Den ganzen Tag über hatten die Ermer und Genossen agitiert, um den letzten Bauer in die Versammlung zu bekommen. Trotzdem der Genosse Leber in seinem Vortrage mit keiner Silbe von den Herren Kotz nahm, die sich in Gemeinschaft mit dem Gutinspektor Leichert eingefunden hatten, hielt es doch Ermer für notwendig, in der Disziplin die gewöhnlichsten, gemeinsamen Lügen gegen die Sozialdemokratie im Jargon des Reichsverbandes vom Stapel zu lassen. Er bekam von Leber eine Abfertigung, daß er mit seinen Kollegen das Wiederkommen verfehlt. Die Herren hatten es vorgezogen, in keiner Versammlung mehr zu erscheinen, aber sie liefen zum Stuhl und verklagten die Genossen Leber und Kunknagel wegen Verleumdung. Der letztere führte in der Versammlung den Vorsitz.

Die gemein die ganze Angelegenheit eingefädelt wurde, geht daraus hervor, daß sich Ermer nur allein „beleidigt“ fühlte, während Komold und Sängler, die beiden Kumpane Ermeris, als Zeugen fungierten. Und die beiden letzteren sagten unter Eid die ungläublichsten Sachen aus. Unsere Zeugen konnten sich wohl befinden, daß es in dieser Versammlung durch das Eingreifen Ermeris etwas erregt zugeht, aber Verleumdungen, wie die von den Zeugen des Ermer bebildeten, sind nicht gefallen. Selbst der Belastungszeuge Gutinspektor Leichert-Madlungen konnte weiter nichts ansagen, als daß er solche Verleumdungen auch nicht gehört habe. Und trotzdem wurden unsere Genossen zu je 50 M. Geldstrafe und in die Kosten verurteilt.

Ermer, gegen den Widerklage erhoben war und der beleidigt hatte, wie selbst der Amtsrichter zugab, wurde freigesprochen.

Eingestelltes Strafverfahren. In Braunschweig wurde die Unterklage gegen Genossen Dr. Jasper wegen Aufreizung eingeleitet, die er in einem Referat begangen haben sollte, indem er die Schillerischen Verse zitiert hatte: „Und seht ihr nicht das Leben ein, wie wird euch das Leben gewonnen sein!“ — Genosse Däumig in Halle wurde wegen dieser selben Verse befristlich vor kurzem zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

In Königsberg wurde ein Verfahren gegen den Genossen Crispin von der „Volkszeitung“ wegen Verleumdung der Bromberger Polizei eingeleitet. Es handelt sich um die Mitteilung, daß am Vorabend des Wahlrechtsfestes zu Bromberg eine Genossin, die Flugblätter verteilte, verhaftet und im Gefängnis gefesselt wurde. Dem Halleischen Parteiblatt, das wegen dieser Sache angeklagt war, gelang es bekanntlich, in glänzender Weise den Wahrheitsbeweis zu führen. Es wurde nur einiger Bemerkungen wegen zu 400 M. Geldstrafe verurteilt, die nach Einhalt des Gerichts beileidigt für die Bromberger Polizei sein sollten. Da diese Bemerkungen in der „Königsberg. Volksztg.“ nicht enthalten waren, so war es der Königsberger Staatsanwaltschaft nun nicht mehr möglich, eine Anklage zu erheben.

ein Alles, was Lebendiges darin war, mußte erkriechen, und die Christen fanden, als sie endlich in die Höhle eindringen, mehr als 100 zum Teil schon Tote, zum Teil mit dem Tode Ringende. Die letzteren wurden sofort tödlich umgebracht. Die sehr reiche Beute aber christlich geteilt. Nach Erzählung dieser Tat fährt Heinrich unmittelbar wörtlich fort: „Die Iiven und die Deutschen lehrten heim und lobeten Gott, daß er die stolzen Herzen der Heiden zum Demut erniedrigt hatte.“

Und mit ähnlichen Worten beschließt er die Erzählung jeder der Greuelthaten, vor denen ein unbefangenes Gemüt schauernd zurückbebt.“

Und nun zum Schluß noch eine Schilderung des Zustandes jener Länder, nachdem die christlich deutsche Kultur ihren Einzug gehalten: „Durch die Menge der Leichen, die ungraben und unverbrannt in Wäldern und Sümpfen liegen blieben und die nicht alle von den reichenden Tieren gefressen werden konnten, wurde die Luft verdorben, es entstand neben einer Hungersnot, der notwendigen Folge der wiederholten Verwüstungen, auch eine pestartige Krankheit, die das ganze Land weithin entvölkerte und verödete. Städte und Dörfer, die heimlich als schon und volkreich beschrieb, verschwanden gänzlich, und es legte sich das Schweigen eines Friedhofs über das sonst so lebensvolle Land.“ Der Schwertbrüderorden hatte für seine Teilnahme an den Kreuzzügen sich denn irdischen Lohn ausbedungen, jedesmal ein Drittel des eroberten und noch zu erobernden Landes von dem Bischof von Maga als Lohn zu erhalten. Inzwischen hatte der Orden an Macht bedeutend gewonnen und benutzte seine Stellung zur schamlosesten Ausbeutung der Eingeborenen. Die Besatzer dieser Armen beim Erzbischof waren fruchtlos, denn dieser selbst war gegen den Orden schon ohnmächtig geworden. Es war natürlich, daß die so unterdrückten Völker nur auf den Augenblick warteten, um von ihren Feindern abzufallen. So kam es denn, als die Russen unter dem Könige Wladimir von Pleslau in das Land der Leuten einfielen — obgleich diese zunächst zurückgeschlagen wurden —, daß sich die Erben und Deseler mit ihnen verbanden und es ihnen gemeinsam gelang, im Jahre 1217 die Feste Odenpäh abzunehmen. Bischof Albert mußte Waldemar, den mächtigen König der Dänen, zu Hilfe rufen, und nun wurde furchtbare, „christlich“ Vergeltung geübt. Jetzt beanspruchte Waldemar die eroberten Länder für Dänemark, doch wurde diese Befehle durch seine Gefangenahme im Jahre 1223 beseitigt; Waldemar mußte, um sich freizukaufen, alle seine Eroberungen wieder herausgeben. Der Orden ver-

Der Leipziger Parteigenosse Rüscher Richard Stöcker ist in Röhla verschwunden! Er trat am Sonnabend, den 2. Juni, eine Reise nach dem Thüringer Wald an. Vom 2. zum 3. Juni übernachtete St. in Saalfeld und reiste dann weiter nach Blankenberg, Schwarzburg und Kapfalte. Nachrichten von ihm vom 4., 5. und 6. Juni sind in Röhla eingetroffen. Seitdem fehlt von St. jede Spur. Vermutlich ist ihm ein Unglück zugefallen. Er trug einen Jacketanzug, braungrau mit grünen Karos, grauen Sommerüberzieher mit ebensolchen Karos und Monogramm R. S. St. ist 40 Jahre alt, 1,65 Meter groß, corpulent und gesund. Wer im Interesse seiner betrieblen Rüter Nachricht über den Verbleib Stöckers geben kann, wird gebeten, sie schleunigst an die „Leipziger Volksztg.“ gelangen zu lassen.

Soziales.

Warnung an Landarbeiter!

Zur Warnung an ausländische Arbeiter sei noch folgender Fall von Schuß- und Rechtlosigkeit angeführt, in die sich Ausländer begeben, wenn sie sich dazu verleiten lassen, in die Gebirge der ostpreussischen Jauler in Arbeit zu treten. Durch Vermittlung der ostpreussischen Landwirtschaftskammer erhielt der Gutspächter, Oberamtmann Bestel in Kutzheimen, Kreis Insterburg, Anfang Mai 20 polnisch-russische Arbeiter. Es ist dies dasselbe Gut, auf dem im vorigen Jahre die polnischen Arbeiter, weil sie roh gemißhandelt wurden, fortzogen und auf dem am 27. August v. J. ein heimischer Landarbeiter von einem Inspektor erschossen wurde, der später von der Insterburger Strafkammer freigesprochen wurde.

Auch auf die in diesem Jahre dorthin gelockten polnisch-russischen Arbeiter wies die dortige Behandlung, das Essen und die lange Arbeitszeit so, daß sie bereits am 20. Mai davonliefen. Sie wurden aber auf dem Bahnhof Korkitten vom Inspektor gestellt, der sie durch Schläge mit seinem derben Stod an der Abreise verhindern wollte. Weil sich andere Reisende und Bahnbeamte der Völey annahmen, mußte der Inspektor von ihnen ablassen. Nun kam aber zufällig der Wächter selbst an, der sich in den Zug setzte und mit den entlaufenen Polen bis Insterburg mitfuhr. Hier angekommen, veranlaßte er auf dem Bahnhofe die polizeiliche Festnahme der polnischen Arbeiter. Sie wurden nach dem Polizeigefängnis geführt und in Haft genommen. Auf die Aussage des Pächters hin erhielten dann sämtliche Erwachsene drei Tage und ein jugendlicher Arbeiter einen Tag Haft. Da dem Gutspächter bekannt war, wann seine Polen aus der Haft entlassen werden, bestellte er den Inspektor für diese Zeit auf den Bahnhof, um die Flüchtlinge in Empfang zu nehmen. Häufig ließen sich einschüchtern oder durch andere Umstände leiten auf das Gut zurückzuführen, die übrigen erklärten: lieber in den Tod, als zurückgehen.

Was nun tun mit der nötigen Feldarbeit, da heimische Arbeiter erst recht nicht zu bewegen sind, auf diesem zur Verhüttung gewordenen „Rustergut“ zu arbeiten. Doch was ist denn das Militär da? Seit Montag dieser Woche sind an Stelle der entlaufenen Polen 8 Soldaten von der Insterburger Garnison auf das Gut gezogen und verrichten dort landwirtschaftliche Arbeiten. Sie essen und schlafen natürlich auch daselbst.

Eine solche Verwendung von Soldaten als Landarbeiter ist eine illegale Konkurrenz gegenüber freien Arbeitern. Sie steht in keinerlei Zusammenhang mit der Ausbildung des Soldaten und zeigt, daß die zweijährige Dienstzeit eine übermäßig lange ist. Nirgend im Gesetz ist vorgeschrieben, daß es Aufgabe der Soldaten sei, dem Kampf der Arbeiter um bessere Lebenshaltung in den Rücken zu fallen oder zu helfen, daß die menschenunwürdigen Lohn- und Arbeitsbedingungen von Großgrundbesitzern von ihnen unterstützt werden. Ein Gesetz, das dergleichen vorschreiben würde, wäre ein infames, weil es den Soldaten zumutete, infame Handlungen zu begehen oder zu befehlen. Denn infam ist die unpatriotische und bürger- und kulturfeindliche Hülfe zur Senkung der Lebenshaltung des Arbeiters und zur Unterstüßung egoistischer, antisozialer, kulturfeindlicher Handlungen Reichthümer. Ein solches Gesetz besteht im Deutschen Reich nicht. Und wenn ohne Vorhandensein eines solchen Gesetzes in Fällen, wie dem geschilderten, durch Soldaten Arbeitsdienste verrichtet werden, so ist zu unterscheiden, ob eine Kommandierung oder ob eine Verurteilung zu solchen Arbeiten vorliegt. Liegt eine Kommandierung vor, so ist zu arbeiten kommandiert, zu denen nach dem Gesetz lediglich zu Justizhausstrafe Verurteilte wider ihren Willen angehalten werden dürfen. Liegt eine Verurteilung zum Zweck der Uebernahme solcher Arbeiten vor, so wird durch solche Kommandierung dem Zweck zuwidergehandelt, zu dem nach dem Gesetz militärische Institutionen vorhanden sein sollen. Das Reich soll dem Säug des innerlich deselben gültigen Rechts und zur Pflege der Wohlfahrt des deutschen Volkes, nicht seinem Gegenteil dienen. Das Heer soll dem Säug des Reiches in einem eventuellen Kriege, nicht zur Unterstützung des Krieges einzelner Besitzer gegen menschenwürdige Zustände der Landarbeiter dienen. Eine Kommandierung und eine Verurteilung von Soldaten zu Zwecken wie dem angeführten, widersprechen dem Recht und Gesetz. Freilich paßt den bürgerlichen Parteien ein solcher Mißbrauch militärischer Institutionen, soweit sie wünschen, daß die militärischen Institutionen zu einem Kriege gegen die Arbeiter dienen sollen, in dem für die Interessen der Besitzenden durch Rippenstophlogik, Arrest

einigte sich dann, um seine Macht noch mehr zu befestigen, mit dem Deutschen Orden unter der Hochmeisterchaft Hermann von Salza.

Von jener Zeit ab datieren die endlosen Streitigkeiten zwischen dem Orden, Bischof und Städten, die zuletzt damit endeten, daß der Bischof und die Städte selbst dem Orden lehnspflichtig wurden. Noch einmal erreichte er den Höhepunkt seiner Macht unter der Hochmeisterchaft von Plettenbergs, dann begann die völlige Demoralisierung. Immer fehlten, Verkommen der Geistlichkeit, zuletzt die vom Gesamträte vollkommen unabhängige Stellung, die sich die einzelnen Ritter allmählich verschafften, bewirkten die innere Auflösung. Bei all den inneren Feinden hatten die Eingeborenen natürlich am meisten zu leiden. Welcher Art ihre, nunmehr durch seine Oberhoheit beschränkten Gebieter waren, berichtet Albert von Stade, indem er von ihnen sagt: „Diese Schwertbrüder waren vom Bischof Albert gestiftet usw. . . ab nun schon dieses Kaufleute sind, dabei reich und ehemals aus Sachsen wegen ihrer Schelmstüde verbannt worden, so haben sie doch schon so viel um sich gegriffen, daß sie glauben, sie können ohne Gesetz und ohne Recht leben. Daß diese rohen, zum Teil vom deutschen Boden ausgestoßenen Männer bei täglichem Morden, Brennen und Rauben in hohem Grade verwildern mußten, liegt offen vor jedem unbefangenen Blick.“ — Auch als in der Mitte des 16. Jahrhunderts die Reformation ihren siegreichen Einzug hielt, vermochte sie in diesen traurigen Zuständen nichts zu ändern. So schreibt Kuhnberg von jenen armen Völkern: „Sie waren über alle Stufen des Unglücks bis zu dem schrecklichsten Zustände hinabgesunken, in welchem sie als weiße Regersklaven ein rechtloses Gegenstand des Hasses und der Grausamkeit roher und gewissenloser Herren geworden. Diese Herren aber hatten auch ihre eigene Nachkommenschaft zu Jahrhundert langer Roberei verurteilt, denn die nachwachsende Jugend, die im Anblick solcher Greuel, von einer rechtlosen Menschenlosse umgeben, aufwuchs, konnte in der Regel nicht anders, als wieder roh und grausam und ohne Befähigung für jede höhere Bildung sein.“

So war es denn natürlich, daß, als der erste Anstoß von außen kam, das ganze Gebäude elend zusammenfiel, und es brach denn auch im 16. Jahrhundert das Unglück über den Ordensstaat herein, das jene Bluthunde wohl auch verelenden, die Eingeborenen aber bis auf einen Bruchteil ihrer früheren Zahl vernichteten und die übrig Gebliebenen in das jämmerlichste Romaden- und Vandenleben hinabstürzen sollte.

(Schluß folgt.)

und Sondergesetze zu willenlosen Werkzeugen umgewandelte Arbeiter in Militärform Verwendung finden sollen.

Ausdehnung der Unfallversicherung auf Schulleute, Nachtwächter usw.

Eine offiziöse Korrespondenz spricht davon, daß Verletzungen von Schulleuten, insbesondere im Fall Hennig, dem Reichsamt des Innern und dem preussischen Ministerium des Innern Veranlassung gegeben haben, von neuem die Ausdehnung der Unfallversicherung auf Schulleute, Egelkühlbeamte, Nachtwächter usw. in Erwägung zu ziehen.

Die Erwägungen dauern schon etwas sehr lange. Die soziale demokratische Fraktion hatte vor Jahrzehnten eine Fassung vorgeschlagen, durch die nicht nur die Nachtwächter und andere kommunale oder staatliche Beamte oder Arbeiter, sondern ein weit größerer Kreis von Personen unfallversicherungsspflichtig gemacht worden wäre. Freilich mußte zum Segen der von einem Unfall Betroffenen an Stelle des heutigen berufsgenossenschaftlichen Staates im Staate der Boden der territorialen Gliederung betreten werden. Dazu war im Jahre 1881 ein nicht unerheblicher Teil des Reichstages bereit. Im Jahre 1894 legte dann das Reichsamt des Innern einen Entwurf vor, der dem sozialdemokratischen Verlangen zum Teil Rechnung trug. Dieser Entwurf verlangte die Unfallversicherung für alle Angestellten „im Reichs-, Staats- und Kommunaldienst sowie in Anstalten und Veranstaltungen zu religiösen, wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken, zu Zwecken der Wissenschaft, der Gesundheitspflege und der Leibesübung“.

Der Entwurf fand im Bundesrat keine Gnade, weil Preußen lebhaften Widerspruch erhob. Wäre der Entwurf Gesetz geworden, so würden auch die Schulleute, Nachtwächter, Krankenwärter, Feuerwehrglieder sowie in Laboratorien, Theatern, zoologischen Gärten, Renn- und Sportplätzen beschäftigte Personen und andere Gruppen, für die ein Bedürfnis zur Versicherung gegen Unfall besteht, jetzt der Unfallversicherung unterliegen und die neuen Erwägungen wären höchst überflüssig.

Bei der Beratung der Unfallversicherungsnovelle im Jahre 1897 und im Jahre 1900 verfaßten ebenfalls die Sozialdemokraten eine Erweiterung der Unfallversicherung auf alle Angestellten sowie speziell auch in dem Umfang des Entwurfes des Reichsamtes des Innern von 1894. Die große Mehrzahl des Reichstages und die Regierung meinten aber, das müsse der künftigen Gesetzgebung überlassen bleiben. Wenn nun nach 12 Jahren das preussische Ministerium und das Reichsamt des Innern durch den Schuß, den Hennig auf einen Schulleiter in Stettin abgefeuert hat, wieder mal zu Erwägungen veranlaßt sind, so mag diese Anregung, die dem als Raubmörder beurteilten Hennig gebührt, recht dankenswert sein. Wir möchten aber lebhaft bezweifeln, daß etwas Gedächtnis aus all den Erwägungen herauskommt, die im besten Falle auf außerordentlich kleinliche Fiktionen sich erstrecken, anstatt endlich auf die allen Versicherungsbedürftigen gerichte Grundidee zurückzuführen, die die Sozialdemokratie legislatorisch vor 25 Jahren verlangt hat. Wenn die bürgerlichen Zeitungen, insbesondere der konservativen Richtung, sich jetzt die Hände darüber wund schreiben, wie ungemein Unrecht zusammengesprochen oder verhandenen Schulleuten oder Nachtwächtern dadurch zugefügt wird, daß in den übermeisten Fällen weder Gemeinde, noch Provinz, noch Staat, noch Reich zur Linderung der Unfallfolgen gesetzlich verpflichtet sind, so spotten sie ihrer selbst und wissen nicht wie. Sie und die hinter ihnen stehenden bürgerlichen Parteien sind ja an dem heutigen Zustand schuld.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ist ein Besuch und eine Zahl als Werkzeuge beizubringen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt.

W. J. 111. In Ihrem Falle ist lediglich das Verwaltungsstreitverfahren zulässig. Sie möchten sich an einen Braunschweiger Anwalt wenden, wenn Sie die Sache nicht selbst führen wollen. — S. D. 177. Ein solches Institut ist uns nicht bekannt. — W. J. 113. Die Haftnotstands ist obligatorisch. — Hof 1867. Innerhalb einer Woche möchten Sie die Verlesung bei der Steuerdeputation anmelden. Sie können dort Stundung bis zur Entschcheidung darüber beantragen, ob der Hund nicht bereits veräußert ist. — Konsum N. O. Falls ein gemeinsamer Einkauf vorliegt, so daß also die Bestände den Vereinsmitgliedern gehören und sie nur bei der Entnahme den Anspruch zu zahlen haben, würde eine Anmeldepflicht nicht vorliegen, sonst wohl. — C. R. 1886. Sie können die Kinder an sich nehmen und Rückgabe der Sachen verlangen. Sowohl wegen der Kinder wie wegen der Sachen können Sie eventuell polizeiliche und gerichtliche Hülfe in Anspruch nehmen. — W. M. 20. Der Stiefbruder erbt mit. — R. O. Köpenick. Wenden Sie sich an das Bureau des Magistrats, Rote Friedr. 40. — Rohr. 1. 2. 3. Ka. 4. Vier Jahre — H. S. 21. Reineurentloren sind Vereine. Ueber Ihren Zweck usw. informieren Sie sich durch Einsicht in das in jeder öffentlichen Bibliothek befindliche Konventionslexikon. — H. 3. Der Termin mußte statt, auch wenn nicht gezahlt wird. — W. S. 88. Schwierigkeiten ermahnen Ihnen nicht. — 105 H. S. Eine Klage wäre gemüßlich umständlich und verzerrt nicht ohne weiteres Aussicht auf Erfolg. Möglich wäre die Klage, wenn sämtliche Vereinsmitglieder als Kläger auftreten. — C. R. 26. Leider wäre eine Klage wegen Unfall völlig aussichtslos, da nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts derartige Fälle nicht als auf ein plötzliches Ereignis zurückzuführen und daher nicht als Unfälle im Betriebe erachtet werden. Ueberdies wäre in Ihrem Falle der Anspruch seit zwei Jahren verjährt. — J. D. 15. 1. Am 1. Juli wäre zu zahlen; der Wert kann aber frühere Hinterlegung beim Auszug verlangen oder den früheren Fortzug hindern. 2. Wenn im Mietvertrag nichts dagegen steht, ist das Halten eines Tieres gestattet. — C. R. 100. Das Kaufmännersgericht würde schwerlich Ihnen recht geben können. Ihrer Frau steht das Recht an, auf Alimente zu klagen und in voller Höhe der Alimente auf den Lohn Befehl zu legen. — R. 74. 1. Rein. 2. Wenden Sie sich an die Armenverwaltung. — P. 500. Gemüßlich können Sie bei dem Gemeindegericht schleunigst klagen. — S. M. 1000. Zur Nachzahlung sind Sie nicht verpflichtet, möchten aber der Sicherheit halber der Erbschaft entsagen. — C. P. 40. Ka. — R. S. 39. Um den Weistertel in Verbindung mit der Besetzung eines Handwerks zu führen, müssen Sie das 24. Lebensjahr vollendet, fünf Jahre hindurch in dem Handwerk als Teilnehmer oder in ähnlicher Stellung tätig gewesen oder die Weistertelprüfung bestanden haben oder die von der Handwerkskammer vorgeschriebene Lehrzeit zurückgelegt haben und außerdem die Weistertelprüfung bestanden haben. — R. Rein. — H. S. 18. Rein. Es gibt kein allgemeines Mittel zur Beförderung des Haarwuchses. Sie möchten sich an einen Arzt wenden, der je nach der Ursache der Spärlichkeit des Haarwuchses Ihnen raten wird. — H. R. 34. Ka. Sie brauchen den Garten nur in dem früheren Zustand zurückgeben. — R. W. Die Geburtsurkunde und die Militärpapiere sind erforderlich; außerdem möchten Sie an Ihren Volkshaus oder Ihren Konsum sich wenden, um von Ihrer österreichischen Heimatbehörde eine Bescheinigung zu erhalten, daß der Heirat nach dortigen Gesetzen nichts im Wege steht. — C. P. 98. Eine gesetzliche Steuerfreiheit für aus dem Militärdienst Entlassene gibt es nicht. Nach Aufgabe des Verdienstes wird eingeschätzt. — S. M. 64. 1. Wenden Sie sich an das Gericht oder an Ihren Anwalt. Die Justizverwaltung in der Regel etwa 6 Wochen. 2. und 3. Gebrauch ist strafbar, wenn wegen des Gebrauchs die Ehe geschieden und der beidseitige Gatte Strafantrag stellt. Die Strafbüße schwankt zwischen 1 Tag und 6 Monaten. Augen hat der Strafantragsteller von dem Antrage nicht. 3. Wegen Gebrauchs geschieden, so besteht ohne weiteres das Eheverbot. 4. Wer den Ehebundungszeit geleistet hat, kann sich anschaffen, was er will; aber auch der Mithaber darf, so oft er will, pflanzen lassen, was pflanzbar ist. — C. S. 22. Das Dispensgesetz ist an das Landgericht, welches geschieden hat, zu richten. Die Einwilligung des früheren Ehegatten erleichtert die Bemüßung des Dispenses. — H. O. Hirdorf. In der Regel sind in solchen Fällen Zinsen nicht zu zahlen. — S. 100. Den Antrag auf Anspruch auf Unfallsrente müssen Sie an die Berufsgenossenschaft richten. Nach dem Gesetz und der herrschenden Rechtsprechung werden aber, von Ausnahmen abgesehen, Unfälle auf dem Wege von und nach der Arbeit nicht als versicherungspflichtige Unfälle im Betriebe erachtet. Der Antrag erscheint in Ihrem Fall erfolglos. — P. G. 1. Selbstverständlich. — J. C. Wesseln von Fabrikanten, Rechtsanwalts und Verzien usw. teilen wir grundsätzlich nicht mit. — W. W. 7654. 1. und 2. Ja. — C. S. 777. Rein. — R. S. 1a. 1. Die Adressen der Krankenkassen finden Sie im Adresskalender. 2. Ist nichts vereinbart, so sind Schläfen, Gasmagarmwohnungen u. dergl., für die monatliche Zahlungen zu leisten sind, bis am 15. zum 1. (nicht umgekehrt am 1. zum 15.) zu kündigen. 3. In Ihrem Fall kann täglich gekündigt werden, falls nicht aus der Art der Lohnzahlung erhellt, daß nur zum 1. des Monats zu kündigen ist. — R. W. 84. Ein Ausländer hat sich zwecks Naturalisation in Berlin an den Polizeipräsidenten zu wenden. Ein Recht auf Naturalisation richtet sich Ihnen nicht zu. Für den Fall erfolgter Naturalisation ist die Urkunde für den Ausländer 50 Mark

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 109-112.

Räumungs-Verkauf

vom Montag, den 25. Juni bis Sonnabend, den 31. Juni, werden Restbestände aus allen Lägern bedeutend unter Preis verkauft.



Poröse Damen-Handschuhe <small>reine Gelds. 2 Druckkn.</small>	95 Pf.	Spitzen-Handschuhe <small>für halblange Aermel, aparte Dessins</small>	195 Pf.	Spitzen-Handschuhe <small>für halblange Aermel, Ia Teil (Wert 425 Pf.)</small>	295 Pf.
1 Paar Damen-Glacé u. 1 Paar halbe Handschuhe	95 Pf.	1 Paar Spitzen-Handschuhe und 1 Paar Halbschuhe	195 Pf.	Leinen-Unterrock mit fünffacher Spitzen-Garnitur	295 Pf.
3 Paar durchbr. Damen-Handschuhe mit zwei Druckknöpfen. Weiss und farbig	95 Pf.	Unterrock, leinen, mit Spitze	195 Pf.	Unterrock, modelfarbiger Satin mit farbigem Volant, 2 Praisura	295 Pf.
Damen-Spitzen-Handschuhe 2 Druckkn.	95 Pf.	Unterrock, grau-weiss gestreift, mit Volant	195 Pf.	Damen-Globus-Stiefel in grau mit Leder-spitzen	295 Pf.
1 Halskette, 1 Simili-Broche, 1 Paar Ohringe	95 Pf.	Leder-Reiseschuhe in rot und gelb	195 Pf.	Damen-Ziegenleder-Hausschuhe in rot u. gelb mit Fleck	295 Pf.
Eine Herren-Kette, 1 Armband	95 Pf.	Damen-Hausschuhe mit Absatzfleck	195 Pf.	Weisse Damen-Spangenschuh., Leder	295 Pf.
Ein Vorsteckkamm, zwei Seitenkämme, 2 Haarpfeile, 1 Spange	95 Pf.	Lasting-Hausschuhe mit Absatz	195 Pf.	Lasting-Spangen-Schuhe	295 Pf.
1/4 Dtz. Armblätter, 1/4 Dtz. Tailenverschlüsse	95 Pf.	Damen-Hemden mit Madeira-Stickerel.	195 Pf.	Damen-Kniebeinkleider mit Stickerel-Ein- und Ansatz	295 Pf.
1 Paar Strumpfbänder <small>Libertyband mit Schleife garniert</small>	95 Pf.	Damen-Jacken mit Stickerelstrisur	195 Pf.	Wagendecken mit Spitzen oder Stickerel-garnierungen	295 Pf.
Damen-Hemden mit Stickerel-Volant	95 Pf.	Anstands-Rock, Damast-Barchend m. Languetten	195 Pf.	Damen-Gürtel, Leder, Gummi, hochmoderne Muster	295 Pf.
Damen-Kniebeinkleider m. Stickerel u. Volant	95 Pf.	Herren-Nachthemd mit buntem Bortenbesatz	195 Pf.	Bade-Mantel, prima Kränzelstoff	295 Pf.
Unterrock, farb. Piqué mit Languetten	95 Pf.	Damen-Reform-Hängeschürzen mit Satin-Besatz	195 Pf.	Frottier-Laken, prima Kränzelstoff	295 Pf.
Weiss Batist-Tändel-Schürze	95 Pf.	Sport-Hemden für Herren <small>aus prima Tennisstoff</small>	195 Pf.	Herren-Sporthemden mit Stehmanliegekragen	295 Pf.
Blaudruck-Schürzen, extra weit, mit Tasche	95 Pf.	Reise-Carton m. Metall-Beschlag u. Leder-Riemen	195 Pf.	Weisse Kieler Anzüge für 8-12 Jahre	295 Pf.
3 Paar Damenstrümpfe, engl. lang, schwarz, grau, leder, mode	95 Pf.	Knaben-Wasch-Anzüge	195 Pf.	Prima Drell-, Lasting-Anzüge für 10-15 Jahre	295 Pf.
4 Paar Herren-Mako-Socken, gelb u. grau	95 Pf.	Blau-weiss Knaben-Tennis-Blousen	195 Pf.	Herren-Schilf- u. Leinen-Joppen	295 Pf.
Knaben-Wasch-Blousen für 8 bis 10 Jahr	95 Pf.	Herren-Sommer-Joppen	195 Pf.	Damenhut, reisseiden Band, volle Chiffon-Garnitur	295 Pf.
Knaben-Wasch-Hosen für 8 bis 10 Jahr	95 Pf.	Engl. garnierte Damen-Hüte	195 Pf.	Rüschen-Boas, schwarz	295 Pf.
Herren-Sommer-Joppen	95 Pf.	Corsetts, zweifach, mit Band und Spitzen-Garnitur	195 Pf.	Straussfeder-Boas	295 Pf.
Damen-Matelot-Hüte	95 Pf.	Feder-Boas	195 Pf.	Sonnenschirm, weiss, m. eingelassenen Medallions	295 Pf.
Damen-Hüte, ungarisiert, nur modernste Formen	95 Pf.	Sonnenschirm mit durchbrochenen Streifen	195 Pf.	Herren-Perkal-Oberhemd, elegante Muster	295 Pf.
Kissen, wunderbar bemalt (sonst 195 Pf.)	95 Pf.	Herren-Piqué-Waschweste	195 Pf.	Herren-Strohhut, Panama, Curaçaogeteicht	295 Pf.
2 Paar Hosenträger Marke „Hercules“	95 Pf.	Herren-Jacht-Club-Mütze dunkelblau	195 Pf.	Herren-Sommer-Weste, hell oder dunkel, farbig	295 Pf.
1 buntes Serviteur mit Manschetten	95 Pf.	Matrosen-Hut Manilla, für Knaben und Mädchen	195 Pf.	Costume-Rock, schwarz-weiss carrierter Stoff, neueste Fason	295 Pf.
1 Knaben-Rucksack und 1 Knaben-Sport-Gürtel	95 Pf.	Hängematte für Erwachsene	195 Pf.	Damen-Blouse, aus indischem Mull mit reicher Stickerel	295 Pf.
3 Herren-Cravatten, Schleife, Regatta und Plastron	95 Pf.	Tischtücher rein Leinen	195 Pf.	Morgen-Rock in allen Grössen, Waschstoff	295 Pf.
Herren-Strohhut, Keilf und flache Form	95 Pf.	Garten-Tischdecken waschecht	195 Pf.	Woll-Blouse auf Futter, elegante Bohoten	295 Pf.
Matrosenhut, weiss und blau-weiss für Knaben und Mädchen	95 Pf.	1/2 Dtzd. Handtücher prima Gerstenkorn	195 Pf.	Weisse Kinderkleider mit Stickerel garniert	295 Pf.
Rein seidene Pompadur	95 Pf.	Piqué-Costume-Rock mit Blumen garniert	195 Pf.	Schlafdecke, Jacquard-Muster, feinstarbig	295 Pf.
Spachtel-Kragen	95 Pf.	Wasch-Blousen Percal	195 Pf.	2 Bambus-Blumenständer, Doppel-Ständer	295 Pf.
Bade-Laken, 100/100 cm	95 Pf.	Kinder-Kleid in grau Leinen mit roten Blumen	195 Pf.	2 Fenster Cöper-Spachtel-Rouleaux, weiss oder creme	295 Pf.
Bade-Mützen- und -Hüte	95 Pf.	Matiné in feinen Waschstoffen	195 Pf.	Reinseidene Damassé, schwarz und farbig, f. Kleider und Blousen	295 Pf.
Mako-Herren-Hemden, -Hosen oder -Jacken	95 Pf.	Schlafdecken Jacquard-Muster	195 Pf.	4 Meter Etamine u. Voile, mode u. grau	295 Pf.
4 Paar Damen-Strümpfe schwarz, gestreift deutschlang	95 Pf.	Oeldruck-Bilder in Goldrahmen	195 Pf.	3 Meter Japon für Blousen, hell geblickt	295 Pf.
Kinder-Waschkleider	95 Pf.	Plättbrett bezogen	195 Pf.	1 Deckbett u. 2 Kopfkissenbezüge	295 Pf.
Damen-Wasch-Blouse	95 Pf.	Reinseidene Louisine und Taffet-Streifen	195 Pf.	Gemslederspangenschuhe mit Lederfutter	295 Pf.
Leinen-Plüsch-Lambrequins	95 Pf.	4 Mtr. Voile reine Wolle	195 Pf.	Damenschirm, Ia Gloria, mit Futteral	295 Pf.
4 Meter Rauschfutter, grau und schwarz	95 Pf.	Bettlaken a. Prima Halbleinen ^{210 cm lang}	195 Pf.	Reisetuch, reine Wolle sonst 375 Pf.	295 Pf.
4 Meter Jaconett, grau und schwarz	95 Pf.	3 Stück Rolltücher, grau gestreift	195 Pf.	Knaben-Sweater, reine Wolle	295 Pf.
2 1/2 Meter weiss Blusen-Leinen	95 Pf.	Satinschürze mit reicher Spitzen-Garnitur	195 Pf.	Reise-Karton mit Lederriemen	295 Pf.
1/2 Dutzend Taschentücher mit Buchstaben	95 Pf.	Triumphstuhl	195 Pf.	1 Maccohemd, 1 Maccohose Ia	295 Pf.
		Schirmständer, mit Porzellanschale	195 Pf.	10 Meter Hemdentuch, prima	295 Pf.
		Sophakissen, holländisches Motiv in Sammet	195 Pf.	1/2 Dtz. leinene Herrenkragen in allen Weiten	295 Pf.
		2 Battist-Untertaillen mit Spitzen	195 Pf.	Damenhemden, elegant garniert	295 Pf.
		5 Meter Mousseline, neueste Dessins	195 Pf.	8 Meter bw. Mousseline, reisende Dessins	295 Pf.
				8 Meter weiss Brokat u. à-jour-Stoffe	295 Pf.

Trotz der herabgesetzten Preise bleibt mein Rabatt-Sparsystem bestehen.

A. WERTHEIM

PORZELLAN

STEINGUT

Weiss.		Dekoriert.	
Speiseteller tief 17 Pf., flach 15 Pf.	Kompottschalen 6 Pf.	Tafelservice für 6 Personen 14.50	Salatschalen farbig glasiert Satz 4 Stück 45 Pf.
Dessertteller 12 Pf.	Kabarets 2 und 3 teilig 38 Pf.	Kaffeesevice für 6 Personen 2.65, 2.90, 4 Mk.	blau Zwiebelmuster Satz 6 Stück 1.15, 1.60 Mk.
Kompotteller 10 Pf.	Kaffeekannen 45 Pf.	Kaffeesevice für 12 Personen 7 Mk.	Speiseteller tief u. flach, blau Zwiebelmuster 12 Pf.
Terrinen 1.10, ohne Deckel 25 Pf.	Zuckerboxen 28 Pf.	Kuchenteller 57, 65, 85 Pf.	Dessertteller blau Zwiebelmuster 11 Pf.
Kartoffelnäpfe 65 Pf.	Milchtöpfe 6, 15 Pf.	Satz Töpfe 6 Stück 1.30, 1.60 Mk.	Tassen blau Zwiebelmuster 15, dekoriert 35 Pf.
Saucieren 45 Pf.	Tassen 8, 19 Pf., massiv 25 Pf.	Tassen 22 bis 38 Pf.	Mehlspeiseformen 23, 33, 48, 60 Pf.
Salatieren 5 Größen, 10 bis 45 Pf.	Kuchenteller 10 Pf.	Dessertteller 23 bis 38 Pf.	Majolika-Teller 12 bis 57 Pf.
Bratenschüsseln oval 20 bis 85 Pf., rund 45 Pf.	Reisemenagen zusammenlegbar, für Salz, Pfeffer und Mostich 65 Pf.	Marmeladen-Dosen 1.20 Mk.	Majolika-Brotkörbe 80 Pf.
Steingut-Tafelservice für 6 Personen 23 teilig, dekoriert 8.25 Mk.		Steingut-Waschservice 5 teilig, dekoriert 3.25, 4.50, 6 Mk.	Majolika-Honigdosen 50 Pf.

GLAS-WAREN

Zitronenpressen 8, 10 Pf.	Einmachegläser $\frac{1}{4}$ Liter 7, $\frac{1}{2}$ Liter 8, $\frac{3}{4}$ Liter 9, 1 Liter 12, $1\frac{1}{2}$ Liter 15, 2 Liter 19, $2\frac{1}{2}$ Liter 23 Pf.	Käseglocken geschl. 55 Pf., 1 Mk.
Milchsatten gepresst 7 Pf.	mit Verschluss „Perfect“ $\frac{1}{4}$ Liter 42, $\frac{1}{2}$ Liter 45, $\frac{3}{4}$ Liter 50, 1 Liter 58, $1\frac{1}{2}$ Liter 68, 2 Liter 80 Pf.	Bierbecher mit Bordüre 12 Pf.
Fusschalen m. Eichenlaubmuster, gepresst 30 Pf.	mit Verschluss „Adler“ $\frac{1}{4}$ Liter 28, 1 Liter 38, $1\frac{1}{2}$ Liter 45, 2 Liter 50 Pf.	Sturzflaschen geschliffen 55 Pf.
Kompottschalen gepresst 15, 28 Pf.		Wasserflaschen geschl. 50, 75 Pf.
Kompotteller gepresst 6 Pf.	Sturzflaschen gepresst 27 Pf.	Kompottschalen Oliven-schliff 40 bis 65 Pf.
Butterdosen gepresst 25 Pf.	Taschenflaschen mit Verschluss 9, 12, 15 Pf., m. Verschl. u. Becher 22, 25 Pf.	Weingläser geschliffen 25 Pf.
Käseglocken gepresst 38, 45 Pf.	Bierbecher m. Goldrand 7, 10 Pf.	Portweingläser geschliffen 20 Pf.
Wassergläser gepresst 5, 6, 8 Pf.	Bowlkannen Einglas mit Eisbehälter 2.25, 2.85, 3.75 geschliffen, 3 Reihen Oliven 1.25, 1.55, 1.80, 2.30	Likörgläser geschliffen 16 Pf.
Zuckerkasten gepresst 45 Pf.	Butterdosen geschl. 95 Pf., 1.25 Mk.	Bowlen m. 12 Gläsern und Glasabliet, geschliffen 11.25
Butterkugelständer gepresst 45 Pf.		

EMAILLE-GESCHIRRE

Wasserkessel m. Abs. 5 Gr. 50 Pf. b. 1.50	Kasserollen ohne Ring 6 Größen 30 bis 75 Pf.	Kehrichtschaufeln 40 bis 75 Pf.	Essnäpfe 6 Größen 20 bis 60 Pf.
Wasserkessel ohne Abs. 6 Gr. 40 Pf. b. 1.50	Kasserollen m. Ring 8 Gr. 40 Pf. bis 1.20	Konsole mit Mass. $\frac{1}{4}$ Liter 45, $\frac{1}{2}$ Liter 85 Pf.	Schüsseln 3 Größen 30 bis 80 Pf.
Runde Pfannen 6 Gr. 25 b. 75 Pf.	Schmortöpfe ohne Ring 50 Pf. bis 1.25	Maschinentöpfe 5 Gr. 10 bis 50 Pf.	Salatsiebe 4 Größen 60 Pf. bis 1.10
Kaffeekannen konisch 5 Gr. 50 Pf. b. 1.10	Schmortöpfe mit Ring 85 Pf. bis 1.35	Seifendosen mit Deckel 20 Pf.	Kaffeekannen m. Dekor. 50 b. 75 Pf.
Wasserkannen konisch 60 Pf. b. 1.50	Ringtöpfe 3 Größen 40 Pf. bis 1.60	Zahnbürstendosen mit Deckel 25 Pf.	Milchtöpfe konisch 6 Größen 40 Pf. bis 1 Mk.
Schüsseln mit Seitenpf. 2 Größen 40 und 60 Pf.	Seifenhalter mit Haken 12 Pf.	Scheuergarnituren 1.10 Mk.	Fleischtöpfe 3 Gr. 20 Pf. bis 1.20
Durchschläge 4 Gr. 30 bis 70 Pf.	Schüsseln 20 Pf. b. 1.50	Brotkörbe mit Dekor. 75 Pf.	Teigschüsseln 4 Gr. 1.60 bis 2.75
Brühsiebe 3 Größen 25 bis 55 Pf.	Teller 3 Größen 12 bis 18 Pf.	Reiskocher 3 Größen 1.25 bis 1.80	Wannen oval, 6 Größen 1.45 bis 4.50
Tassensiebe 8 Pf.	Schöpföffel 3 Größen 10 bis 20 Pf.	Gaskochertöpfe 4 Gr. 80 Pf. b. 1.70	Wannen rund, 4 Größen 1.30 bis 2.50
Teesiebe mit Stiel 8 Pf.	Schaumlöffel 3 Größen 8 bis 15 Pf.	Trinkbecher 20 Pf.	Eimer Monopol, ca. 25 cm 70 Pf., grau ca. 25 cm 75 Pf.
Lotmasse 10 Pf.	Deckel 3 Größen 8 bis 35 Pf.	Essenträger 38, 40 Pf.	Eimer neublau 85 Pf., Marmor 90 Pf.
Bauchtöpfe 3 Größen 10 bis 80 Pf.	Kasserollen flache, 4 Gr. 40 bis 80 Pf.	Seifennäpfe mit Sieb 15 Pf.	Eimer gestanz 1.25, weiss, gerade 1.25
Seifenhalter mit Rückwand 20 u. 25 Pf.	Milchkannen 6 Größen 30 Pf. b. 1.40	Leuchter 15 Pf.	Toiletteneimer gerade 1.60, 1.75

WIRTSCHAFTS-ARTIKEL

Messerputzmaschinen 6.50	Petroleumkocher 2 bis 5 Mk.	Schaukelbadewanne 27 Mk.	Draht-Gazeglocken rund 25, 30, 35, 40, 50 Pf.
Fleischhackmaschinen 3.25, 4.75	Fruchtpressen 95 Pf., 6.50, 7.50	Vorratsdosen 15, 30 Pf.	oval 48, 55, 65, 70 Pf.
2 Gasplätteln mit Tur und Erhitzer 5.50	Wirtschaftswagen 1.40	Brotkasten 1.40 bis 2.20	Draht-Gazedeckel 15 bis 30 Pf.
Gaskocher mit 2 Löchern 9.50	Reibemaschinen 1 Mk., 1.40	Kirschkernker 10, 15 Pf.	Lack-Giesskannen 35 bis 95 Pf.
Gasbratofen 27 Mk.	Spirituskocher 30 Pf. bis 1 Mk.	Fliegenfänger 28 Pf.	Gläsersteller 8, 10 Pf.
Reise-Spiritus-Plätteln 5.25, 5.75	Asbest-Plätttosten 20, 90 Pf.	Weissblech-Tablets 12, 18, 25, 35, 45, 65 Pf.	Lackierte Brotkörbe 35 Pf.
	Waschtische 19.50		Blumenampeln 55, 65 Pf.
Bezög. Ärmelbretter 58, 95 Pf.	Wäscheklammern 20, 25 Pf.	Waschbretter 55, 65 Pf.	Reiseschuhbürsten im Karton 75 Pf.
Bezög. Plättbretter 2.40, 2.75	Gardinenspanner 12.50	Reisekleiderbügel 15 Pf.	Schuhpolierbürsten 20, 75 Pf.
Wäscheleinen Aloe 1.85 bis 3.75	Wäschetrockner Pamos 1.25	Gazeschränke 5.75, 7 Mk., 8.25	Schuh-Creambürsten 8, 15 Pf.
Hanfleinen 3.50, 5.25, 7 Mk.			Spülbürstenbleche 2 Mk.
Brotkörbe 90 Pf.	Kaffeesevice 4 teilig 8.50 Mk.	Tischtuchklammern 4, 7 Pf.	Wetzsteine 5 Pf.
Geleedosen 50, 90 Pf.	Kaffeesevice 5 teilig 12.50 Mk.	Britannia-Esslöffel 12 Pf.	Brod-schneidemaschinen 5.25 b. 6.75
Butterdosen 75, 90 Pf., 1.40	Tablets mit Einlage, rund 2.85, oval 1.25 Mk.	Britannia-Kaffeelöffel 6 Pf.	Büchsenöffner 8 Pf.
Kakesdosen 90 Pf.	Saftkannen 90 Pf.	Tischbestecke 45, 65, 80 Pf.	Garten- u. Balkonlampen 7.50 b. 9.50 Mk.
Obstkörbe 2 Mk.	Tischschaufel mit Bürste 2.85 Mk.	Tischbestecke m. vernickelt. Griffen 45 Pf.	Windleuchter 90 Pf. b. 3.50 Mk.
Kabarets 3.60 Mk.	Obstmesser 25 Pf.	Sparschäler 5 Pf.	

In dieser Woche Eisschränke

zu herabgesetzten Preisen

Eiserne Tische eckig, zusammenlegbar	6.75 Mk.
Eiserne Stühle eckig, zusammenlegbar	1.90 Mk.
Feldstühle mit Stoffbezug und Lehne	75 Pf., grosse, mit Jutesstoff 1.75 Mk.
Triumphstühle mit Armlehne	2.25 Mk.

In dieser Woche Reisekörbe

zu bedeutend ermässigten Preisen

Der Verband städtischer Arbeitsämter in Bayern

hielt in der Ausstellung zu Nürnberg seine zweite Verbandsversammlung ab.

Der Vorsitzende Rechtsrat Dr. Menzinger-München eröffnete die Tagung mit der Mitteilung, daß sich der Minister freiwillig wegen starker Mißverständnisse im Landtage entschuldigt habe.

An den Verhandlungen nahm auch je ein Vertreter der Regierung von Mittel- und Oberfranken teil.

Lehrlingsvermittlung und Jugendfürsorge

referierte Dr. Menzinger-München: Die Lehrlingsvermittlung sei ein Problem, das noch gelöst werden müsse. Die Entlassung des Kindes aus der Schule und die Ergreifung bezw. die Erlernung eines Berufes sei einer der bedeutsamsten Momente des Lebens.

In der Diskussion ist ein Herr Meier von Kaiserslautern erschienen, der als einziger Vertreter der Handwerkskammern anwesend sei.

Rechtsrat Vacher-Augsburg ist der Meinung, daß es nicht gut gehen werde, bei der Berufswahl und bei der Lehrstellenvermittlung das Bestimmungsrecht der Eltern auszuschalten.

Genosse Kleefort-Ludwigsbasen kann mit den Ausführungen des Referenten nicht in allen Punkten einverstanden sein. Die Zahl der ungelerten Arbeiter und die, die es jedes Jahr werden, sei ungeheuer groß.

Dr. Menzinger ist noch wie vor der Ansicht, daß es besser ist, das Heer der Ungelernten zu vermindern, denn wenn in einer Industrie eine Krise eintrete, dann lägen die Massen der Ungelernten auf der Straße.

Rechtsrat Reupert-Hof tritt den Ausführungen des Genossen Kleefort bei.

Schreinermeister und Stadtrat Adl-Ludwigsbasen meint, es sei besser, eine Ueberproduktion an gelerten Arbeitern, als wenn wenig gelernte Arbeiter da sind.

Landwirtschaftliche Arbeitsvermittlung

referierte Rechtsrat Wanda-Rosenheim: Ein eigener Arbeitsnachweis für die Landwirtschaft und dessen Etablierung auf dem Lande sei zwecklos, er müsse zusammen mit dem gewerblichen Arbeitsnachweis in der Stadt unterhalten werden.

Rechtsrat Döfler-Würzburg bemerkt, auf dem Papier sei jeder Landbürgermeister eine Filiale des Arbeitsamtes; in Würzburg aber habe man bisher davon noch in keinem Falle etwas gemacht.

herangezogen und auch die katholischen Theologen auf der Universtität habe man über das Wesen der Arbeitsämter durch Vorträge aufgeklärt.

Regierungsrat Brand-Oberfranken teilt mit, daß das Arbeitsamt unter den oberfränkischen Bauern immer populärer werde.

Gutsbesitzer Beck-Raisberg (bekannt als konservativer Abgeordneter im bayerischen Landtag) hält das Einführen ausländischer Landarbeiter (Polanden usw.) für eine große nationale Gefahr.

Im übrigen beschloß der Kongreß, im Sinne der Reserate zu handeln.

Aus Industrie und Handel.

Was soll das Geschrei? Das Kohlenhändlerlamm angeht die gestellten Anforderungen bei weitem nicht befriedigen. Heute soll es Arbeitermangel, morgen unzureichende Wagenstellung sein.

Eine völlige Umwälzung in der Verwertung der Elektrizität kündigte Thomas Edison in einer Unterredung mit einem Pressevertreter an.

Giftfleisch. Welch ungeheure Dimensionen der Umsatz in den großen Schlachthäusern der Vereinigten Staaten angenommen hat, möge aus nachstehenden Ziffern erhellen werden.

In Kansas City (Missouri) wurden gestern mehrere Fleischpaderfirmen und die Burlington-Bahn wegen Verletzung der Trugscheine zu 15 000 Dollar Geldbuße und zwei Frachtvermittler zu Gefängnisstrafen von mehreren Monaten verurteilt.

Kapitalistische Grenz. Die „West African Rail“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 15. Juni über die Gewinne des „Kaufschul-Sklavenhandels“ im Kongostaate:

Die Gesamteinfuhr in den Kongostaat betrug im Jahre 1905: 20 075 881 Franc oder rund 16 Millionen Mark; die Gesamttausfuhr wird mit 53 032 293 Franc oder rund 42 1/2 Millionen Mark angegeben.

Beamten, die Soldaten und Agenten der Kautschukmaschine zu verpflegen, weil es, wie er sagte, schwierig sei dies festzustellen. Wie können es aber im großen ganzen aus dem Bericht der Untersuchungskommission erhellen, der die Bevölkerung der großen Lebensmittellzentren „als rapide aussterbend“ bezeichnet.

Ist es denn nicht möglich, Europa, begreiflich zu machen, was dort im Kongo im Gange ist? Ist es nicht möglich, ihm zu verstehen zu geben, daß es nur zu wollen braucht und es würde seinen „Kongostaat“ mehr geben, der dieses infame System wie einen Hauch tod- und verderbenbringender Pestilenz durch die Wälder des Äquators schleift!

So die „West African Mail“, die sich von den versügten Reformen im Kongostaat nicht viel zu versprechen scheint.

100 Millionen Defizit.

Erst nach langem Zögern veröffentlichte das russische Finanzministerium dieser Tage die Kostenberichte für die Monate Januar und Februar 1906, die ein Beweis dafür sind, daß die Verarmung des Landes fortbauert.

Die ordentlichen Einnahmen überstiegen die ordentlichen Ausgaben um 17 Millionen Rubel, was aber nur ein Zufall ist. Mehreinnahmen ergaben u. a. das Schnapsmonopol (19 Millionen Rubel), Zuckeralzise (13,77 Millionen Rubel) und Zolleinnahmen (13,501 Millionen Rubel).

Aus der Frauenbewegung.

Kampf für das Frauenwahlrecht.

Die Forderung des Frauenstimmrechts nimmt in jüngster Zeit in allen Kulturländern das öffentliche Interesse in Anspruch. Großartig sind die Wahlrechtsdemonstrationen in England, in Rußland ist in den allgemeinen Forderungen des Wahlrechts dasjenige für die Frauen ausdrücklich mit einbezogen.

Die Verhältnisse zwingen zum Nachdenken und sie werden die Schlafenden auf. Ist es da verwunderlich, wenn die Frauen immer energischer das Wahlrecht verlangen? Die enormen Ausgaben für Heer und Marine können dank der Agitation in Wort und Schrift den Frauen nicht mehr verborgen bleiben.

Neue Welt.
 Hasenholde 108-114.
 Sonntag, den 24. Juni 1906:
Großes Konzert
 der 40 Mann starken Kapelle.
 Direktion: B. Bothe.
Gala-Spezialitäten-Vorstellung
 Das gesamte tenor. Kammerorchester.
 Im Kleinen Saal: **Gr. Ball.**
 Anfang 4 Uhr. Entree 25 Pf.
 Jeden Mittwoch: Kinderfest.
 Donnerst.: Feuerwerk.

Wirtshaus Moritz Uhle
 3 Kreuzbergstr. 3.
 Sonntag: Gänsebraten, Kotelett mit Spargel, Aal grün, Gurkensalat (kleine Preise).
Großer Mittagstisch (kleine Preise).
 Reichhaltige Abend-Speisenkarte.
 Vorzüglichen Kaffee in Kannen zu 50 Pf.
 Echt Kulmbacher, Happold Tip-Top. Alte Weibse. Schöner schattiger Garten.
 Künstliche Garantie für guten Sitz u. Brauchbarkeit. Blumen 1 Kr. Schmerzlofes Zahnziehen 1.50. Zahn-Ärztler.
 W. Bokofzer, Prinzenstr. 46, II.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den IV. Berliner Reichstagswahlkreis

Sonntag, den 24. Juni, in Scheruchs Etablissement, Hasselwerder (Nieder-Schöneweide):
Großes Sommer-Fest

unter Mitwirkung des Rudervereins „Vorwärts“, Mitgliedern des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“, Mitgliedern des Arbeiter-Sängerbundes. • **Konzert** unter Leitung der Musikdirektoren Herren H. Loppe und Jischke.
Kasperle-Theater. — Kinder-Fackelpolonaise. — Belustigungen aller Art.

Großes Brillant-Feuerwerk.
 Am Eingang erhält jedes Kind eine Marko zur Stocklaterne und eine Marko zur Schaukel oder Karussell gratis.
Die Kaffeeküche steht den geehrten Damen sowohl vormittags wie nachmittags zur Verfügung.
Kasseneröffnung morgens 7 Uhr. — Anfang 8 Uhr. — Billetts 20 Pf.
 Das Komitee.

243/15

Bekanntmachung.
 Zur Entscheidung der Frage, ob der von der Firma Rosenheim & Kaufmann, Kartonagenfabrik hier, mit ihren Arbeitern im Jahre 1903 vereinbarte und bisher nicht gefälligte Lohnvertrag noch zu Recht besteht — bis 11. November 1907 —, bzw. ob der neue infolge eines Streikes der Firma ihrer Behauptung nach aufgewungene, jedenfalls in einer Real-lage aber von ihr anerkannte Tarif vom 1. März 1906 als rechtsungültig zu erachten sei, war von beiden Seiten das Einigungsamt angerufen worden. Dieses hat in seiner Sitzung vom 12. Juni den Parteien nachstehenden Vergleichsvorschlag unterbreitet:
 Vergleich:
 1. Die Parteien willigen in die Aufhebung des Tarifvertrages vom 11. November 1903 und des von dem Arbeitgeber unterzeichneten Minimal-tarifvertrages vom 1. März 1906.
 2. Im übrigen soll fortan der mit den einzelnen Firmen der Branche abgeschlossene „Minimaltarif“ für die Arbeiter in der Kartonagenbranche vom 1. Januar 1906 für die Parteien Gültigkeit erhalten, jedoch mit der Maßgabe, daß unter der Rubrik „Preise für Arbeiterarbeiten“, Nr. 3 Teilleisten, an Stelle der dort aufgeführten Lohnsätze die bisher von der Firma gezahlten höheren Beträge eingestellt und dementsprechend, wie folgt, gewährt werden sollen:
 Mit 2 Teilen
 flachem Deckel bis 30 cm 20 Pf.
 tiefem Deckel „ 30 „ 30 „
 Mit 2 Teilen
 flachem Deckel, 30-40 cm 25 „
 tiefem Deckel „ „ 35 „
 Mit 2 Teilen
 flachem Deckel, über 40 cm 30 „
 tiefem Deckel „ 40 „ 40 „
 Mit 1 Teil laut Tarif.
 3 Teilen, flachem Deckel 40 „
 „ 3 „ tiefem „ 60 „
 „ 4 „ flachem „ 50 „
 „ 4 „ tiefem „ 70 „
 Für Leistenpost, 2 bis 8 Zoll 15 „
 d. g. v. g.
 gez. von Schulz. Aug. Brandt
 gez. Paul Lucht. Ad. Ritter.
 A. Körstan. Ad. Ritter.
 gez. Hermann Kaufmann.
 Für die Arbeitnehmer (vorbehaltlich der Genehmigung der Versammlung):
 gez. Paul Schade. Karl Klappenbach.
 Karl Hüner.
 Obigem Vergleichsvorschlag haben die Parteien zugestimmt.
 Berlin, den 20. Juni 1906.
 Der Vorsitzende des Einigungsamtes.
 In Vertretung:
 gez. Dr. Leo.

Sozialdemokratischer Wahlverein für Schöneberg.
 Sonntag, den 24. Juni, in Obst's Festsälen:
XVII. Stiftungs-Fest.
 Vokal- und Instrumental-Konzert unter Mitwirkung der Gesangsvereine Frohe Hoffnung und Rote Nelke (M. d. A.-S.-B.)
 Das Konzert wird ausgeführt von Zivilberufsmusikern unter Leitung des Dirigenten Kissel.
 Die Kaffeeküche ist von 2 Uhr ab geöffnet.
 Eintritt 20 Pf. Anfang 4 Uhr.
 15/12 9 Uhr: Kinder-Fackelzug, Der Vorstand.

Sonntag, den 24. Juni 1906, im „Moabiter Schützenhause“ (Plötzensee):
Gaufest des Gau IX
 des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“
 verbunden mit Doppelkonzert, Gesang, Humoristischen Aufführungen, Spezialitäten und Tanz.
 Radsportliche Aufführungen durch 8 unserer Bundesvereine sowie Auftreten des Berliner Uik-Trio und der Volksängergesellschaft Lowandowsky.
Sensationelle Tandemfahrt mit bengalischer Beleuchtung auf einem 20 Meter hohen Seil.
 Eintritt 25 Pf. Vorverkauf 20 Pf.
 Herren, welche am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.
 Kinder erhalten an der Kasse 2 Bons zur beliebigen Benutzung des Karussells usw. und zur Stocklaterne gratis!
 Anfangs mittags 12 Uhr. Ende ???
 Hierzu ladet freundlichst ein Der Gauvorstand.

Köpenick. Turnverein „Eiche“ (Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes).
 10. Stiftungs-fest.
 Zur Feier desselben: Sonnabend, den 30. Juni, 8 Uhr, im Vereinslokal
Scheers „Wilhelmsgarten“: Festkommers.
 Sonntag, den 1. Juli, Früh-Konzert im Vereins-lokal.
 6 Uhr:
 Nachmittags nach dem Turnplatz
 3 Uhr: Festzug Bahnhofstraße.
 Dasselbst: Schauturnen.
 Abends: Großer Ball bei Scheer und Seidel.
 Wir beachtlichen mit unserem Turnfest für Köpenick ein Volksfest zu veranstalten und laden hiermit die gesamte Arbeiterschaft von Köpenick und Umgegend dazu ein. 253/4*

Schwarzer Friedrichsberg  **Adler**
 Frankfurter Chaussee 5 (früher 120.)
 Stadtbahnstation Frankf. Allee. Inh.: Gehr. Arnhold. Fernspr. Friedrichsberg No. 8.
 Jeden Sonntag:
Großes Künstler-Konzert und Spezialitäten-Vorstellungen.
 Im Königssaal: Großer Ball.
 Jeden Mittwoch: Willy Walde-Sänger.
 Jeden Donnerstag: Elite-Tag. Gr. Militär-Konzert.
 Donnerstag, den 28. Juni:
 4. Garde-Regiment unter Leitung des kgl. Musikdirektors Schrader.

Diez' Spezialitäten-Theater.
 Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
 Oh schön! Im herrlichen Garten oder Saal: Ob Regen!
 Täglich: **Gr. Konzert**, neue Spezialitäten und **Ball**. Das größte und beste Programm Berlins.
 u. a.: La Matschiche! merkwürdiger Tanz, ausgeführt vom besten Tanzduett Jennette und Vallis.
 Robert und Bertram, das berühmte Grottest-Duett. Josephine Delicieux, das weibliche Unikum. Die Wunder der Zukunft: The tree Burtons und Great Harry und Oly Smith, Szenen im Restaurant.
 Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
 Anfang 4 Uhr. Entree: Wochentags 20 Pf., Sonntags 30 Pf.
 Avis! Vom 1. bis 30. Juli: **16 Löwen** die größte Sensation und beste Gruppe der Welt.
 Im Salon des Löwenzüchters. A. Diez.

Roh-Tabak
 Rein amerikanisches Losgut in bester Mischung
 a Pfd. 80 Pf.
W. Hermann Müller,
 Berlin, Magazinstr. 14.

Heinrich Franck,
 Berlin N. 54, Brunnenstr. 185.
 Beschäftigen Sie bitte sofort:
 Dede, hell, 2 te Lac. 150 Pf.
 Dede, schneew. Brd. 150 Pf.

Billige Rohtabake.
Max Jacoby, Strellitzerstr. 52.

Achtung! Havana!
 Iose Müller, sehr leicht u. schneeweiß brennend, per Pfd. 1.30 Pf.
 Extra Ausnahme-Angebot.
Hamburger Rohtabak-Haus.
 Filiale Berlin N., Brunnenstr. 190.

Dr. Simmel, Prinzen-Str. 41, Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Diez' Seeterrasse, Lichtenberg
 Röder-Strasse 6, zwischen Landsberger Allee und Röder-Platz
 Größtes und schönstes Vergnügungs-Etablissement des Ostens.
 Fahrverbindungen ab Alexanderplatz Linien 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 81.
 Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Gr. Bülow-Konzert in Jäger-Uniform.
Erstklassiges Spezialitäten-Theater.
 Die neueste und größte Sensation im See
Feuer-Todes-Tauchersprung
 (11 000 m groß), Blisfabrik, Rausfahren im kleinsten Todesdring unter Mitwirkung des kleinsten Rennfahrers der Welt.
3 Riesen-Land- und Wasser-Feuerwerk.
 In zwei Sälen: 15 Ruderboote, Riesen-Kaffeeküche, Volksbelustigungen, Stabalar-Ball, 4 beredete Kegelbahnen, aller Art.
 Anfang 3 Uhr. Bei ungünstiger Witterung Schutz für 6000 Personen. A. Diez.

Max Kliems Sommer-Theater.
 Hasenholde 13-15. Kräftige Leitung: Paul Milbitz.
 Täglich: **Gr. Konzert, Theater und Spezialitätenvorstellung**
 Jeden Montag: Sommerfest. — Jeden Mittwoch: die beliebtesten Kinderfeste. — Jeden Donnerstag: Elite-Tag.

Brauerei Groterjan
 N. Schönhauser Allee 130.
Oekonom Ernst Stein.
 Täglich
Großes Konzert
 Anfang: Wochentags 7 Uhr. Sonntags 4 Uhr.

Feldschlößchen — Treptow
 Eisenstraße No. 73-75. 10762*
 Jeden Sonntag: **Großer Ball.**
 Gr. Schiller Garten. 2 Kegelbahnen. Vergnügungspark. Kaffeeküche.
 Jeden Sonntag: **Spezialitäten-Vorstellung: Max Halm's Ensemble.**
 Empfehle mein Lokal zur Abhaltung von Vereinsfestlichkeiten usw.
 Fernsprecher IV. 8988. Wirtshaus Hermann Paul.


Volksgarten-Theater. Badstr. 8. Behm-Bellermannstraße.
 An der neuen Millionenbrücke.
 Täglich: **Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**
 Jeden Mittwoch: **Großes Kinder-Freudenfest.**
 Jeden Donnerstag: **Großes Brillant-Feuerwerk.**
 Großer Park für Volksbelustigungen aller Art.
 Die Kaffeeküche ist täglich von 1 Uhr ab geöffnet. 15492

Brauerei Karl Gregory A.G. Restaurant
 Festsäle und zwei große Konzert-Gärten
 Badstr. 67 und Hochstr. 21/24
 Haltestelle der Straßenbahn nach allen Teilen der Stadt.
 1 Minute vom Bahnhof Gesundbrunnen.
Große Gartenfeste und Frei-Konzert
 erstklassiger Kapellen. 2582b*
 Anfang 3 1/2 Uhr. Entree frei.
 Im großen Festsaal: **Schäfer, Oekonom.**

Restaurant „Zum Jägerheim“
 Inhaber: Josef Kura.
 Treptow, an der Verbindungsbahn
 19. Röhrender Landstraße 19.
 Meinen circa 1500 Personen fassenden Garten empfehle zu allen Festlichkeiten. — Saal. — 4 Kegelbahnen. — Kaffeeküche von 2 Uhr an.
 Telefon: am IV. 5777. 2 862*

Wirtshaus Halensee vis-a-vis den Terrassen.
 Empfehle den geehrten Parteilagen, Freunden und Bekannten bei Ausflügen, Landpartien usw. meinen großen, schattigen Garten, Kaffeeküche und Vereinszimmer. Gute Speisen und Getränke zu soliden Preisen.
 2510b Ergebenst **Karl Bonczek.**

Moderne Herren-Schneiderei
Friedrich Schulze, Prinzenstr. 44, III. Etage (Ecke Sebastianstraße).
 Durch langjährige Tätigkeit als Zuschneider in nur ersten Geschäften und durch Verbindung mit den größten Tuchfabriken ist es mir möglich, komplette Anzüge nach Maß aus besten Stoffen und prima Verarbeitung von 36 M. an herzustellen. — Sämtliche Sachen werden von mir selbst angeschnitten und auch anprobiert. — (Achtung, kein Laden, sondern nur III. Etage.)

Verfammlungen.

Gesetzlicher Schutz den Bureauangestellten.

Diese Forderung wurde wiederum erhoben in einer öffentlichen Versammlung, die der Zentralverein der Bureauangestellten für Donnerstag einberufen hatte. Der Referent Bauer wies darauf hin, daß die Bureauangestellten schon seit einem Jahrzehnt dafür eintreten, daß gesetzliche Schutzbestimmungen, wie sie in der Gewerbeordnung den Arbeitern und im Handelsgesetzbuch den Handlungsgehilfen gewährt werden, auch den Angestellten in Anwalts- und sonstigen Bureaus zuteil werden. Der Reichstag hat bereits im Jahre 1890 einen Beschluß gefaßt, wonach die Regierung ersucht wird, tunlichst bald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der das Arbeitsverhältnis der Bureauangestellten in der Weise regelt, wie es das Handelsgesetzbuch für die Handlungsgehilfen tut. Aber noch heute warten die Bureauangestellten, obgleich sie ihre Forderungen mehrfach in Petitionen wiederholt, vergebens auf gesetzlichen Schutz, der doch gerade für diese Berufsstände eine dringende Notwendigkeit ist, um so mehr, als ein Teil der Arbeitgeber selbst vor der rücksichtslosesten Ausbeutung der Angestellten nicht zurückschreckt. Alles, was die Regierung in der Richtung, die der Reichstag angab, getan hat, ist die Vornahme von Erhebungen über die Lage der Bureauangestellten seitens des preussischen Justizministers. Aber wie sind diese Erhebungen veranstaltet worden! Nicht die Angestellten hat man über ihre Lage befragt, sondern den Vorstand der Anwaltskammer. Die Arbeitgeber also sollten sich darüber äußern, ob die von ihnen beschäftigten Angestellten des gesetzlichen Schutzes bedürfen! Diese Herren gaben ihre Gutachten, wie man es von ihnen nicht anders erwarten konnte, dahin ab, daß ein Bedürfnis nach gesetzlicher Regelung des Arbeitsverhältnisses der Bureauangestellten nicht vorhanden. — Gegen diese Art der Erhebungen hat sich bereits im vorigen Jahre die Generalversammlung des Zentralverbandes der Bureauangestellten gewandt. Jetzt sollen auch in anderen deutschen Bundesstaaten Erhebungen vorgenommen werden, bei denen wieder nur die Vorstände der Anwaltskammern gehört, die Vertreter der Angestellten aber gar nicht beachtet werden! Es ist selbstverständlich, daß solche einseitige Vornahme von „Erhebungen“ kein zutreffendes Bild von der Lage der Angestellten geben kann. Damit die Verhältnisse so dargestellt werden, wie sie wirklich sind, fordern die Bureauangestellten, daß die Erhebungen in der Weise vor sich gehen, wie sie die Kommission für Arbeiterstatistik über die Lage der Arbeiter in verschiedenen Berufen vorgenommen hat. Die öffentliche Meinung muß die Regierung zwingen, den Standpunkt aufzugeben, den sie bisher in dieser Frage eingenommen hat. — Nach dem mit allseitigem Beifall aufgenommenen Referat wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 21. Juni versammelten Bureauangestellten Berlins protestieren auf das allerentschiedenste gegen die auf Veranlassung der Reichsregierung unter Ausschluß der Öffentlichkeit durch die Justizministerien der Einzelstaaten veranstalteten einseitigen und ganz ungenügenden Erhebungen über das Arbeitsverhältnis der Anwaltsangestellten durch Befragung der Anwaltskammern. Die von den Anwaltskammern erhaltene Auskunft über die Lage der Angestellten entsprechen nicht den Tatsachen, sie sind lediglich als die Meinung einer Partei anzusehen und diktiert von dem Bestreben, den jetzigen, den Arbeitgebern außerordentlich günstigen Zustand völliger Schutzlosigkeit der Angestellten so lange wie irgend

möglich aufrecht zu erhalten, um den entsprechenden Nutzen daraus zu ziehen.

Die Versammelten ersuchen deshalb die Reichsregierung, eine Kommission einzusetzen, die auch Auskunftspersonen, die von den Berufsvereinen der Angestellten bezeichnet werden möchten, hört, damit die bestehenden Körperkassen ein objektives Bild der tatsächlichen Verhältnisse erhalten.

Da die Reichsregierung unter Berufung auf die einseitigen und unzutreffenden Auskünfte der preussischen Anwaltskammern bereits im Reichstage die Erklärung abgegeben hat, ein Bedürfnis zur gesetzlichen Regelung der Berufsverhältnisse könne nicht anerkannt werden, so erkläre die Versammelten in den jetzt in den übrigen Bundesstaaten veranstalteten Erhebungen nur einen Versuch, die vom Reichstage wiederholt geforderte gesetzliche Regelung der Berufsverhältnisse zu vereiteln.

Die Versammelten bitten deshalb den hohen Reichstag, auf seiner Forderung, auch den Bureauangestellten in der Gewerbeordnung und im Handelsgesetzbuch gewährten gesetzlichen Schutz zuzubilligen, unter allen Umständen bestehen zu bleiben.

Des weitern bitten die Versammelten den hohen Reichstag, das an die Regierung gerichtete Ersuchen, auch die Arbeitnehmer über die Berufsverhältnisse zu hören, nach Möglichkeit zu unterstützen.“

Die Zuschneider und Zuschneiderinnen der Herren, Knaben- und Westkonfektion hatten am 16. Juni in Dreßels Festsälen eine öffentliche Versammlung, um über ihre Stellung im heutigen Produktionsprozess und die Notwendigkeit der Organisation zu beraten. Sabath als Referent schilderte ausführlich die Entwicklung und das Wesen der Konfektion, sowie die Lage der Zuschneider und Zuschneiderinnen. Die Arbeitsverhältnisse der Zuschneider und Zuschneiderinnen in der Konfektion haben sich danach unter dem Einfluß verschiedener Umstände verschlechtert. Die Konfektion wird immer mehr Saisongeschäft, der Andrang von Zuschneidern nimmt zu, es reißt die Sitte ein, die Zuschneider am Schluß der Saison zu kündigen, statt sie durchzubalzen über die flauere Zeit hinweg, wie früher. Abgesehen von Ausnahmen, ist die Entlohnung keine besonders gute; es kommen bei den Männern Löhne von 25 Mark vor, aber selbst mit 30 bis 36 Mark läßt sich bei dem teuren Leben in Berlin nicht viel anfangen. Der Lohn der Zuschneiderinnen sinkt bis unter 12 Mark und steigt bis 20 Mark und etwas mehr. Für die Errichtung von Brunnpalästen haben die Könige der Konfektion Geld, nicht aber für die Aufbesserung der Lage ihrer Angestellten. Statt dessen wird eine strenge Kontrolle über die Menge des Zuschnittes eingeführt, damit ja mehr zu geschnitten werde als das verlangte Minimum. Ein Hinanstreben der Leistungen greift um sich. Nur eine gute Organisation kann bessernd eingreifen. Die besser gestellten Kollegen dürften dabei nicht fehlen. Ebenso müßten die Zuschneiderinnen hinein, die doch selbst ein großes Interesse daran hätten, für gleiche Leistungen den gleichen Lohn wie die Männer zu erzielen, womit dann auch die Möglichkeit für die Unternehmer wegfiel, die Löhne unter Hinweis auf die Frauen zu drücken. — Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine lebhaft diskutierte, in der alle Redner den Anschluß an die bestehende „Zuschneider-Vereinigung zu Berlin“, der Einberufung der Versammlung, dringend empfahlen.

Der Verband der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands, Bezirk Berlin und Umgegend, hielt am Sonntag nachmittag im Gewerkschaftshaus eine Versammlung ab, in der die Frage:

„Wie verhalten wir uns zu den letzten Vorkommnissen?“ auf der Tagesordnung stand. Es handelte sich hier hauptsächlich um den im Sommer vorigen Jahres auf Veranlassung des Geschäftsführers Kengel gegen den Lagerhalter Stiller der Verkaufsstelle in der Bielefelderstraße geführten Prozeß wegen Diebstahl zum Einbruchsdiebstahl. Der Prozeß, der für den Angeklagten natürlich viel Verdruß und Widerwärtigkeit mit sich brachte, endete befriedlich, da auch nicht der geringste Beweis zu erbringen war, mit gänzlicher Freisprechung. Der Lagerhalter Stiller schilderte nun, in welcher Weise die Anzeige zustande gebracht worden war, sowie den ganzen Verlauf des Prozesses. In Uebereinstimmung mit seinem Ausführungen wurde auch in der regen Diskussion, die sich daran schloß, das Verhalten Kengels in der Angelegenheit scharf verurteilt. Stiller, der seinerzeit sofort entlassen worden ist, verlangt nun sein rückständiges Gehalt. Die Geschäftsleitung hat jedoch eine Gegenforderung für Außenstände und Rankos aufgestellt und vorgeschlagen, die Angelegenheit einem Schiedsgericht zu überweisen. Stiller lehnte aber, nach Rücksprache mit dem Bezirksvorsitzenden des Lagerhalterverbandes, diesen Vorschlag ab und hat nun Klage beim Kaufmannsgericht eingereicht. Dieser Schritt wurde auch von der Versammlung allgemein gebilligt, in der Ueberzeugung, daß durch die Freisprechung Stillers die Verachtung seiner Gehaltsforderung hinreichend bewiesen, und somit ein Schiedsgericht überflüssig sei. Wenn das Kaufmannsgericht sein Urteil gesprochen hat, soll sich die Organisation nochmals mit der Sache befassen.

Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, wie leicht bei Diebstählen in den Verkaufsstellen der Konsumvereine ein schlimmer Verdacht auf die Lagerhalter fallen kann. Ferner wurden verschiedene Mängel der Anstellungsverträge der Lagerhalter erwähnt, die eine einheitliche Regelung durch Verhandlungen zwischen ihrer Organisation und den Vorständen der Genossenschaften notwendig erscheinen ließen. Bevor jedoch weiter zu dieser Frage Stellung genommen wird, soll erst das Ergebnis des gegenwärtig in Stettin togenden Kongresses des Zentralverbandes der Konsumvereine abgewartet werden.

Sodann wurde eine Notiz der neuesten Nummer des „Genossenschafts-Pionier“ verlesen, die von der Kündigung des Lagerhalters Girard und von dessen Klage vor dem Kaufmannsgericht in Pichtenberg handelt. Hierzu wurde bemerkt, daß der Redakteur Simon Rosenstein an der Aufnahme der Notiz unschuldig sei. Der Verfasser sei ein Buchhandlungsgehilfe und selbst Mitglied eines Kaufmannsgerichts.

Witterungsübersicht vom 23. Juni 1906, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Stationen, Barometerstand mm, Windrichtung, Windstärke. Rows include Ostpreußen, Danzig, Berlin, Jena, München, Wien, Kaparanda, Petersburg, Sibirien, Usterben, Paris.

Wetterprognose für Sonntag, den 24. Juni 1906. Vielach heiter, am Tage etwas wärmer, bei mäßigen südwestlichen Winden; keine erheblichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Baer Sohn advertisement featuring a man in a suit and various clothing items with prices: Reise-Anzüge (36.-, 27.-, 21.-), Strand-Anzüge (24.-, 18.-, 15.-), Reise-Joppen (6.-, 5.-, 4.-), Reise-Mützen, Reise-Wäsche, Reise-Pelerinen (16.-, 12.-, 10.-), Loden-Havelocks (24.-, 21.-, 18.-), Staub-Mäntel (15.-, 9.-, 7.50), Reise-Hüte, Rucksäcke (3 Mk. 75).

Singer Nähmaschinen advertisement: Einfache Handhabung! Große Haltbarkeit! Hohe Arbeitsleistung! Grand Prix St. Louis 1904. Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges. Berlin W., Leipzigerstr. 92.

Getreidepreise steigen! Wer sich für die Preisbewegungen an den Produktenmärkten interessiert, verlange Proestler's Broschüre: „Das Wirtschaftsbild der Gegenwart und der Zukunft“.

Goldblondchen advertisement: Gesund, nahrhaft u. billig alkoholfreies Erfrischungs-Getränk. ausgezeichnet mit Ehrenpreis u. goldener Medaille.

Auf Teilzahlung!!! Wöchentlich nur 1 Mk. Große Auswahl in Herren- und Damen-Uhren, Standuhren, Freischwinger, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten, Stöcke, echte Monzenhauer Zithern, Phonographen, Plattensprechmaschinen, Polyphons, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.

Spiritus-Kocher advertisement: Praktisch! Reinlich! Sparsam! Hand-, Herd- und Reise-Kocher, Kochherde, Kochplatten, Rechauds in jeder Ausstattung u. Preis-lage von 50 Pf. an. Centrale für Spiritus-Verwertung G. m. b. H. Berlin NW. 7, Friedrichstr. 66.

Gelegenhheits-Kauf! Teppiche, Gardinen, Portieren. Teppich-Adler Königstrasse 20-21, a. d. Judenstr.

Kolonie Röntgenhöhe advertisement: Stat. Buch, Röntgental, Jevernied, gesunde hohe Lage, idyll. Umgebung, große Zukunft. Landparz. nach bill. v. M. 10.00. Rute an. Verkäufer auf dem Terrain. Kauf. erteilt Hohenberg, H. 28, Ramlowstr. 38.

J. Baer advertisement: Badstr. 28, Ecke Prinz-Alteon Herren- und Knaben-Modern-Berufskleidung, Elegante Palots, Großes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß. Allerh. Billigste, streng feste Preise.

Verband

Sozialdemokrat. Wahlvereine

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 26. Juni 1906, abends 8 1/2 Uhr:

General-Versammlungen

der sechs Berliner Reichstagswahlkreise.

1. Kreis.

Rühnes Festäle, Niederwallstraße 20.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Genossen Redakteurs Wermuth über: „Die große französische und die russische Revolution“. 2. Vorstands- und Kassenbericht. 3. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 4. Anträge.

2. Kreis.

Habels Branerei, Bergmannstraße 5/7.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Ergänzung des zweiten Schriftführers. 3. Die Verbands-Generalversammlung. Anträge und Wahl der Delegierten zu derselben. 4. Vereinsangelegenheiten.

Zu Punkt 3 sind folgende Anträge gestellt:
1. Die einzelnen Kreiswahlvereine Groß-Berlins haben das Recht, an ihre Mitglieder im Laufe des Geschäftsjahres Broschüren von gleichem Gesamtwert, bis 50 Pf. (ausschließlich Parteitag-Protokoll), jedoch eventuell von verschiedenem Inhalt, gratis zu verteilen.
2. Die dem Aktions-Ausschuss zur Beschlussfassung vorliegenden wichtigen Angelegenheiten müssen auf Antrag der Vertreter von drei Kreisen dem Zentralvorstande zur Beschlussfassung überwiesen werden.

3. Kreis.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Die Verbands-Generalversammlung und Wahl der Delegierten hierzu. 3. Anträge für Ausschluß von Mitgliedern. 4. Vereinsangelegenheit.

4. Kreis.

Kellers Festäle, Koppenstraße 29.

Tages-Ordnung: 1. Die Verbands-Generalversammlung und Anträge hierzu. 2. Wahl der Delegierten. 3. Vereinsangelegenheit und Verschiedenes.

5. Kreis.

Altes Schützenhaus, Linienstraße 5.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Kommission. 2. Wahl der Delegierten zur Verbands-Generalversammlung. 3. Vereinsangelegenheit und Verschiedenes.

6. Kreis.

Germania-Säle, Chausseestraße 103.

Tages-Ordnung: 1. Wahl der Delegierten zur Generalversammlung Groß-Berlins. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Anträge: a) Beilegg und andere: Verbilligung des „Vorwärts“ und Wochenabonnements. b) Fiedler: Dem „Vorwärts“ zweimal wöchentlich eine Beilage (Spezial) zur Unterstützung der Arbeiterinnen beizulegen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Zentralvorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Rummelsburg.

Dienstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Saale der Ww. Weigel, Türschmidtstraße 45:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Diskussion. 3. Statutenberatung. 4. Wahl des gesamten Vorstandes. 5. Wahl von Delegierten zur Kreis-Generalversammlung am 30. Juni. 6. Wahl von Delegierten zur Verbands-Generalversammlung am 29. Juli in Berlin. 7. Vereinsangelegenheiten. **Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.**

Zentralorganisation der Steinsetzer und Berufsgenossen Deutschlands.

Sonntag, den 1. Juli 1906, vormittags 9 1/2 Uhr:

Kombinierte Versammlung der Mitglieder sämtlicher Unterbezirke für Groß-Berlin

im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15 (Saal 4).

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Schlichtungskommission. 2. Besprechung der Bestimmungen des Tarifes, insbesondere der §§ 8; Leistung (einwandfreie Arbeit). 9. Lehrlingskassa, 12: Recht Sternaumerkung (Vollverein 7), 13: Sanarbeitschutz (Unterfunktionäre). **Kollegen! Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, um so die Ruhe im Gewerbe zu gewährleisten und ein gedeihliches Zusammenarbeiten auf den Baustellen zu ermöglichen.** Es ist eine wichtige Versammlung, kein Mann darf fehlen! Mit Verbandsgruß. **J. A. P. Schenke, Rixdorf, Anseebühlstraße 2 I.**

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Schlichtungskommission. 2. Besprechung der Bestimmungen des Tarifes, insbesondere der §§ 8; Leistung (einwandfreie Arbeit). 9. Lehrlingskassa, 12: Recht Sternaumerkung (Vollverein 7), 13: Sanarbeitschutz (Unterfunktionäre). **Kollegen! Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, um so die Ruhe im Gewerbe zu gewährleisten und ein gedeihliches Zusammenarbeiten auf den Baustellen zu ermöglichen.** Es ist eine wichtige Versammlung, kein Mann darf fehlen! Mit Verbandsgruß. **J. A. P. Schenke, Rixdorf, Anseebühlstraße 2 I.**

Kollegen! Es muß endlich Klarheit geschaffen werden, um so die Ruhe im Gewerbe zu gewährleisten und ein gedeihliches Zusammenarbeiten auf den Baustellen zu ermöglichen. Es ist eine wichtige Versammlung, kein Mann darf fehlen! Mit Verbandsgruß. **J. A. P. Schenke, Rixdorf, Anseebühlstraße 2 I.**

Es ist eine wichtige Versammlung, kein Mann darf fehlen! Mit Verbandsgruß. J. A. P. Schenke, Rixdorf, Anseebühlstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. J. A. P. Schenke, Rixdorf, Anseebühlstraße 2 I.

Mit Verbandsgruß. J. A. P. Schenke, Rixdorf, Anseebühlstraße 2 I.

An die

Schildermaler

und alle in den Schildermalerereien beschäftigten Personen: Annaher, Vergolder, Vergolderinnen, Lackierer, Ausschneider, Klempner, Schlosser, Glasschleifer usw. Berlins u. Umgegend!

Donnerstag, den 28. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Dräsel, Neue Friedrichstr. 35 (großer Saal):

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. „Zweck und Nutzen der Organisation!“ Referent: Gen. A. Ritter. 2. Diskussion. **Es ist Pflicht aller in der Schilderbranche beschäftigten Personen, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen.**

Ehrensache eines Jeden ist es, für diese Versammlung zu agitieren, damit es eine vollzählige, und unsere Arbeit eine gründliche wird.

Wir appellieren nochmals an Eure Solidarität, sämtlich zu erscheinen und alle Säumigen mitzubringen. **Mit Gruß**

85/105

Die Verwaltung Berlin III der Schildermaler.

Stukkateure.

Montag, den 25. Juni 1906, abends 8 Uhr, in den Musikersälen, Kaiser Wilhelmstr. 18m:

Außerordentl. Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Debatte über „Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisation mit besonderer Berücksichtigung von Vorfällen in unserer Filiale.“ 2. Verschiedenes.

Die Mitglieder werden ersucht, ihre Beitragsscheine auf das geringste Maß zum 1. Juli zu beschränken, weil von da ab neue Statuten in Kraft treten.

Angeichts der hochwichtigen Tagesordnung ist es Ehrenpflicht der Kollegen, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **Die Ortsverwaltung.**

Allgemeine Orts-Krankenkasse vereinigt. Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis, daß der Bezirksausschuss den 11. Nachtrag zum Statutenrat genehmigt hat. 274/15

Danach betragen die wöchentlichen Versicherungsbeiträge in der Lohnklasse A 1,02 R., I 0,81 R., II 0,69 R., III 0,57 R., IV 0,45 R., V 0,30 R. Ferner wird beim Tode der Ehefrau oder eines Kindes eines Klassenmitgliedes, sofern diese Personen selbst nicht in einem gesetzlichen Versicherungsverhältnisse stehen, auf Grund dessen ihren Hinterbliebenen ein Anspruch auf Sterbegeld zusteht, dem Klassenmitgliede ein Angehörigen-Sterbegeld nach näherer Vorchrift des Statuten-Nachtrages bezahlt.

Gedruckte Statuten-Nachträge werden den Klassenmitgliedern auf Wunsch jederzeit im Klassenlokal ausgehändigt, ebenso erhält jeder Arbeitgeber eine genügende Anzahl davon zur Verteilung an die bei ihm Beschäftigten Klassenmitglieder.

Charlottenburg, den 18. Juni 1906. **Der Statutenrat.** Wilh. Ahrens.

Steppdecken

billigt direkt in der Fabrik 72. Wallstr. 72. wo auch alle Steppdecken aufgearbeitet werden. **Bernhard Strohmannel, Berlin Ks. Illustr. Katalog gratis.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679. Arbeitsnachweis: Zimmer 34. Amt IV, 3353.

Achtung! Metallarbeiter Rixdorfs! Achtung!

Montag, den 25. Juni 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Bezirks-Versammlung für Rixdorf und Umgegend

im Lokal von H. Thiel, Rixdorf, Bergstraße 151-152.

Tages-Ordnung: 1. „Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit“. Referent: Stadtrordneter Genosse E. Bösko. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. **Um zahlreichen Besuch wird ersucht.**

Montag, den 25. Juni 1906, abends 7 1/2 Uhr: Mitglieder-Versammlung für Königs-Wusterhausen und Umgegend

im Lokal von Lange, Berlinerstraße 31 in Königs-Wusterhausen.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. **Zahlreicher Besuch wird erwartet.**

Dienstag, den 26. Juni 1906, abends 8 Uhr:

Allgemeine Uhrmacher-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Karl Schmidt über: „Die Arbeiterbewegung früher und jetzt“. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

NB. Die Kollegen von Siemens u. Schuckert, Allgem. Elektrizitäts-Gesellschaft, Dr. Paul Meyer, C. P. Goerz und aus den Tagemeisterbetrieben sind speziell hierzu eingeladen.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Ortsverwaltung.** 121/3

Zentralverband d. Schuhmacher Deutschlands.

Montag, den 25. Juni 1906, abends 8 1/2 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung

in den Residenz-Sälen, Sandbergerstraße 31.

Tages-Ordnung: 1. Bericht der Delegierten von der Generalversammlung in Nürnberg. — 2. Diskussion. — 3. Verschiedenes. 144/20 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der Kürschner Berlins und Umgegend.

Geschäftsstelle u. Arbeitsnachweis: Gollnowstr. 5. — Tel.: Amt 7 Nr. 318.

Mittwoch, den 27. Juni 1906, abends 8 Uhr, im „Alten Schützenhause“, Linienstr. 5:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Welchen Wert hat die Konsumgenossenschaft für die Arbeiterklasse?“ Referent: Genosse S. Katzenstein. — 2. Diskussion. — 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet. 102/14 **Der Vorstand.**

— Telefon: — **Armin-Hallen** Kommandanten-Amt I, 8955. Straße 20.

Große und kleine Festäle mit und ohne Theaterbühne auch Sonnabends und Sonntags in diesem und im nächsten Jahre frei. 8 Vereinszimmer.

Verband der Sattler.

Ortsverwaltung Berlin.

Montag, den 25. Juni 1906, abends 8 1/2 Uhr, in B. Franke's Festäle, Sebastianstr. 39:

Große Oeffentliche Versammlung

aller Militärsattler Berlins.

Tages-Ordnung:

1. Kündigung oder Verlängerung des bestehenden Tarifs. 2. Die letzten Vorgänge bei der Firma v. Tippelskirch. 3. Verschiedenes.

Kollegen! In dieser Versammlung soll es sich entscheiden, ob die Kollegen der Militärbranche ernstlich gewillt sind, die überaus traurige Lage, in der sie sich befinden, zu bessern. Wir erwarten daher, daß jeder einzelne Kollege seine Pflicht erfüllt und in dieser Versammlung anwesend ist. 157/9 **Die Ortsverwaltung.**

157/9 **Die Ortsverwaltung.**

157/9 **Die Ortsverwaltung.**

Trinkt **Brandt's Brause** alkoholfrei wohlschmeckend

Generalvertrieb für Berlin W., SW. und die westlichen Vororte **V. Stabinski, Wilmersdorf-Berlin W., Badenschesstr. 18. Tel. Amt Wl. No. 444.**

Deutscher Holzarbeiter - Verband.

Zahlstelle Berlin.

Achtung! Bautischler! Achtung!
Sonntag, den 24. Juni, vormittags 10 Uhr,
bei Keller, Koppenstr. 29:

Branchenversammlung der Bautischler.

Tages-Ordnung:
1. Stellung der Kommission zur Werkzeugfrage und Abstimmung über den von der Kommission gestellten Antrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Kollegen! In Anbetracht der wichtigen Tages-Ordnung ist es Pflicht, daß jeder Kollege an dieser Versammlung teilnimmt. Auch werden die Vorort-Zahlstellen gebeten, zu dieser Versammlung Vertreter zu schicken.
Der Branchenleiter: Karl Reich-

Montag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 3) Engel-Ufer 15:

Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag der Genossin Kabeit über „Volkschule und Kindererziehung.“
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten.
Die in der freien Vereinigung organisierten Kollegen werden aufgefordert in der Versammlung zu erscheinen, da die Angelegenheit der Werkstätte Gräberl erledigt werden soll.
Die Kommission.

Montag, den 25. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:

Branchen-Versammlung der Korbmacher.

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen Leopold über „Rechte und Pflichten des Arbeiters im wirtschaftlichen und politischen Kampfe.“ 2. Diskussion. 3. Die Lohnbewegung der Korbmacher. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen wünscht
Die Kommission.

Branchen-Versammlung der Kistenmacher.

Montag, den 25. Juni, abds. 8 1/2 Uhr, in den Andreas-Festsälen, Andreasstraße 21:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Sozialreform und Besteuerung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist notwendig. Der Obmann.

Achtung! Kammacher. Achtung!

Mittwoch, 27. Juni, abends präz. 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten,
Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung der Kammacher und aller in der Zelluloid-Haarschmuckbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:
1. Berichterstattung vom 6. Verbandstag in Köln. Kollege R. Leopold.
2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Der sehr wichtigen Tagesordnung wegen ist es Ehrenpflicht jedes Kollegen, in der Versammlung zu erscheinen.

Achtung! Bodenleger und Bohner.

Mittwoch, 27. Juni, abends präzise 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus,
Engel-Ufer 15:
Versammlung

Tages-Ordnung:
1. Bericht über den Anschlag der Bohner sowie über den Ausschlagantrag. 2. Die Stempelung der Böden und Empfang der Biletts zur Dampferpartie und Verschiedenes. Der Kollege Schiefinger ist hierzu geladen.
Die Kommission.

Mittwoch, den 27. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus
(Saal 4), Engel-Ufer 15:

Branchen-Versammlung der Perlmutter-, Horn- und Steinnuß-Arbeiter.

Tages-Ordnung:
1. Die Gesundheitsfrage in der Knopfindustrie. Referent: Professor Dr. med. Th. Sommerfeld. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten. 4. Verschiedenes.
Die Verhandlungsbücher sind mitzubringen.
Kollegen, agitiert für regen Besuch.
Der Obmann.

Die Bibliothek ist in den Monaten Juli und August geschlossen.
Die Mitglieder werden erlucht, die geliehenen Bücher bis spätestens den 1. Juli abzuliefern.
Die Ortsverwaltung.

Jedes Jenensia-Rad ein Meisterwerk deutscher Technik.
Teilzahlung! Zwei Jahre Garantie!
Sozial-Räder ab 65.-, Sozial-Luxus- mit 100.-, Gebrauchte Räder billig! Bitte genau auf Qualitätsnummer „23“ zu achten.
23. R. Groskurth, Berlin C., Münzstr. 23.

Lebens-Versicherung.
VICTORIA zu BERLIN.
Lebens-Versicherungsbestand: Über 1 Milliarde u. 286 Mill. Mk.
Gesamt-Vermögen: 544 Millionen Mk.
Prämien- und Zinsen-Einnahme in 1906: 113 700 398 Mk.
Pro 1906 erhalten die Versicherten 22 870 732 Mark Ueberschuß als Dividende. 1401 L.
Volks-Versicherung.
VICTORIA.
FEUER-VERSICHERUNGS-ACTIEN-GESELLSCHAFT.
Ganz neue liberalste Bedingungen.
Feuer-Versicherung.

ermitteln alten Freunden, Bekannten und Parteigenossen zur Nachricht, daß ich Ende Juli die
Moabiter Bürger-Säle, Benfelfstr. 9,
eröffne. — Gleichzeitig empfehle ich den geehrten Gewerkschaften und Vereinen meine Säle (zirka 350 und 100 Personen fassend) zu Versammlungen und Vergnügungen.
Für kulante Bedingungen und solide Preise wird gesorgt.
Um geneigten Zuspruch bittet **J. Kirschkowski, Gastwirt.**

Wo amüsieren wir uns Sonntags?
Zum Krug zum grünen Kranze
Mittelpunkt der Erde. Ober-Schneide, Waldstraße 73/74 beim gemächlichen Bier 12082* **Ernst Höflich.**
Station Sabona und Nieder-Schneide.
Den geehrten Vereinen halte ich mein Lokal bestens empfohlen.

BREUER'S Festsäle
„Zur Königshauk“
Gr. Frankfurterstr. 117. X. Inb. Curt Breuer. X. Amt Vila, 8142
Den geehrten Gewerkschaften, Vereinen, Klubs empfehle ich meine Gefamträume zur Abhaltung von Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art zu den kulantesten Bedingungen.
Um recht regen Zuspruch bittet [3332*] **Curt Breuer, Gastwirt.**

Terrassen-Restaurant Neuer Krug a. d. Oberspree
Bahnhofstation Wilhelmsbagen.
Runde die verehrten Vereine, Gewerkschaften, Fabriken auf mein herrlich an der Oberspree gelegenes Lokal zur bevorstehenden Dampferpartie aufmerksam. 3 Säle, großer schattiger Garten, Stegelbahn, Kaffeehäuser etc. Sonnabende, Sonntage im Juni, Juli, August noch frei.
Wilhelm Müller. Fernspr. Amt Eimer Nr. 51.

Volkshumorist
Gerhard, unabh. Refr., Wangelstr. 22.
Restaurant Lindenhof
in Johannisthal, Friedrichstr. 61.
Grasdoller Park mit 1000 Jähr. Baumbestand. Platz f. 3000 Pers.
Jeden Sonntag: **Gr. Konzert bei freiem Entree.**
f. Spielen u. Schätze zu soliden Preisen. Kaffeehäuser stets geöffnet. Hier 60 St. Volksbelustigungen aller Art.
Paul Zibolski & Co.

Großes Vereinszimmer
für Vereine und Festlichkeiten, 50 bis 60 Personen fassend, empfiehlt
R. Tasche, Lortzingstraße 37.
Krankenfahrräder all. Systeme
täglich von 9 bis 12 Uhr, auch teilweise unter kulantesten Bedingungen.
Koppsche Krankewagen, Eisasserstraße 95. 116/4*

Achtung! Achtung!
Restaurant Café Pein,
Hubertusbader-Str. 8/10.
Einzig freies Lokal im Grunewald. Schöner schattiger Garten. Familien können Kaffee trinken. Es label freundlich ein 16122 **Frau Ww. Pein.**
Obstgrundstück Brandenburg gelegen, zirka 18 Morgen groß, ist billig zu verkaufen.
Offerten unter V. 4 Expedition des „Vorwärts“.

Teilhaber.
Konditor in reiferen Jahren sucht zwecks Gründung einer Bäckerei und Konditorei einen Teilhaber mit etwas Kapital. Referenzen gegeben und verlangl. **Müller, Köln, Nahrungstr. 4.**
Rixdorf, Bergstraße 141.
Kramatten, Handschuhe, Böfche, Regenplüme, Spazierstöcke.
Schirmreparaturen und Bezüge.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen!
Berliner

Schneiderei-Genossenschaft
G. m. b. H.
(Begr. von organisierten Schneidergehülfen Berlins)
Brunnenstr. 185, im Laden,
zwischen Rosenthaler Tor und Invalidenstrasse,
empfiehlt sich den werthen Arbeitern und Parteigenossen zur Anfertigung von
feinerer Herren-Garderobe.
Großes Lager fertiger Herren- und Knaben-Anzüge, Sommer-Paletots und Arbeiter-Berufskleidung.
Verkauf nur gegen bar! — Streng feste Preise!
Die Herstellung unserer Fabrikate erfolgt in eigenen Werkstätten unter den von der Organisation festgesetzten Lohnbedingungen.
Um geneigten Zuspruch bittend, zeichnet
Achtungsvoll
„Hoffnung“
Berliner Schneiderei-Genossenschaft
Lieferant des Berliner Konsum-Vereins und der Konsum-Genossenschaft Berlins und Umgegend.

S. Kaliski,
trübere Firma „Baby“
1. Brunnenstrasse 16.
Spezialgeschäft für Nähmaschinen und Reparatur-Werkstatt.
2. Invalidenstr. 160
3. Brunnenstr. 92
4. Reinickendorferstr. 20
5. Frankfurterstr. 115
6. Oranienstr. 31
7. Belle-Alliancestr. 107
8. Tauenzienstr. 7a
9. Bousselestr. 18.
Näh- und Stickerunterricht. Garantie 6 Jahre. Vortröcher kommt aus Wäusch.
Zahlungsmöglichkeit bei gelassenen 100 Mark 7-600. Bei Erwerbungen 5-120.
Singer A. 75.00 Ohne Anzahlung. 1.00 wöchentlich. Adler, vor- und rückwärts abnehm. Wheeler-Wilson.

Zähne
tadellose saubere Ausführung 3 Mark. Plomben 2 Mark. Schmerzloses Zahnziehen. Zahnziehen, Zähne reinigen, Nerventötung etc. — wird bei Bestellung nicht berechnet —
Max Guckel, Lausitzer Platz 2.
Elsasserstraße 12.
Vorzeiger dieser Annonce 10 % Rabatt.

Herzliche Gratulation am heutigen Tage dem Pfarrschon Ehepaar zum 30jährigen Krieg in Sonnenschein und Regen.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, der frühere Bauarbeiter

Albert Hennowski
nach 5jährigem schwerem Leiden am Sonnabend, den 23. Juni, früh 1/5 Uhr verstorben ist.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 26. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Thomas-Friedhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Die trauernde Witwe **Emma Hennowski.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 23. Juni früh 1/5 Uhr verschied nach fünfjährigen schweren Leiden unser Parteigenosse

Albert Hennowski
im Alter von 59 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Dienstag, den 26. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Thomas-Friedhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung der Genossen ersucht
Der Vorstand.

Verband der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands.
Ortsverwaltung Berlin. Zahlstelle II.
Todes-Anzeige.
Am Freitag, den 22. d. M. nach langem Leiden unser Mitglied und Kollege

Paul Lachmann
im 45. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm
Die Zahlstelle II Berlin.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Georgenkirchhofes, Landsberger Allee, aus statt. 37/6

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin. **Nachruf.**
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Arbeiter

Paul Domsch
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Nachruf.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Otto Schulz
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
121/13 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters **Albert Böhme** sagen wir allen Freunden, Kollegen und Bekannten herzlichsten Dank. 2563b
Auguste Böhme und Kinder.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kräftigung bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters, Sohnes, Bruders und Schwagers, des Hiesigen **Karl Baberschoke** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, insbesondere der Vereinigung der Hiesigen Arbeiter Deutschlands, Ortsverein Berlin, Abt. I, und dem sozialdemokratischen Wahlverein im vierten Berliner Reichstagswahlkreis, Landsberger Viertel, dem Vaterlandverein und Bund unserer herzlichsten Dank. 1611f
Die trauernden Hinterbliebenen.

Dr. med. R. Hirsch, Spezialarzt für Haut-, Horn- u. Geschlechtsleiden.
24 wohnet jetzt 208/16* **Danzigerstr. 98,** Ecke Schönhauser Allee.

Verlag Max Richter Berlin W. 30 Spayorstr. 27.
Über 2000 Exempl. verkauft
Die Harnleiden
Ihre Gefahren, Verhütung und Beseitigung von
Dr. med. Schaper, BERLIN — Preis 1 Mark.

Kassenbäder jeder Art „Augusta-Bad“, Röpkenstr. 60.
Dr. Schünemann Spezial-Ärzt für Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Verband d. sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umg.
Nach langem, schwerem Leiden

Franz Hoch
im Alter von 43 Jahren.
Seit seinen jungen Jahren für die Partei tätig, war er allseitig bereit, für unsere große Sache opferwillig einzutreten. Er werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 24. Juni, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhaus am Urban, Diefenbachstrasse-Säle, aus auf dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
200/9 **Der Zentralvorstand.**

Freitag, 22. Juni, verstarb im Krankenhaus am Urban, unser braver Genosse und Mitarbeiter

Franz Hoch.
Wir werden dem Verstorbenen ein treues Andenken bewahren!
Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Drechsler

Franz Hoch
am 21. Juni nach längerem Leiden verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am 24. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhaus am Urban aus nach dem Friedhof der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
88/2 **Die Ortsverwaltung.**

Allg. Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler u. Beretsagen. (G. d. 86, Hamburg).
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied

Franz Hoch
am 21. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Urban-Krankenhauses aus nach dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt. 233/7
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstagswahlkreis.
Am 21. Juni verschied in Dalsdorf unser treues Mitglied, der Arbeiter

Ernst Mudrich
Bezahl. 110. Hildesheimerstr. 9.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Montag, den 25. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Urban-Krankenhauses aus nach dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt. 233/7
Der Vorstand.

Verband d. baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin u. Umgegend. Bezirk 606-West.
Am 21. Juni verstarb unser treuer Kollege

Ernst Mudrich.
Die Beerdigung findet am Montag, den 25. Juni, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Urban-Krankenhauses aus nach dem Friedhofe der Freireligiösen Gemeinde, Pappel-Allee, aus statt. 34/20
Um rege Beteiligung ersucht
Der Zweigvereins-Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.
Nachruf!
Am 14. Juni verstarb unser Mitglied, der Tischler

Johannes Corodonnoff
und wurde am Sonntag, den 17. d. Mts. beerdigt.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 3. Berl. Reichstagswahlkreises.
Nachruf!
Am 14. Juni verstarb unser Mitglied, der Tischler

Johannes Corodonnoff
und wurde am Sonntag, den 17. d. Mts. beerdigt.
Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand.

Wir selbst haben Josetti-Cigaretten einer viel schärferen Kritik unterworfen, als dies je ein Raucher thun würde. Wir haben viele andere Cigaretten geraucht, welche stärker und viele, welche milder waren; und jede hat Josetti-Cigaretten in einem dieser Punkte übertroffen. Diese Punkte sind jedoch nicht Eigentümlichkeiten einer feinen Qualität.

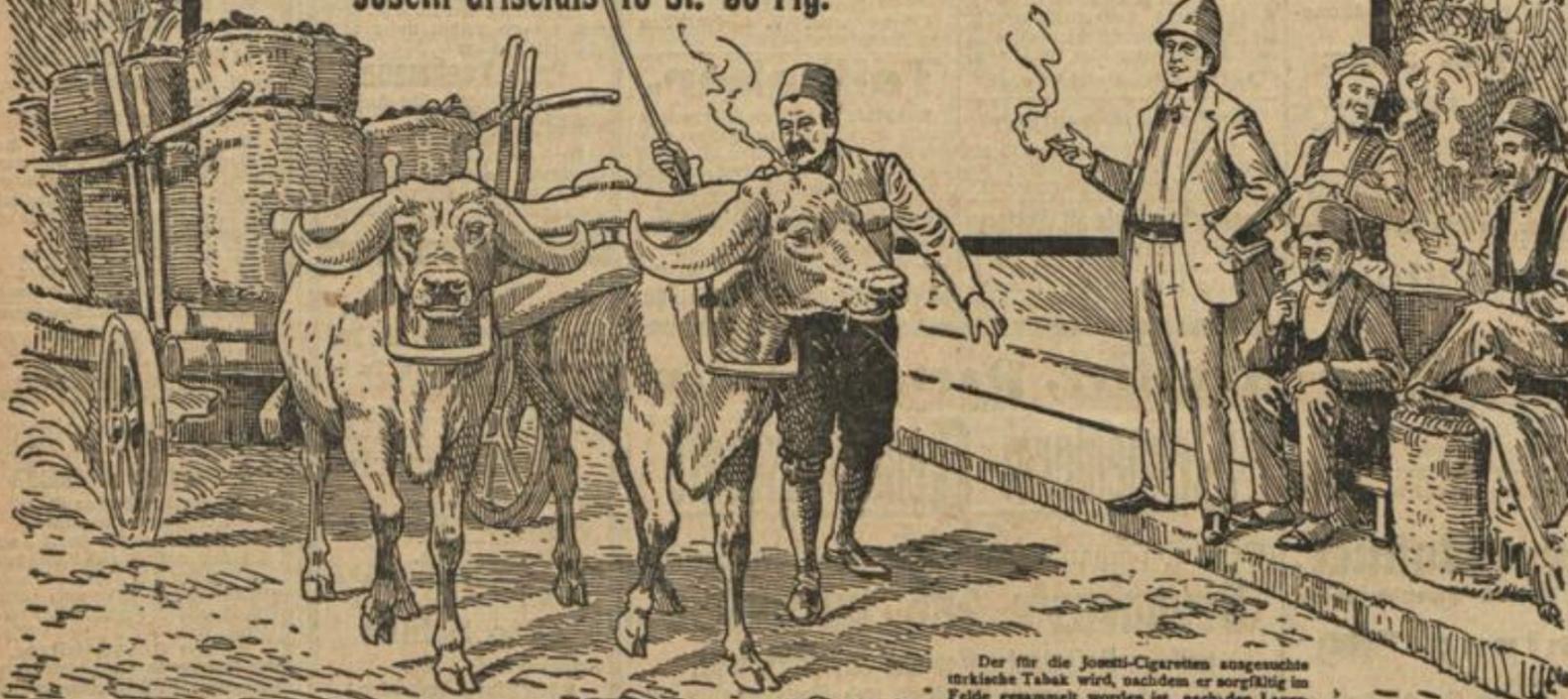
JOSETTI CIGARETTEN

sind nicht stark, sondern köstlich aromatisch; und haben einen grösseren Gehalt an feiner Qualität als blosse Stärke geben kann. Das köstliche Aroma macht die feine Qualität aus. Josetti-Cigaretten bieten die Stärke des feinsten reifsten türkischen Tabaks dar, aber sie ist so abgestimmt durch harmonische Mischungen — niemals früher erreicht in der Herstellung türkischer Cigaretten, — dass diese Stärke zur köstlich aromatischen Milde wird. Dies ist die Eigentümlichkeit der Josetti-Cigaretten, die feinste, die eine türkische Cigarette besitzen kann.

Josetti Juno 10 St. 20 Pfg.

Josetti Griseldis 10 St. 30 Pfg.

Josetti



Der für die Josetti-Cigaretten ausgesuchte türkische Tabak wird, nachdem er sorgfältig im Felde gesammelt worden ist, nach den Lagerhäusern geschickt.

1961L*

Teppichhaus Lefèvre

Berlin S., Oranienstr. 158

Erstes Spezialhaus Berlins

für Innendekoration.

Teppiche, Portieren, Tischdecken, Gardinen, Stores, Gobelins etc.

Mein neuer, schon erschienen

Pracht-Katalog mit etwa 600 Abbildungen

in künstlerischer Ausstattung auf Wunsch gratis u. franko.



Deutsche erstklassige Roland-Fahrräder, Motorräder, Näh-, Landw., Sprech- und Schreibmaschinen auf Wunsch auf Teilzahlung. Anzahlung bei Fahrrädern 20-40 Mk. Abzahlung 7-10 Mk. monatl. Bei Barzahlung liefern Fahrräder schon von 56 Mk. an. Fahrradzubehör sehr billig. Katalog kostenlos. Roland-Maschinen-Gesellschaft in Köln 148.

Kredit!

Monatlich 10 Mark

liefert elegante Anzüge u. Paletots nach Maß.

× Per Post allerbilligste Preise. ×

J. Tomporowski, Schneidermeister, Berlin, Prinzenstr. 55, 1. Etage.

Grosse Betten 12 Mk.

(Oberbett, Unterbett, 2 Kissen) mit doppeltgeringsten neuen Bettfedern, bessere Betten 15, 20, 24 Mk.; 1/2 Bett 15, 20, 22, 25, 30 Mk. usw. Berlin geg. Nachnahme. Preisliste, Brosch., Verpackung kostenfrei. Gustav Lustig, Berlin S., Prinzenstr. 66. Tel. 1011. Spezial-Beleucht. Deutschl.

Galvanophone

direkt aus der Fabrik viel billiger und besser als im Laden! Prentzlauerstr. 42 u. Hof

Möbel

Polsterwaren

Sofas, Matratzen, Garnituren, Bettstellen. 312V*

6tto Dornbusch, Tapezier und Dekorateur.

47 Bergstraße 47.

Polsterwaren n. aus eigener Werkstatt

Reichel's Special-Mittel

töten unfehlbar

Wanzen Schwaben Motten

und jede Brut.

Verstärktes „Wanzenfluid“ Flasche 50 Pf., 1.-, 2.-, Ltr. 5.-; Spezial-Schwabepulver „Poudre Martial“ 50 Pf., 1.-, 2.-, Pfd. 4.-; Spezial-Mottenpulver 50 Pf., 1.-, 2.-, Pfd. 3.-; Motten-Vertilgungstinktur Fl. 75 Pf., 1.50 u. 2.50; Mortal gegen Flöhe, Fl. 50, 75 Pf. etc. Sprühapparate 50 Pf. Anerkennungen aus aller Welt.

Echt und garantiert wirksam nur in Originalpackungen mit dieser Marke.

Erhältlich in Drogerien, wo Plakate m. Tod u. Teufel

und Otto Reichel, Berlin 50.43, Eisenbahnstr. 4.

Lieferant für Armee und Marine.

Fernspr. A. IV 646. 3190. 4562.

Das Wunder Berlins

sind die bekannten Konfektionshäuser

3 Geschäfte **Blitz** 3 Geschäfte

80 Chaussee-Strasse 80

9 Rosenthaler Strasse 9
Ecke August-Strasse.

137 Große Frankfurterstr. 137
zwischen Koppen- u. Fruchtstr.
Chones Industrie-Palast

Herren-Anzüge, hochelegant, von 4⁹⁰ M. an

Herren-Paletots, das Neueste, von 5⁶⁰ M. an

Kinder-Anzüge in feinsten Ausführungen von 1⁸⁰ M. an

Hosen in allen erdenklichen Mustern von 57 Pf. an

Wir bitten genau auf die Firma

zu **Blitz** zu achten

100%

verdienen Sie beim Einkauf Ihrer Cigaretten und Zigaretten.

1000 St. 20 Pfg. 300 St. 7 Pfg.

5 - 1000 - 25 - 300 - 9

5 - 1000 - 30 - 300 - 11

10 - 1000 - 40 - 300 - 14

10 - 1000 - 50 - 300 - 17

1 Pfg. - Cigarette 1000 Stück 5 Pfg.

2 Pfg. - Cigarette 1000 Stück 10 Pfg.

Nachnahme. — Preisliste franko.

M. Diek, Zigarettenfabrik Schwepnitz i. S., Kammerstr. 218.



Die besten Fahrräder und Fahrradzubehörteile zu enorm billigen Preisen finden Sie wieder bei

Ernst Machnow, Berlin N.,

Arkonaplatz 1, Filiale: Kaiser Wilhelmstr. 18 R.

Abteilung für Motorfahrzeuge: Wollnerstr. 11-12.

Neue hochelegante Fahrräder 45.-, 50.-, 52.-, 55.- M. usw.

Für meine weltberühmten Arkonafahrräder übernehme bis 6 Jahre

Garantie. Luftschläuche 1.50, 2.-, 2.50, 3.50 M. Kaufmäntel 2.50,

3.20, 4.50 M. — Nähmaschinen 28.-, 36.-, 42.- M. — Neue

Milright Motorzweiräder 400 M. etc. — Katalog gratis und franko.

„Ein Erfrischungs-Getränk ersten Ranges“

ist und bleibt die

„Bilz-Brause“

Kein anderes alkoholfreies Getränk hat nur annähernde Riesenerfolge aufzuweisen!



Umsatz 1904 in Berlin 12 Millionen Flaschen.



Umsatz 1905 in Berlin 20 Millionen Flaschen.



Besitzer des Sanatoriums I. Ranges Badedahl-Dresden.

Da unter ähnlich klingenden Namen vielfach minderwertige Fabrikate in den Handel gebracht werden, achte man genau auf das Etikett. Dasselbe trägt ausser: Bildnis und Namenszug von F. E. Bilz das gesetzlich geschützte Wortschutzzeichen:

„SINALCO.“

Bilz-Brause ist in allen Restaurants, Cafés, Konditoreien, Speisewirtschaften, Kolonialwarenhandlungen etc. zu haben. — Ausserdem kann Bilz-Brause durch sämtliche Biergrosshandlungen und Mineralwasserfabriken zum Preise von Mk. 1.00 pro 12 Flaschen bezogen werden.

Generalvertrieb OTTO STARICK, Berlin N.O. 18,

Landsberger Allee 6-7. Fernsprecher: Amt 7, No. 1964 und 1999.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalfeste. Aus Anlaß des am Sonntag, den 24. Juni etc. in Hasfelverder stattfindenden Sommerfestes des vierten Berliner Reichstagswahlkreises richten wir auf besonderen Wunsch der Genossen von Nieder-Schönebeck an alle Festteilnehmer das dringende Ersuchen, streng die Lokalfeste zu beachten. Die Lokale der näheren Umgebung von Hasfelverder: „Doreley“, „Reptinsbain“, der „Rote Krug“ und „Stufhäuser“, stehen der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung, worauf wir ganz besonders hinweisen. Auf wiederholt an uns gerichtete Anfragen wollen wir bei dieser Gelegenheit mitteilen, daß der Inhaber des letztgenannten Lokals „Stufhäuser“, Herr Zimmer, gleichzeitig Inhaber der Schiffreederei „Zimmer“ (Abfahrtsstelle Schillingbrücke). Wir ersuchen die Parteigenossen, auch dies genau beachten zu wollen.

Die Lokalkommission.

Die Parteigenossen Wilmersdorfs werden aufgefordert, den Kampf gegen die gesperrten Lokale „Luisenpark“ und „Viktoriagarten“ wie bisher weiter zu führen. Auch ersuchen wir die Arbeiterschaft der benachbarten Orte, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, indem sie obengenannte Lokale streng meiden. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei strenger Durchführung des Boykotts der Sieg unser ist!

Schöneberg. Parteigenossen! Wir weisen nochmals auf das heutige Stiftungsfest hin. Möge zahlreicher Besuch dazu beitragen, um es zu einem schönen, imposanten Fest zu gestalten. „Frohe Hoffnung“ und „Rote Kette“ haben ihre Mitwirkung zugesagt. Die Musik wird von Zivilberufsmusikern unter Leitung des Dirigenten Kiffel ausgeführt.

Gleichzeitig sei mitgeteilt, daß am Dienstag, den 26. Juni, in der Schloßbrauerei eine Volksversammlung stattfindet, in der Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil referieren wird.

Der Vorstand.

Rantow. Dienstag, den 26. Juni, in Rantow, Restaurant Ein, Kalanderstr. 27: Sitzung des sozialdemokratischen Wahlvereins. Vortrag: Parteiprogramm. Referent: Genosse Groger. Gäste willkommen.

Schmargendorf. Die nächste Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Dienstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Restaurant zum Lindenbaum, Köpenicker Str. 6, statt. Auf der Tagesordnung steht unter anderem: Vortrag des Genossen Brückner über „Die neue Krankenversicherung“. Jeder Genosse ist ersucht, pünktlich zu erscheinen. Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Friedrichshof. Dienstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn G. Schulze, Wilhelmstr. 11, eine Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: Unsere Kreisversammlung und Anträge zu derselben.

In der Versammlung kommt die Broschüre „Gegen Volksverdummung“ zur Ausgabe. Regler Besuch erwünscht.

Der Vorstand.

Bantow. Am Dienstag, den 26. Juni, pünktlich 1/9 Uhr, findet im Kochstr. 3-4, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes über das erste Halbjahr 1906. 2. Wahl der Delegierten zur Kreis-Generalversammlung und zur Generalversammlung von Groß-Berlin. 3. Neuwahl mehrerer Funktionäre. 4. Verschiedenes. Zutritt nur gegen Vorzeigen des Mitgliedsbuches. Wer noch nicht im Besitz eines neuen Buches ist, kann sich dasselbe von seinem Bezirksführer abholen. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, ist das Erscheinen sämtlicher Genossen notwendig.

Der Vorstand.

Reinickendorf und Umgegend. Am Dienstag, den 26. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Knöfel (früher Reinickendorf), Reinickendorf-Ost, Hauptstr. 51/52, die Bezirksgeneralversammlung statt. Tagesordnung: 1. Bericht der Funktionäre, 2. Bezirksangelegenheiten, 3. Verschiedenes. Zahlreichen Besuch der Versammlung erwartet.

Der Vorstand.

Nieder-Schönebeck. Am Dienstag, den 26. Juni, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Setetorn, Lindenstr. 1, die regelmäßige Wahlvereinsversammlung statt. Genosse Hoffner hält einen Vortrag über: „Das Krankenversicherungsgesetz“, wozu zahlreiches Erscheinen erwünscht wird. Gäste willkommen.

Konowes-Remondorf. Heute Sonntagvormittag von 9-12 Uhr werden in den bekannten Lokalen Neuanmeldungen und Beiträge zum sozialdemokratischen Wahlverein entgegengenommen.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Ein Erlaß des Eisenbahnministers.

Sei sich auf den Reiseverkehr bezieht, ist dieser Tage ergangen. Er enthält eine Anzahl Bestimmungen, die wir wiederzugeben möchten. Es heißt darin: Bei dem Beginn der Sommerzeit sei ich mich veranlaßt, den künftigen Eisenbahndirektionen wiederholt zur besonderen Pflicht zu machen, für eine flatte Abwicklung des Personenverkehrs besorgt zu sein. Ich verkenne nicht, daß auf manchen Stationen das Eisenbahnpersonal mit Erfolg bemüht gewesen ist, den Reisenden behilflich zu sein und vorzüglich an die Hand zu gehen. Gleichwohl erscheint es notwendig, die Zugbegleitbeamteten — Zugführer, Schaffner — und die Stationsbeamten allgemein und nachdrücklich darauf hinzuweisen, daß sie für die ordnungsmäßige Unterbringung der Reisenden in den Zügen — Abteile, wie Durchgangszüge — unausgeseht bemüht sein müssen. Mit der Öffnung der Wagen und Abteile ist der Sorge für die Reisenden nicht genügt. Es verbietet sich, daß Reisende, wie häufig zu bemerken, an den Zügen auf und ab hätten, ohne eine Unterkunft zu finden. Sache der Zugführer und Schaffner ist es, sich um die Unterbringung der Reisenden zu kümmern. Sie müssen die Besetzung der Züge sorgfältig beobachten, neu hinzukommenden Reisenden geeignete Plätze zuweisen, Familien und Gesellschaften, soweit angängig, in demselben Abteil unterbringen, allein reisende Frauen untlucht in Abteile weisen, in denen schon Frauen sich befinden. Die Bediensteten müssen sich selbst davon überzeugen, daß in den Frauenabteilen nur Frauen untergebracht sind, daß in den Nichtraucherabteilen nicht geraucht wird, und gegen Verstoße ohne besondere Aufforderung aus eigenem Antrieb einschreiten. Zuweit gehende Ansprüche der Reisenden sind höflich abzulehnen. — Zur Ausführung dieser Vorschriften sollen die darauf bezüglichen Erlasse in Erinnerung gebracht werden. Auch auf das Beladen des Reisegepäckes nimmt der Minister Bezug: dasselbe soll mit Sorgfalt geschehen und es wird eine schonende Behandlung der Gepäckstücke empfohlen. Zum Schluß bemerkt der Minister, daß eine sorgfältige Leberwachung des Zugbegleit- und Stationspersonals durch die Dezerenten der Direktionen, die Inspektionsvorstände, Kontrolleure und Zugrevisoren unerlässlich ist: „Es stark besetzten Zügen, zu denen regelmäßig leibhaftig Andrang stattfindet, haben sich die vorgenannten Beamten von Zeit zu Zeit selbst auf den Bahnhöfen einzufinden und sich davon zu überzeugen, daß für eine sichere und bequeme Unterbringung der Reisenden gesorgt wird. Eine scharfe, persönliche Beobachtung des Reiseverkehrs wird die Beamten auch in den Stand setzen, selbst zu beurteilen, wie weit Änderungen in der Zusammensetzung der

Züge, etwaige Fahrplanänderungen und dergleichen geboten oder erwünscht erscheinen. Ich vertraue,“ so schließt der Minister, „daß mit allem Nachdruck die Beachtung vorsehender Bestimmungen durchgeführt und berechtigten Beschwerden der Reisenden über mangelndes Entgegenkommen vorgebeugt wird.“ Die Bestimmungen lesen sich recht hübsch, ihre Durchführung hat aber bei geringem Personal und bei der vielfach ungenügenden Wagenzahl keine erheblichen Schwierigkeiten. Mit der Kontrolle, daß die Erlasse ausgeführt werden, ist allein auch nichts getan.

Stützen der Kirche. Die Pastoren, die orthodoxen und auch die liberalen, zerbrechen sich jetzt die Köpfe darüber, was sie machen sollen, um die Arbeiterbevölkerung von dem Austritt aus der Kirchengemeinschaft abzuhalten. Am Freitag wurde in einer öffentlichen Versammlung der „Christlich-sozialen“ Jünger des eblen Stöcker der Weg gewiesen, der hier allein zum Ziel führen kann. Wie fängt man's an? Man beschimpfte diejenigen, die ehlich genug sind, auch äußerlich sich von einer Gemeinschaft zu trennen, der sie innerlich längst nicht mehr angehören und vielleicht niemals wirklich angehört haben. Die Versammlung war einberufen worden, damit der Stöckerjünger Licentiat Rumm vor seinen Getreuen über „die Gründe des Austrittes aus der Landeskirche“ orakeln konnte. Nach ihm sollte dann Pastor Schwarzkopff die Stadtmision predigen. Rumm führte in seinem recht leichtem Vortrag eine Reihe allerdings wunderlicher „Gründe“ an, die hier und da mal von Austrittslustigen geäußert worden sind. Schließlich aber gelangte er doch zu dem Ergebnis, daß es sich bei der Masse der Austrittenden doch wohl um eine völlige Entfremdung von der Kirche handele. Diese Entdeckung ist nicht gerade neu. In der Einleitung seines Vortrages hatte er gesagt, es sei recht und gut, daß Austritte vollzogen werden dürfen; denn nur so werde Wahrheit geschaffen. Er erkannte auch den Trieb zur Wahrhaftigkeit an, der diejenigen erfüllt, die wegen völliger Entfremdung von der Kirche aus ihr ausscheiden. Aber nachher hob er mit vielsagender Betonung hervor, es seien eigentlich doch immer nur die weniger Gebildeten, die sich dieser Bewegung anschließen. Die gebildete Gesellschaft habe sich fast gänzlich von ihr fern. Er gewiß, Herr Rumm. Die Kirche ist ja die Dienerin der durch Besitz und Bildung ausgezeichneten Klasse, da wird sie doch nicht auch dort noch im Stich gelassen und preisgegeben werden! Rumm beschäftigte sich dann mit den Personen einzelner Vorkämpfer der freireligiösen Anschauung. An dem „Zehngebotehoffmann“ übte er sein bißchen Biß; daß Hoffmann nicht richtig deutsch spricht und trotzdem im Reichstage sitzt, das vermochte er nicht zu fassen. Auch der zweite Redner des Abends, Pastor Schwarzkopff, regte sich nicht wenig auf. Sein Schimpfen galt aber nicht den gottlosen Leuten, die mit der Kirche überhaupt nichts mehr zu tun haben wollen, sondern nur jenen liberalen Pastoren und verwandten Geistlichen, denen Ehren-Stöcker Stadtmision im Wege ist. Schände Verleumdung warf er, wenn wir ihn richtig verstanden haben, einigen seiner Amtsbrüder vor. Die Diskussion bot nichts von Belang. Einer von denen, die mitredeten, raste gegen die Verworfenheit, die darin liege, erst bei der Konfirmation ein Gelübde abzulegen und später dennoch der Kirche den Rücken zu kehren. Er brüllte, ein solcher Mensch verdiene, angespuckt zu werden — und die „Christlich-sozialen“ Brüder tobten Beifall.

Eine Neueinrichtung im Kriminalgerichtsgebäude ist dem Publikum noch nicht genügend bekannt und verursacht vielen Leuten unnütze Laufereien. Diejenigen, die als Zuhörer einer Verhandlung beimohnen wollen, seien daher darauf hingewiesen, daß im neuen Kriminalgerichtsgebäude die Zuhörerräume nicht — wie es im alten Gebäude der Fall war — von den Korridoren der Sitzungssäle aus zu erreichen sind, sondern besondere Treppen dorthin führen, die nur durch die Portale II, III, V und VI erreichbar sind. An jedem dieser Portale ist ein Beamter postiert, der auf Befragen die erforderliche Auskunft erteilt. Auf den Saalkorridoren dürfen Personen ohne gerichtliche Vorladung nicht verweilen, auch die Zeugen ohne dies nicht, für diese sind vielmehr die geräumigen und luftigen Warterräume bestimmt.

Infolge Erhebung der Reichsfahrkartensteuer erhöhen sich vom 1. August d. J. ab auch im Berliner Vorortverkehr die Preise der Fahrkarten im Werte von 60 Pfennigen und darüber um den Betrag der Reichsstempelsteuer; für Kinderfahrkarten wird die Hälfte des um die Reichsstempelsteuer erhöhten Fahrpreises erhoben. Hierzu hat die Königl. Eisenbahndirektion Berlin soeben die nachfolgende Bekanntmachung erlassen: Für die in Betracht kommenden Verkehrsbeziehungen werden vom 1. August d. J. ab neue Karten ausgegeben. Die im Besitze des Publikums befindlichen, auf Vorrat gelaufenen Vortortfahrkarten zu den bisherigen Preisen sind von diesem Zeitpunkt ab nicht mehr verwendbar. Die Fahrkartenausgaben stellen sämtlicher Stadt-, Ring- und Vorortstationen nehmen in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober d. J. diese Karten gegen Erstattung des Fahrpreises zurück.

Die Ausnützung des Personals in der landwirtschaftlichen Ausstellung.

Der außerordentliche Erfolg, den die Agrarier mit der landwirtschaftlichen Ausstellung erzielt haben, wird von diesen auch nachdrücklich noch zu allerhand Reklamezwecken ausgebeutet. Eider ist, die Herren „Bauern“ haben den Beweis erbracht, daß sie ganz geriebene Geschäftsleute sind. Das tritt vor allem auch zutage in der Art und Weise, wie sie bei den Verhandlungen der Restaurationsbetriebe zu Werke gegangen sind. Das Hauptrestaurant soll für 60 000 M., nach anderer Lesart sogar für 80 000 M. verpachtet gewesen sein. Für den betreffenden Pächter bedeutete dies ein ungeheures Risiko. Dafür mußte man sich an den Preisen schadlos halten, die denn auch ganz enorm hohe waren. Aber nicht bloß das Publikum, sondern auch das in der Ausstellung angestellte Personal, namentlich die Kellner, wurden zu den Unkosten des Restaurateurs in erheblicher Weise mit drangezogen. Herr Köhler, der Oekonom der Unionsbrauerei (Hasenheide), war der Generalpächter der Restaurationsbetriebe in der Ausstellung. Seine zirka 300 Kellner ließ er sich von dem Stellvertreter Kempfer nachweisen. Dieser eble Menschenfreund forderte von jedem von ihm Vermittelten für die fünfjährige Arbeit nicht weniger denn 5 M. Gehältern. Wer nicht zahlen konnte, bekam keine Arbeit. Die Arbeitszeit im Ausstellungsrestaurant ging von morgens 7 bis nachts gegen 12 Uhr. In dieser Zeit gab es nur zweimal zu essen, und zwar von einer Qualität, daß die meisten gezwungen waren, sich selbst zu beschaffen. Für diese zirka 17stündige Arbeitszeit erhielten die Kellner einen Lohn von 1,50 M. pro Tag. Hieron wurden aber folgende Abzüge gemacht: 60 Pf. Waschgeld pro Tag für die weichen Schürzen und Jacken, die ihnen geliefert wurden. 20 Pf. pro Tag für die Abwässer. Diese hatten aber Hausdienearbeiten für Herrn Köhler zu verrichten, und wenn ein Kellner einen dieser Leute zum Abräumen brauchte, mußte er ihnen noch extra etwas geben. Am ersten Tage mußte selbst das Personal 10 Pf. für die Inanspruchnahme der Bedürfnisanstalt bezahlen. Nebenbei diese direkten Abzüge sowie die indirekten Unkosten an Jagdgeld, Beförderung, Gebühren an den Stellvertreter usw., so stehen dem Lohn von 1,50 M. Ausgaben in der Höhe von zirka 4 M. gegenüber. Diese mußte der Kellner durch Trinkgelder erst verdienen, ehe ein Pfennig für ihn selbst übrig blieb. Wenn sich unter diesen Umständen unter den Kellnern auch Leute befinden, welche versuchen, auf unreele Weise das wieder zu verdienen, was raffgierige Unternehmer vorerst aus ihnen herauspresst, so braucht man sich nicht allzu sehr zu verwundern. Wir wollen damit durchaus nicht das Verhalten der Ausstellungs-

kellner entschuldigen, aber wir können auch nicht in den Entrüstungsruf mit einstimmen, den in den letzten Tagen eine Anzahl bürgerlicher Blätter erhoben, die alle Schuld auf die Kellner wälzten und für den Restaurateur Köhler nur Bedauern übrig hatten, daß er um diese Zeit bessere Kellner eben nicht haben können. Wenn wir uns über etwas entrüsten, so nur über den Indifferentismus der Kellner, die in ihrer Mehrzahl noch immer nicht einsehen wollen, daß sie sich organisieren müssen, um derartigen Ausbeutungsgelüsten erfolgreich entgegenzutreten zu können. So, wie die Dinge liegen, müssen sie sich derartigen, unglaublichen Bedingungen fügen und zu Ruhen und Frommen ihrer „Herren“ zu unehrlichen Menschen werden. Werden sie dabei extappi, so fällt alle Verantwortung auf sie, der entrüstete Unternehmer wirft sie bei einer eventuellen Beschwerde eines Gastes erbarmungslos auf's Pflaster, und unter Umständen folgt auch noch eine gerichtliche Verurteilung. Der Unternehmer bleibt unbehelligt. Die Landwirte, die so sehr über die Bewucherungsgelüste des jüdischen Kapitals schreien, sollten bei ihren zukünftigen Veranlassungen dafür sorgen, daß eine derartige Ausnützung des Bedienungspersonals nicht wieder Platz greifen kann.

Völlig belanglos, meint das „Berliner Tageblatt“, sei die Verwechslung, die ihm in seinem Leitartikel: „Ein preussischer Kreiswahlwahl“ passiert sei, indem es das Prachtgebäude in der Viktoriastraße, das dem Kreise Teltow gehört, dem Kreise Nieder-Barnim zugerechnet habe, obwohl auf dieser Angabe der ganze Artikel aufgebaut ist. Wir wollen nicht weiter mit ihm rechten; nur eine Schuld müssen wir eingestehen. Das Blatt stellt fest, daß der gestern von uns erhobene Vorwurf, es habe keine dröllige Verwechslung der Kreishäuser von Teltow und von Nieder-Barnim noch nicht eingestanden, unbegründet war. Es hat diese Verwechslung, die es jetzt in gewohnter Bescheidenheit als „völlig belanglos“ bezeichnet, bereits berichtigt und zwar sofort in der nächsten Nummer. Uns war das allerdings entgangen. Das erklärt sich daraus, daß das typographische Zeugere jener Berichtigung, wie wir uns nun überzeugt haben, merkwürdig schlicht vor, so daß man sie in der Tat leicht übersehen konnte. Wir bieten dem „B. T.“ eine Entschuldigung an. Um das Blatt nicht bei unseren Lesern aufs neue in einen grundlosen Verdacht geraten zu lassen, wollen wir freiwillig konstatieren, daß es bei jener Selbstberichtigung nicht jene Redensart vorgebracht hat, durch deren ständigen Gebrauch es sich längst der verbietenen Unachtsamkeit überließert hat. Wofür Leute lassen gern durchblicken, daß sie nicht nur alles wissen, sondern sogar alles schon gestern gewußt haben. Das „B. T.“ hat es sich diesmal verfaßt, zu schreiben: „Es war nicht so, sondern so — wie wir schon gestern mitgeteilt in der Lage waren.“

Drei neue Aptheken sollen nach einem Erlasse des Oberpräsidenten in Berlin angelegt werden und zwar ist für dieselben in Aussicht genommen: die Gegend am Petersburgerplatz, nördlich der Reinickendorferstraße und die östliche Gegend der Landsbergerallee.

Ein Leichenfund, der ansangs den Verdacht eines Mordes nahe legte, beschäftigt die Kriminalpolizei und die Gerichtsbehörden. Der Eigentümer des Hauses Eslingstr. 12, der 58 Jahre alte frühere Kaufmann Robert König, wurde gestern abend in seiner Wohnung im ersten Stock seines Hauses mit einer Schußwunde in der rechten Schläfe tot aufgefunden. Vor einem Jahre starb die Frau König. Seit dem 15. März führte ihm eine Arbeiterwitwe Anno Loop geborene Behrendt die Wirtschaft. Gestern abend um 8 1/2 Uhr hörten Leute im Hause einen Schuß fallen. Man fand König im Schlafzimmer vor dem Bett in einer Blutlache. Aus der Schußwunde in der rechten Schläfe floß noch etwas Blut. Neben der Leiche lag der Revolver. Der Tote lag mit dem Gesicht auf der Erde. Kriminalinspektor Braun und Kriminalkommissar Wannowell nahmen eine gründliche Besichtigung aller Räume vor. Zwischen 10 und 11 Uhr erschien auch eine Kommission vom Landgericht I, um an der Feststellung des Befundes teilzunehmen. Das Ergebnis war die Feststellung, daß König selbst Hand an sich gelegt hatte. Das Motiv der Tat ist darin zu suchen, daß König mit seiner Wirtschaftlerin in intimen Beziehungen gestanden hatte und nun von dieser zur Heirat gebrängt werden sollte.

Kautionschwindselern großen Stils sind von dem Inhaber der „Deutschen Bilanzregistrierung“, Franz Hoppe, der in der Linienstraße 131 gemohnt hat, in Szene gesetzt worden. In letzter Zeit engagierte er etwa 30 Personen als Buchhalter, Kassierer und Hausdiener, nahm ihnen die Kautionen ab und verbrauchte das Geld für sich. Ingesamt hat er auf diese Weise 18 000 bis 19 000 Mark seinen „Angestellten“ abgeschwindelt. Wenn diese kamen und ihr Gehalt abheben wollten oder ihre Kautionen zurückverlangten, erklärte Hoppe ihnen kurz und bündig: „Ich habe nichts!“ Als er sich vor dem Drängen der Leute nicht mehr zu retten vermochte, erließ er ein „Kundschreiben“ an seine „jetzigen und früheren Angestellten“, in dem er sie aufforderte, zu einer Aktiengesellschaft zur Einrichtung von Kartoffel- und Heringsstellern zusammenzutreten, als deren Direktor er sich betrauchen werde. Die Kartoffel- und Heringssteller sollten mit 200 bis 300 Prozent Ruhez verlaufen werden. Er, Hoppe, lode zu diesem Zwecke seine „jetzigen und früheren Angestellten“ zu einer Versammlung zwecks Gründung dieser Aktiengesellschaft ein. Bedingung sei aber, daß sie ihn nicht körperlich mißhandeln würden und er in Freiheit bleiben könne! Verschiedene der Schwindselern jedoch zogen es vor, Anzeige gegen Hoppe bei der Kriminalpolizei zu erstatten. Daraus beschloß Hoppe nach Stettin. Jetzt jagdet die Polizei nach dem Schwindler.

Vom Kahn abgestürzt und ertrunken ist gestern nachmittag im Verbindungskanal bei Pläßen der 12jährige Sohn des Schiffseigners B. Der Knabe begleitete die Pille seines Vaters und spielte auf dem Deck derselben mit einem jungen Hunde. Das Tier lief dicht am Rande des Kahnens entlang, und als der Knabe nach dem Hunde griff, verlor er das Gleichgewicht, stürzte in die Ruten und geriet unter das Fahrzeug. Die sofort von der Besatzung vorgenommenen Rettungsversuche blieben leider erfolglos. Erst nach halbständigem Verweilen konnte der Körper des Knaben gebadet werden. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben ohne Erfolg.

Ein umgekehrter Möbelwagen verursachte gestern nachmittag in der Alten Jakobstraße eine Verkehrsstörung. Der Wagen fuhr, von der Dresdenerstraße kommend, die Alte Jakobstraße entlang und bog in der Nähe der Sebastianstraße so dicht an das Straßenbahngeleis, daß der Möbelwagen die Seitenwand des vorbeifahrenden Straßenbahnwagens streifte. Das erstere Gefährt stürzte um und verperrte gänzlich den Fahrdamm. Die in dem Wagen befindlichen Möbelstücke wurden bei dem Umsturz fast vollständig zertrümmert, dagegen war der Straßenbahnwagen unbeschädigt geblieben. Als ein besonderer Glücksstand ist es zu betrachten, daß bei dem Zusammenstoß Personen nicht verletzt wurden.

Überfahren.

Von einem Radfahrer überfahren und erheblich verletzt wurde vorgestern in der Reinickendorferstraße der 54jährige Sohn des Arbeiters Vink. Der Knabe stand auf dem Fahrdamm und stief unmittelbar vor einem sich nähernden Automobil zur Seite. Dabei rannte der Kleine gegen einen Radfahrer, welcher nicht mehr in der Lage war, auszuweichen oder sein Rad anzuhalten, wurde niedergestoßen und überfahren. Der Radler brachte das überfahrene Kind, das anscheinend innere Verletzungen und einen Bruch des rechten Oberschenkels erlitten hatte, nach dem Paul-Verdamm-Spital. Vor den Augen der Eltern überfahren und schwer verletzt wurde vorgestern die 6jährige Schülerin Elisabeth

Verkehr auf der Kuffenstraße 89. Die kleine Kalle gemeinsam mit den Eltern einen Spaziergang unternommen und als sie im Humboldtbaum am Rosenangeren vorübergingen, wurde das Mädchen durch einen Radfahrer, welcher an verbotener Stelle gefahren war, umgerissen und überfahren. Dem Kind wurde der linke Unterschenkel gebrochen und außerdem hatte es blutige innere Verletzungen erlitten. Der Urheber des Unglücks entzog sich seiner Feststellung durch schleunige Flucht.

Die Tat eines Geisteskranken. Seine eigenen Kinder wollte gestern Abend der 44-jährige Schuhmacher Richard Bräse, Christianstraße 115, ums Leben bringen. Er war bereits einigemal in der Irrenanstalt Dandorf interniert und seine Frau hatte ihn dann immer wieder zurückgeholt. Dies war auch kürzlich wieder der Fall. Er ergab sich jetzt dem Trunke und bedrohte in diesem Zustande häufig seine Kinder. Gestern Abend kam er wieder betrunken nach Hause und er drohte seine Kinder ums Leben zu bringen. Er hatte sich bereits ein Schussmesser zurechtgelegt, doch glücklicherweise schied Frau B. und als sie erfuhr, was ihr Mann im Schilde führte, schickte sie ihre Kinder schleunigst aus der Wohnung. Als sie nach einiger Zeit wieder zurückkehrte, war die Korbentür verschlossen und vergeblich klopfte Frau B. Man öffnete schließlich gewaltsam und fand nun den Schuhmacher am Weisposten erhängt vor. Es wurde sofort ein Arzt von der Unfallstation XVII herbeigerufen, aber vergeblich bemühte sich dieser eine Stunde hindurch, B. wieder ins Leben zurückzurufen. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und nach dem Schauplatz gebracht.

Durch eine rostende Biertrone sind gestern Morgen der 28-jährige Bierkellerer Otto Rante, Kastanien-Allee 79 wohnhaft, schwer zu Schaden gekommen. Er hatte in dem Restaurant von Reimers in der Kastanien-Allee 54 eine Tonne Weibier in den Keller transportiert und war auf der Treppe ausgeglitten. Er stürzte die Treppe hinunter und das nachfolgende schwere Fass rollte über ihn hinweg. Der linke Oberarm wurde dem Verdauungswerten zerquetscht. Nachdem er auf der nahen Rettungswache III die erste Hilfe erhalten, wurde er in das Krankenhaus am Friedrichshain eingeliefert.

Bei der Explosion eines Spirituslochers schwer verletzt wurde gestern Abend der 24-jährige Diener Karl Durbig, der bei dem Geheimrat M. am Kurfürstendamm 24 angestellt ist. Der junge Mann hatte sich auf einem Spirituslocher, den er bereits seit sechs Jahren benutzt, das Abendessen zubereiten wollen, als der Apparat plötzlich explodierte. Die Stichflammen trafen D. im Gesicht sowie an der rechten Hand und verursachten erhebliche Brandwunden. Die ersten Notverbände erhielt der Verunglückte auf der Unfallstation am Zoologischen Garten.

Größter in einer Holzbearbeitungsfabrik. Die kleine Siemensstraße erhielt in letzter Nacht drei mal den Besuch der Feuerwehr. Kurz vor Mitternacht wurde diese nach dem Hause Nr. 12 gerufen, wo sich ein starker Brandgeruch bemerkbar machte. Trotz sorgfältiger Untersuchung konnte aber nichts ein Brandherd entdeckt werden, weshalb die Wehr wieder abzieht. Kaum fünf Minuten später erfolgte ein Alarm nach Nr. 13, wo das Zerbrach des Maschinenhauses auf dem zweiten Hofe brannte. Die Gefahr wurde in kurzer Zeit beseitigt. Wegen drei Uhr früh wurde dann die Wehr wiederum nach dem Hause Nr. 18 gerufen, wo die an jenes Maschinenhaus anstoßende Holzbearbeitungsfabrik von H. Vogelmann u. Schumacher im Erdgeschoss des Gebäudes in hellen Flammen stand. Die in dem Hofraum lagernden Holzgeräte brannten wie Streichhölzer und entwickelten eine enorme Hitze. Die Feuerwehr ging von beiden Höfen mit drei Schlauchleitungen vor und konnte das Feuer auf den Hofraum beschränken. Der verursachte Schaden ist beträchtlich, weil auch die Motoren und sämtliche Maschinen unbrauchbar wurden. Anscheinend liegt Selbstentzündung von Holzstaub vor. Ob ein ursächliche Zusammenhang zwischen den beiden Bränden besteht, ist mit Bestimmtheit noch nicht festgestellt.

Der Brand des Dachstuhl der Jesuischen Konditorei am Potsdamerplatz wird voraussichtlich noch ein Nachspiel haben. Die Feuerwehr erlitten an der Brandstraße um 10,13 Uhr, als der Dachstuhl schon total brannte. Das Publikum hatte mit großer Ungeduld ihr Eintreffen erwartet, es soll sogar wegen des späten Eintreffens der Löschzüge zu erregten Auseinandersetzungen gekommen sein. Nach den Angaben der Beteiligten und von einwandfreien Zeugen soll der Dachstuhl schon um 9,45 Uhr gebrannt haben. Danach wäre die Feuerwehr freilich viel zu spät erschienen und die Ungeduld des Publikums erklärlich, auch die große Ausdehnung des Brandes unterläßt diese Angaben. Die Feuerwehr trifft aber in diesem Falle nicht die geringste Schuld. Der erste Alarm traf nämlich erst um 10,8 Uhr auf den Wachen ein, so daß die Jäger nur 4 bzw. 5 Minuten bis zum Angriff und Herbeikommen an der Brandstelle gebraucht haben. Entweder haben die Ruffabteilenden es unterlassen, die Feuerwehr sofort zu alarmieren oder man hat nur die Scheiben des Feuermelders eingedrückt, statt die Kurbel hinter der Scheibe zu ziehen. In Zukunft sollte das Publikum für sofortige Alarmierung der Feuerwehr sorgen, damit diese erscheinen kann.

Ein Hindernis für die Schiffsahrt befindet sich im Spreedeich unter der Ringbahnbrücke bei Treptow. Die ältere Hälfte dieser anfangs nur für zwei Gleise eingerichteten Brücke war im Herbst 1904 abgebrochen und durch einen Neubau ersetzt worden, der im Frühjahr 1905 fertig wurde. Die neue Eisenkonstruktion überkreuzt den Fluß in einer einzigen Spannung — ebenso, wie diejenige der jüngeren Hälfte der nachmals auf vier Gleise erweiterten Brücke. Dadurch war es möglich geworden, den Mittelpfeiler des alten Brückenbauwerkes, der von der Schiffsahrt seit langem als störend empfunden worden war, wegzunehmen. Mit dem Abbruch dieses Pfeilers wurde im vorigen Jahre begonnen, aber seine Grundmauern sind noch heute nicht beseitigt. Noch jetzt steht unter der Brücke auf breitem Raum ein starker Streißbagger, mit dem das Bauwerk herausgehoben wird. Zeitweise sind auch Taucher bei den Abbrucharbeiten beschäftigt worden.

Im Wissenschaftlichen Theater der Urania wird der Vortrag „Der jüngste Ausbruch des Vesuv“, welcher mit zahlreichen farbigen Bildern ausgestattet ist und mitten hineinführt in die von der Katastrophe heimgeführten Ortschaften und das zerstörende Vordringen der glühenden Lava in erstarrender Plastik schildert, in dieser Woche noch abendlich wiederholt werden.

Arbeiter-Sammlerlokale. Montagabend 9 Uhr, 1. Abteilung, Dresdenstraße 45. Vortrag über Knochenbrüche — Verrenkungen — Verstauchungen. Daran anschließend praktische Übungen. Neue Mitglieder können jederzeit noch eintreten. — Mittwoch: Monatsführung der diensttuenden Abteilung.

Vorort - Nachrichten.

Schöneberg.

Die Beratungen über die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter haben nun endlich, nachdem sich die städtischen Körperschaften auf Drängen der Sozialdemokratie jahrelang damit beschäftigt, ihren vorläufigen Abschluß gefunden. Wiederholt waren die sozialdemokratischen Stadtverordneten genötigt, ihre Anträge zu erneuern, damit die Angelegenheit nicht aus dem Auge verloren würde. In den Deputationen und Ausschüssen nahmen die diesbezüglichen Beratungen eine endlose Länge an, und es hatten die sozialdemokratischen Vertreter alles daran zu setzen, um wenigstens etwas für die Arbeiter zu erreichen. Der Magistrat hat jetzt den von der Stadtverordnetenversammlung am 28. März d. J. beschlossenen Grundsatzen seine Zustimmung erteilt und sind dieselben teilweise schon in Kraft getreten. Das wesentlichste bei diesen Bestimmungen ist die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit, während früher eine völlig unregelmäßige Arbeitszeit bestand. Der 1. J. eingeführte Ausschluß hatte die Einführung der neunstündigen Arbeitszeit abgelehnt, im Plenum nahmen unsere Genossen den Antrag wieder auf und hatten damit den Erfolg, daß derselbe mit einer Majorität von vier Stimmen angenommen wurde. Man rechnete wahrscheinlich damit, daß der Magistrat der Einführung der neunstündigen

Arbeitszeit seine Zustimmung versagen würde; das ist nun aber zum großen Leidwesen unserer Gegner nicht geschehen. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung kann eben das, was für die städtischen Beamten recht ist, für die städtischen Arbeiter nicht als billig anerkennen, sie lehnte deshalb auch den weiteren sozialdemokratischen Antrag, innerhalb zweier Jahre die achtstündige Arbeitszeit einzuführen, ab. Unsere Parteigenossen werden jedoch nicht eher ruhen, bis auch dieser Antrag eine Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung gefunden hat.

Aus den weiteren Bestimmungen ist erwähnenswert, daß die Bezahlung der Überstunden nach dem Stundenlohn mit einem Aufschlag von 10 Pf. pro Stunde erfolgen soll. Für Sonn- und Feiertagsarbeit bis zu drei Stunden wird der doppelte Stundenlohn gezahlt; währt die Arbeitszeit länger, so tritt für die weiteren Stunden der einfache Stundenlohn mit einem Aufschlag von 20 Pf. in Kraft. In Krankheitsfällen wird die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn gewährt und zwar den Arbeitern, die länger als ein Jahr im städtischen Dienst stehen, je nach Wochen und den übrigen vier Wochen. Ferien erhalten die Arbeiter bei einer Dienstzeit von 8 bis 9 Jahren 5 Tage, von 9 bis 10 Jahren 7 Tage und über 10 Jahren 10 Tage. Als dauernd angestellt gelten die Arbeiter, wenn sie eine dreimonatige Probezeit durchgemacht haben. Ueber 45 Jahre alte Arbeiter werden nicht eingestellt. Bei den nichtständigen Arbeitern ist eine beiderseitige tägliche Kündigung vorgesehen. Bei dauernder Arbeitsunfähigkeit oder nach Vollendung des 65. Lebensjahres erhalten die Arbeiter ein Ruhegeld. Dasselbe beträgt nach zehnjähriger Dauer des Arbeitsverhältnisses $\frac{1}{4}$ des Durchschnittsverdienstes, steigend mit jedem weiteren Dienstjahre um $\frac{1}{100}$ bis zum Höchstbetrage von $\frac{1}{2}$. Für die Berechnung des Ruhegeldes ist der Arbeitsverdienst der letzten fünf Kalenderjahre maßgebend. Außerdem wird ein Witwengeld in der Höhe von $\frac{1}{10}$ des dem verstorbenen Arbeiter zustehenden Ruhegeldes gezahlt. Für die hinterbliebenen Kinder unter 15 Jahren erhält die Witwe ein Waisengeld und zwar $\frac{1}{8}$ des Witwengeldes. Für jedes Kind, falls auch die Witwe stirbt, erhöht sich das Waisengeld auf $\frac{1}{8}$.

Wenn nun diese Bestimmungen in vielen Beziehungen auch noch Verbesserungsbedürftig sind, so sind dieselben doch immerhin schon von Bedeutung gegenüber dem früheren Zustande. — Unerkält ist noch die von städtischen Arbeitern vor Jahresfrist gestellte Forderung um Erziehung eines Arbeiterauslaufes. Man kann wirklich nicht begreifen, was die städtischen Behörden gegen diese selbstverständliche Forderung so in die Länge zu ziehen. Man hielt es nicht einmal für nötig, den Petitionierenden eine Antwort zukommen zu lassen. Hoffentlich geht nach den Ferien auch dieser berechtigige Wunsch der Arbeiter in Erfüllung.

Friedenau.

Ueber „Austritt aus der Landeskirche“ referierte in der letzten Wahlvereinsversammlung Genosse Göhre. Redner verwies auf Absatz 6 des Parteiprogramms, wonach die Religion in der Partei zur Privatangelegenheit erklärt sei. Diese Toeranz der Partei, meint Redner, darf jedoch die Genossen nicht hindern, die Kirche, die sich immer mehr in den Dienst der herrschenden Klasse stelle, zu bekämpfen. Es sei nicht nur Pflicht derjenigen Genossen, welche bereits innerlich mit der Kirche gebrochen haben, derselben den Rücken zu kehren, sondern auch die religiös veranlagten Genossen hätten alle Ursache, mit solchen Religionsgesellschaften zu brechen. Nach dem mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrage wurde ein Ausschlußantrag gegen einen Genossen aus der Partei angenommen.

Brig-Buckow.

„Der politische Kampf und unsere Agitation“ lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Zubeil in der am 19. Juni stattgefundenen gut besuchten Wahlvereinsversammlung hielt. Nachdem Redner in klarer und ausführlicher Weise die gegenwärtige Situation gezeichnet hatte, ermahnte er zu unermüdlicher Agitation für die Organisation. Nur die Macht der Organisation könne unsere Gegner zwingen, die Forderungen des Proletariats zu erfüllen. In der Diskussion geteilte Genosse Händel sprach die Gleichgültigkeit unter den Arbeitern, welche dem Wahlverein noch fernstehen, er fährt an, daß von circa 90 zum letzten Wahlabend eingeladenen „Vorwärts“-Lesern und Gemeindevätern ganze 8 Personen erschienen waren. Zu der am 24. Juni stattfindenden Generalversammlung des Zentralwahlvereins wurden die Genossen Händel, Sandmann und Vogt delegiert; als Delegierte zur Generalversammlung des Verbandes am 29. Juli wählte die Versammlung die Genossen Händel und Jonas. Zum Schluß entspann sich noch eine äußerst lebhaft diskutierte über die Gründung des „Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes“ zwischen dem Genossen Säröder einerseits und den Genossen Zubeil, Händel und Stimmlich andererseits. Letztere verurteilten diese Reingründung ganz entschieden, weil durch solche Zwischigkeiten die Interessen der gesamten Arbeiterschaft zur Freude der Unternehmer schwer gefährdet werden.

Pankow.

Ein dreifacher Einbruchdiebstahl ist in der Nacht in dem Restaurant an der Ecke der Breiten- und Berlinerstraße in Pankow verübt worden. Vom Hof aus drangen die Diebe in den Hausflur und öffneten mittels Dietrichs die Tür zum Lokal. Dort erbrachen sie die Ladentasse und raubten daraus etwa 100 M. Wechselgeld. Nachdem sich die dreifachen Wesellen an Speisen und Getränken gütlich getan, verließen sie unbemerkt ihr Arbeitsfeld.

Reinickendorf-West.

Eine hauptsächlich von Frauen besuchte Volksversammlung nahm am Dienstag ein Referat des Genossen Bold über „Die Frauenbewegung“ entgegen. Dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine interessante Diskussion, an der sich die Genossen Kuchminder und D.H.I. beteiligten. So wurde unter anderem lebhaft für die Gründung eines Frauen- und Mädchenbildungsvereins eingetreten. Folgende Resolution gelangte einstimmig zur Annahme: „Die am 19. Juni in Franke's Familienheim tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, mit aller zu Gebote stehenden Kraft für die Ideen des Sozialismus zu wirken. Auch geloben die Anwesenden, so weit dies noch nicht geschehen, die sozialdemokratische Presse zu abonnieren wie der politischen Organisation beizutreten.“ Ein Antrag, die Kellerversammlung nach Schluß der Versammlung fortzusetzen und den Geld derselben den im Kampf um das Koalitionsrecht stehenden Vitographen und Steinbildnern zur Unterstützung zu überweisen, wurde angenommen.

Rosowes.

Die Errichtung eines Gewerbegerichtes stand wieder einmal auf der Tagesordnung der am Mittwoch stattgefundenen Gemeindevertreterversammlung. Der Antrag war von dem hiesigen Ortsverband des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins gestellt und wurde vom Gemeindevertreter Dartsch, welcher Mitglied dieser Organisation ist, begründet. Daraus erklärte der Amtsvorsteher, daß er mit dem Neuenfelder Gemeindevorsteher wegen dieser Sache Rücksprache genommen habe, derselbe siehe diesem Antrage ablehnend gegenüber. Auch er — Redner — halte die Errichtung eines beratenden Instituts für nicht notwendig, da in den letzten Jahren Differenzen zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern in Rosowes-Neuenhof nicht zur Kenntnis der beiden Gemeindebehörden gekommen seien. Wegen dieser Ausführungen wandte sich in energischer Weise Genosse Grubel; er betonte, daß die Gemeindebehörden gar nicht wissen können, ob Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehen, da diese nicht ihrer Aburteilung unterliegen. Bei der immer mehr zunehmenden industriellen Tätigkeit in unseren Orten sei ein Gewerbegericht unbedingt nötig. Wenn Neuenhof bisher in dieser Frage einen ablehnenden Standpunkt eingenommen habe, so seien die dortigen Hirsch-Dunderschen Gewerbevereiner daran mitzuschuldigen, indem sie bei den Gemeindevätern die stärksten Gegner beratender Einrichtungen unterstützten. Anschließend an diese Ausführungen fortrug der Amtsvorsteher seine ersten Bemerkungen dahin, daß auch es die Errichtung eines gemeinschaftlichen Gewerbegerichtes für zweckmäßig halte. Ein Beschluß über den Antrag wurde

nicht gefaßt, derselbe vielmehr vertagt, bis die Neuenfelder Vertretung ihre Zustimmung gegeben hat. (Diese hat in ihrer letzten Sitzung den Antrag ebenfalls vertagt, bis die Finanzkommission hierzu Vorschläge gemacht hat, was wahrscheinlich nicht vor dem 21. November eintrifft.) Ferner beschloß sich diese Sitzung mit einem Antrage des hiesigen Vereins für Volksbildung um Ueberlassung von Räumen im Fortbildungsinstitut für Unterbringung seiner Bibliothek und Einrichtung eines Lesesaales, da ihm die bisher innegehabten Räume im Neuenfelder Rathaus gefündigt sind. Hierüber würde der Gemeinde eine einmalige Ausgabe von 500 M. für bauliche Veränderungen des Schulhauses erwachsen; die Vertretung gab dem Antrage ihre Zustimmung und bewilligte die genannte Summe. — Zum stellvertretenden Armenvorsteher für den 4. Bezirk wurde an Stelle des Klopfermeisters Michaelis, der sein Amt niedergelegt hat, Vätermeister Haase gewählt. Von Potsdam war ein Vertragentwurf eingegangen über Entnahme von elektrischem Strom vom dortigen Elektrizitätswerk und Verlängerung der Potsdamer Straßenbahn bis zum Lutherplatz in Neuenhof. Dieser Vertrag sollte eine vierjährige Gültigkeitsdauer haben und war so verfaßelt abgefaßt, daß Genosse Grubel die Vertretung ersuchte, denselben nicht die Zustimmung zu geben; er betonte, daß die kurze Strecke, welche die Straßenbahn in Neuenhof befahren soll, nicht als Verkehrsleistung bezeichnet werden könne; andererseits würden die Vorteile aus dieser Verbindung nach dem vorliegenden Entwurf nur Potsdam zugute kommen; diesen Ausführungen stimmte die Vertretung bei und überwies die Angelegenheit der Kommissionskommission. — In der hierauf folgenden öffentlichen Sitzung führte Genosse Hölzer Vorschläge über die starke Staubentwicklung in der Lindenstraße und ersuchte den Amtsvorsteher, hierin Abhilfe zu schaffen. Derselbe erwiderte, daß dieses Uebel hauptsächlich durch den schlechten Zustand der Kreischauffee und des Sommerweges verursacht werde, welche in nächster Zeit reguliert werden sollen, worüber der Vertretung vom Kreis bald eine Vorlage zugehen werde. Einem früheren Beschlusse der Gemeindevertretung, nur den Sommerweg neu zu regulieren, was mit 18 000 Mark veranschlagt war, wozu die Gemeinde ein Drittel ausgeben wollte, wenn Neuenhof und der Kreis ebenfalls je ein Drittel der Gesamtsumme aufbringen, hat der Kreis wegen der schlechten Beschaffenheit der Chauffee nicht sanktioniert; wahrscheinlich wird also in der neuen Vorlage eine höhere Belastung der beiden Gemeinden vorgesehen sein.

Spandau.

Die Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag erledigte von den 26 Nummern der Tagesordnung nur vier. Als wichtigste Vorlage ist wohl der Ankauf der Straßenbahn zu betrachten. Gemeindefürer als Einleitung zu dieser Hauptvorlage wurde zunächst über die Vorlage betreffs Aufnahme einer Anleihe von der Kur- und Neuenhofischen Ritterschaffischen Darlehnskasse beraten. Es gewinnt fast den Anschein, als ob diese Vorlage vor dem Straßenbahnankauf gefaßt war, um die Versammlung von letzterem abzulenken. Nach der Vorlage sollen nämlich zur Deckung der laufenden Ausgaben welche durch die beteiligten Hofanlagen und die Weidenstraßen-Verbreiterung zum 1. Juli erfordern würden, vorübergehend ein Darlehen bis zu 35 000 Mark zum jeweiligen Reichsbank-Diskontsatz von genannter Kasse event. von der Kommerz- und Diskontobank mit 1 Prozent über den Reichsbankdiskontsatz ausgenommen werden. Wie vom Magistratsvertreter erklärt wurde, war eine 3 Millionen Anleihe zu 3 1/2 Prozent nicht unterzubringen, man werde sich zu 4 Prozent entschließen müssen. Da nun aber zum 1. Juli das Geld gebraucht werde, die Hauptkasse aber leer sei, so wäre man zu vorübergehenden Aufnahme gezwungen. Da die Ritterschaffische aber noch die Zustimmung des Bezirks-Ausschusses verlange, diese aber bis 1. Juli nicht mehr eintreffen könne, so empfahl er die Entnahme von der Kommerz- und Diskontobank. Genosse Piel bezeichnet die Vorlage als einen Beweis der schlechten Finanzwirtschaft. Man habe sich ohne Hinzuziehung des Kammerers in zu große Unternehmungen eingelassen. Jetzt, wo der Dalles da sei, ersuche auch der Kammerer. Als Kaufmann wisse er, daß die Stadt zu niedrigerem Zinsfuß als zum Reichsbankdiskontsatz Geld erhalten könnte. Er beantrage deshalb Zurückweisung der Vorlage an die Finanzkommission. Stadts. Ruppke sprach dann unverhohlen aus, wie gut sei, daß diese Vorlage vor dem Ankauf der Straßenbahn beraten werde, sie werde wohl als Abkühlung wirken. Der Berichterstatter Stadtverordneter Schulte I hält die Lage für nicht so schlimm. Man brauche das Geld ja nur vorübergehend, um es nachher aus einer Anleihe zu decken. Er bedauere, daß man die Finanzlage so dunkel geschildert. Wenn so etwas dann in den Zeitungen berichtet würde, dann glaubten wohl verschiedene Leute, Spandau sei pleite. So weit sei es aber noch lange nicht. Die Not gebend, nicht dem eigenen Triebe, wird dann die Vorlage genehmigt, um zu den wichtigsten Vorlage, den Ankauf der Straßenbahn seitens der Stadt überzugehen. Auf Antrag des Vorstandes wird diese Vorlage in zwei Redungen beraten werden. Zur Deckung des Kaufpreises von 3 500 000 Mark soll eine Anleihe ausgenommen werden, welche mit 3 1/2 bis 4 Prozent zu verzinsen und mit 1 Prozent zu tilgen ist.

Seitens des Berichterstatters Dr. Engelhardt wird die Rentabilität der Bahn, wenn sie in städtischen Betrieb übergeht und größere Ausgaben erfordert, als wie sie die A. E. G. hat, dadurch nachgewiesen, daß sich die Einnahmen der Straßenbahnen stetig vermehren werden.

Allerdings, so bemerkte der Berichterstatter, habe sich die A. E. G. noch nicht definitiv mit dem Kaufpreis von 3 500 000 Mark einverstanden erklärt, man hoffe aber, daß dies geschehen wird. Stadts. Ruppke sprach sich als Gegner der Vorlage aus. Er bezeichnete die Rentabilität und meinte, die Bilanz der A. E. G. sei wohl etwas frister. Unsere Genossen Piel und Schmidt betonten den Standpunkt, daß die Sozialdemokratie schon von jeher für eine Uebernahme der Straßenbahn in städtische Regie eingetreten und daß der Magistrat durch diese Vorlage die Möglichkeit der sozialdemokratischen Ansicht selbst zugebe. Von allen Projekten sei keine so segensreich für die Stadt, wie gerade dieses. Das Projekt sei einwerdendes und solle der Stadt etwas einbringen. Als direkte Wegma der Vorlage sprechen sich nur aus Stadtverordneter Ruppke, Stadtverordneter Seifert und der zuletzt von der dritten Abteilung gewählte Betriebsleiter Tische. Letzterer meinte, die Sozialdemokraten würden die Augen übergeben, wenn sie nachher die Steuern alle bezahlen sollten. Ueber die Kurzfristigkeit dieses Vertreters der dritten Wählerabteilung kann man nur lächeln. Er berechnet nicht, daß bis zum Jahre 1909, wo die Bahn erst in den Besitz der Stadt übergeht, auch die neue Rodlinie fertig ist, die doch auch sicher Ueberschüsse abwirft. Er zieht nicht in Betracht, daß alle städtischen Betriebe, wie Gasanstalt, Wasserleitung usw. für die Stadt eine gute Einnahmequelle bedeuten. Wie will denn diese Stadtverordnete die Steuerzuschläge herunterbringen, wenn er der Stadt die Einnahmequellen verschließt und sie lieber Privatgesellschaften überlassen will. Die Wähler des Stadtverordneten Tische werden ihm später sicher keinen Dank wissen, wenn infolge seines Aufstretens aus dem Ankauf nichts werden sollte. Die definitive Entscheidung wird ja erst in der Sitzung am nächsten Donnerstag gefaßt. Hoffentlich ist die Majorität nicht so kurzschichtig und weiß eine solche Einnahmequelle zuzurück.

Gelegentlich der Vorlagebewilligung der Mittel zur Beschaffung des Gas- und Wasserfachmännertages, der durch zwei Mitglieder und den Betriebsleiter der Kanalisations- und Wasserleitungs-Deputation beschickt werden soll, zieht sich Genosse Piel einer Ordnungsruf zu, als er gegen die Beschaffung durch die Mitglieder der Deputation als Laien sprach und hierbei den Ausdruck von Geld totschlagen gebrauchte. Die Vorlage wurde genehmigt.

25 000 Mark soll die Versammlung für die Verlegung eines neuen Gassenstranges in der Reichelderferstraße bewilligen. Genosse Piel beantragte, 40 000 Mark zu bewilligen und das Rohr bis zum Ende der Reichelderferstraße zu verlegen. Sein Antrag wurde abgelehnt und die Vorlage angenommen. Die übrigen Nummern wurden vertagt.

Der Vortrag der „Freien Gemeinde“ findet nicht statt, sondern am Sonntag, den 15. Juli, statt.

Theaterarbeiter wider Ferdinand Bonn.

In den seit Beginn des Jahres schwebenden Prozessen der ehemaligen Theaterarbeiter des Berliner Theaters gegen Direktor Bonn wurde gestern durch Teilurteile und einige Vergleichs die Frage der Bezahlung der Ueberstunden erledigt. Wir berichteten feinerzeit, daß der entmündigte Zeuge Matull, welcher sich in der Obhut des Anwalts befand, nach dem Urteil des Herrn Professor Edel aber vernunftfähig war, in der Anstalt im Weisem anderer bereits vernommener Zeugen als Zeuge gehört werden sollte. Das ist nun geschehen. Herr Matull, der eine Art Direktionsassistent war und den technischen Betrieb leitete, hat etwa folgendes bekundet: Ueberstunden seien bis zur kritischen Zeit immer bezahlt worden. Zwar pflegte Bonn schon vorher zu sagen, er bezahle keine Ueberstunden, aber auch, er bezahle sie nur, wenn er sie selbst bewilligt habe. Schließlich aber hätte er sie doch bezahlt, meist nach erregten Auseinandersetzungen mit den Inspektoren und mehrenden Personen. Namentlich bei dem französischen Gastspiel hätten Ueberstunden gemacht werden müssen. Es sei dann immer eine Liste aufgestellt worden, die dem Direktor vorgelegt wurde. Eines Tages seien Ueberstunden wieder dringend notwendig gewesen und Zeuge habe sich für berechtigt gehalten, sie nach Rücksprache mit dem Theatermeister anzuordnen. Für ihn hätte gar kein Zweifel bestanden, daß sie zu bezahlen wären. Der Direktor habe aber die Zahlung, als die Liste vorgelegt wurde, verweigert, mit ähnlichen Worten, wie er das schon öfter getan habe. Als Bonn diesmal durchaus nicht habe zahlen wollen, trotz Vorstellungen des Zeugen, und die Leute die Arbeit niederlegen wollten, habe Zeuge ihnen versprochen, aus seiner Tasche zu zahlen, wenn es ihm nicht gelänge, Bonn noch umzustimmen. Bonn habe ihn an diesem Tage kurz vor der Vorstellung verlassen und ihn für die Vorstellung gewissermaßen verantwortlich gemacht. Um den Streit zu verhindern, habe Zeuge verschiedenen Arbeitern Ueberstunden bezahlt, soweit sein Geld reichte. Er habe damit aber nicht etwa die Verpflichtung des Beklagten auf sich nehmen wollen. — Zeuge habe die Leute nicht für entlassen gehalten, als sie dann doch forszogen, und er hätte ihnen das auch gesagt.

Die Kläger blieben in der gestrigen Verhandlung vor der sechsten Kammer dabei, daß sie doch am 15. Dezember entlassen werden seien. Bonn habe sie hinausgeworfen, weil sie die Ueberstunden hätten bezahlt haben und Ueberstunden ohne Bezahlung nicht hätten machen wollen. Es sei Bonn, obwohl es kurz vor der Vorstellung gewesen wäre, gar nicht darauf angekommen, denn selbst seinen hervorragendsten Schauspieler habe er vor einer Vorstellung hinausgeworfen und die Rolle dann selbst gespielt. — Nach langer Verhandlung anerkannte im Vergleichsweg der Vertreter Bonns einigen Klägern gegenüber, die nur Ueberstundenbezahlung (nicht Schadenersatz) verlangten, die Verpflichtung auf Zahlung des Anspruchs. — In den übrigen Fällen — im ganzen waren 17 Kläger — erkannte das Gericht unter Vorsitz des Dr. Böbling auf Verurteilung Bonns zur Bezahlung der Ueberstunden. Das Gericht erachtete auf Grund der Verträge der Parteien und der gesamten Beweisaufnahme den Beklagten zur Ueberstundenbezahlung für verpflichtet. Das Ergebnis Matull, auf das Beklagte bestanden hatte, spreche, abgesehen von den Bedenken, die mit Rücksicht auf seine Entmündigung usw. dagegen erhoben werden könnten, nicht zugunsten des Beklagten hinsichtlich der Ueberstunden.

Wegen der Ansprüche auf Lohnentziehung wegen unberechtigter Entlassung wird die Verhandlung vertagt. Es sollen noch zwei Zeugen der Kläger gehört werden.

Der Versuchung erliegen.

Durch einen sehr wichtigen Streich hat sich der Bankbeamte Konrad Wohlgemuth, der sich gestern wegen Diebstahls und Urkundenfälschung vor der vierten Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten hatte, um seine Zukunft betrogen. Der Angeklagte war bei der Distriktsgefängnis seit einer Reihe von Jahren angestellt und wurde als fleißiger, tüchtiger und beschuldener Beamter dort allgemein geschätzt. Er war im sogenannten Emissionsbureau beschäftigt und hatte den Kontrollschlüssel zu einem Schranke in Verwahrung, in welchem die Teilquittungen der Argentinischen 8 Prozentig fundierten Anleihe von 1891 aufbewahrt wurden, sobald darauf die Obligationen ausgeliefert worden waren. Ein Anrecht auf die Auslieferung von Obligationen entstand, sobald jemand Teilquittungen, die eine Summe von 20 Pfund Sterling darstellten, vorweisen konnte. Waren die Obligationen daraufhin überantwortet, so wurden die Teilquittungen zum Zeichen der Entwertung durchlöcher, in Bündel zusammengefaßt, deren jedes die Summe der ausgelieferten Beträge durch Aufschrift angeigte und als Belege in dem betreffenden Schranke aufbewahrt. Durch Irrtum waren dort zwei Teilquittungen hineingeraten, bei denen die Durchlöcherung vergessen worden war, obwohl die Obligationen darauf schon erhoben waren. Diesen Umstand machte sich der Angeklagte zunutze. Er war seit Jahren mit einem Mädchen verlobt und stand unmittelbar vor der Heirat. Er hatte bereits eine Wohnung gemietet, seine Ersparnisse reichlich über die Verheiratung des Mädchens nicht aus. Da erbedachte er die beiden unrichtlich nicht durchlöcheren Teilquittungen und die Versuchung siegte über ihn. Er nahm die Teilquittungen an sich und verheiratete sie an der Couponskasse in der Charlottenstraße für 717 Mark, wobei er dem betreffenden Beamten sagte, er habe die Teilquittungen aus einer Erbschaft erhalten und möchte sie gern zu Geld machen. Um die Entnahme aus den Vorräten des Schrankes zu bemänteln, fälschte er zwei andere, schon durchlöcheren Quittungen, indem er durch Voranklebung einer Ziffer 1 den Betrag um je 10 Pfund Sterling erhöhte. Die ganze Sache wurde bald entdeckt und der völlig gefähliche Angeklagte hat den Streich mit dem Verluste seiner Stelle zu büßen gehabt, außerdem aber sich die vorliegende Anklage zuzugewöhnen. — Das Gericht erkannte auf sieben Wochen Gefängnis. Der Angeklagte soll jedoch auf die

Diese Art gefehlt werden und dadurch die Möglichkeit erhalten, sich der Abhängigkeit der Strafe befreit zu bleiben.

Wer ist der Angeklagte?

Ein Doppelleben hat der Tagelöhner Erhard Krug geführt, welcher gestern aus dem Justizhause in der Leberstraße der vierten Strafkammer des Landgerichts III vorgeführt wurde. Der Angeklagte ist vielfach wegen Diebstahls, Betrugs und Landstreichens verurteilt. Im Februar 1898 wurde er von der Strafkammer in Dortmund wegen wiederholten schweren Diebstahls zu fünf Jahren Justizhaus verurteilt. Diese Strafe verbrachte er in dem Justizhause zu Münster in Westfalen. Am 5. Januar 1901 unternahm der Angeklagte einen Fluchtversuch, der auch von Erfolg begleitet war. Da Krug als „harmloser Gefangener“ galt, wurde er mit Aushäuten beschäftigt. Da ihm wegen seiner guten Führung gewisse Freiheiten eingeräumt wurden, gelang es ihm, von einem Neubau, auf dem er arbeiten mußte, zu entfliehen, nachdem er den Aufseher überfallen und gefesselt hatte. Hinter dem entflohenen Justizhäftling wurde sofort ein Steckbrief erlassen, der jedoch unerledigt blieb. Der Angeklagte nannte sich von diesem Zeitpunkte an „Lischer und Handelsmann Franz Hager“. Unter diesem Namen führte er ein richtiges Doppelleben. Es gelang ihm, jahrelang unter diesem Namen sich der Verdächtigungen zu entziehen, während er bei seinen in Westfalen ansehnlichen Verwandten hin und wieder unter seinem richtigen Namen auftauchte. Am 10. November 1904 wurde Krug in Spandau festgenommen, als er, den Redolber in der Hand, einen Einbruch verübte. Unter dem Namen „Franz Hager“ ließ sich Krug von der Strafkammer des Landgerichts II zu einer einjährigen Justizhausstrafe verurteilen, die er in der Strafanstalt zu Brandenburg verbrachte. Im Dezember d. J., bald nach seiner Entlassung aus dem Justizhause, wurde Krug bei der Begehung eines neuen Einbruchs in Spandau abgefaßt. In dem dortigen Amtsgefängnis nannte sich der Angeklagte wiederum „Hager“. Zufällig erkannte der Gefängnisinspektor Debusla in dem Angeklagten die „Nummer 164“ aus dem Justizhause in Münster wieder. Es wurden weitere Ermittlungen angestellt, die das Doppelleben des Krug zur Entdeckung brachten. Trotz der Photographie aus dem Verbrechenalbum und obgleich elf Zeugen den angeblichen Hager als den Tagelöhner Krug rekonstruierten, blieb der Angeklagte dabei, der Lischer H zu sein. Wegen ihn wurde die vorliegende Anklage wegen intellektueller Uebertretung erhoben, da er vorsätzlich betrogen hatte, daß ein falscher Name in die Gefangenentafel eingetragen wurde. Zu der gestrigen Verhandlung war der Bruder des Angeklagten, Wilhelm Krug, aus Hammborn in Westfalen, erschienen, der als Zeuge mit Rücksicht auf sein betrouenswürdiges Verhältnis die Aussage verweigerte. Der Angeklagte erklärte, er kenne den „Mann“ nicht und habe auch nie einen Bruder gehabt. Die beiden Brüder wurden gegenübergestellt. Auch als Wilhelm Krug mit Tränen in den Augen seinen Bruder anredete, blieb dieser beharrlich dabei, den „Mann“ gar nicht zu kennen. Durch die Beweisaufnahme, insbesondere durch das Ergebnis des Justizbeamten aus Münster wurde er auf das bestimmteste rekonstruiert. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von vier Monaten. Das Gericht erkannte diesem Antrage gemäß. — Dafür, daß dem Angeklagten die Möglichkeit erleichtert war, ein neues Leben zu beginnen, ergab die Verhandlung nichts.

Ein Richter als Angeklagter.

In der Honorarrentenube eines Gasthauses in Stramberg unterhielt sich, wie wir der „Frankfurter Zeitung“ entnehmen, im November 1904 der Amtsrichter Schiffer, früher in Stramberg, jetzt in Weibitz, mit dem Rechtsanwalt und Notar Dr. Golling über die damals brennende Frage der Teilung des Kölner Landgerichts. Aus der allgemein geführten Unterhaltung entstand aber eine Meinungsverschiedenheit zwischen beiden, und nun wandte sich Schiffer an den ebenfalls anwesenden Dr. med. Schmitt, um dessen Meinung zu hören. Als diese nicht in Schiffers Sinne ausfiel, ließ dieser eine Beleidigung gegen Dr. Schmitt aus, der er bald eine tätliche Mißhandlung folgen ließ. Da der Beleidigte einer katholischen Studentenverbindung angehört, welche das Duell verurteilt, so kam es zur Klage. Das Stramberger Amtsgericht lehnte die Klage wegen Ungehörigkeit ab und überwies sie an das Kreuzbacher Amtsgericht. Der Angeklagte Schiffer erhob gegen Dr. Schmitt Widerklage, ebenfalls wegen Beleidigung, die er darin fand, daß der Kläger die Satisfaktionsfähigkeit des Angeklagten bezweifelte und ihm vorwarf, er habe sein ehrenwürdiges gegebenes Versprechen wissenschaftlich gebrochen. Die Verhandlung dauerte von 11 Uhr morgens bis 7 1/2 Uhr abends. Die Verteidigung des Angeklagten und die Zeugenvernehmung dauerte bis beinahe 4 Uhr, worauf nach einer einstündigen Pause die beiden Anwälte ihre Plaidoyers begannen. Das Gericht einigte sich bald auf das festzusetzende Strafmaß, da selbst der Rechtsbeistand des Angeklagten die Schuld zugab. Von der gegnerischen Seite wurde gegen Amtsrichter Schiffer eine Geldstrafe von 1500 Mark beantragt. Das Gericht erkannte den Amtsrichter Schiffer der wörtlichen und tätlichen Beleidigung für schuldig, wies aber seine Widerklage ab, da der Kläger Dr. Schmitt in Wahrung berechtigter Interessen gehandelt habe. Das Urteil lautete gegen Schiffer wegen wörtlicher Beleidigung auf 50 Mark, wegen tätlicher Beleidigung auf 250 Mark, zusammen auf 300 Mark Geldstrafe oder 30 Tage Gefängnis und Erlegung der Kosten. — Wegen die geringe Strafbühne wollen wir nicht einwenden. Aber doch an die vielen der Strafsart und der Strafhöhe enorm höheren Strafen erinnern, die wegen wörtlicher oder gar tätlicher Beleidigung dann ausgesprochen sind, wenn die Täter der Arbeiterschaft angehört und aus Anlaß erster an sich berechtigter Bestrebungen sich hinreichend wehren. Berechtigt die Anwendung eines durchsichtlichen weit höheren Strafmaßes Arbeitern gegenüber zur Annahme einer Massenjustiz?

Wochen-Spielplan der Berliner Theater.

Neues Königl. Operntheater. Sonntag: Cavalleria rusticana. Der Bajazzo. Montag: Die Fledermaus. Dienstag: Rigoletto. Mittwoch: Cavalleria rusticana. Der Bajazzo. Donnerstag: Don Juan. Freitag: Cavalleria rusticana. Der Bajazzo. Samstag: Rigoletto. Deutsches Theater. Sonntag: Ein Sommernachtstraum. Montag: Der Kaufmann von Venedig. Dienstag: Cäsar und Cleopatra. Mittwoch: Der Kaufmann von Venedig. Donnerstag: Erdgeist. Freitag: Ein Sommernachtstraum. Samstag: Der Kaufmann von Venedig. Sonntag und Montag: Geschlossen. Festspiel-Theater. Sonntag und folgende Tage: Die lustige Witwe. Schiller-Theater O. (Moritz-Oper.) Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Trompeter von Säckingen. Abends: Die Wälscherin. Montag: Rigoletto. Dienstag: Die Fledermaus. Mittwoch: Der Freischütz. Donnerstag: Der Trompeter von Säckingen. Freitag: Die Wälscherin. Samstag: Der Trompeter von Säckingen. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Freischütz. Abends: Der Rattenfänger von Hameln. Montag: Der Rattenfänger von Hameln. Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelms-Theater.) Sonntag nachmittag 3 Uhr: Das Glück im Winkel. Abends: Helotslustig. Montag bis Freitag: Helotslustig. Samstag bis Sonntag: Das Glück im Winkel. Berliner Theater. Sonntag: Fedora. Montag: Cymbeline. Dienstag: Fedora. Mittwoch: Cymbeline. Donnerstag: Fedora. Freitag bis Sonntag: Unbestimmt. Kleines Theater. Sonntag bis Samstag: Ein Idealer Gatte. Lustspielhaus. Von Sonntag bis Sonntag, 1. Juli: Die Verlobung bei der Katerie. Das Fest der Handwerker. Montag: Unsere Käse. Neues Theater. Sonntag und folgende Tage: Orpheus in der Unterwelt. Komische Oper. Sonntag und die folgenden Tage: Hoffmanns Erzählungen. Carl Beck-Theater. Sonntag und die folgenden Tage: Sündige Liebe. Zentral-Theater. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends: Der lustige Krieg. Montag und Dienstag: Ranon. Mittwoch: Der lustige Krieg. Donnerstag: Ranon. Freitag: Der lustige Krieg. Samstag: Ranon. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Die Fledermaus. Abends: Ranon. Montag: Unbestimmt. Thalia-Theater. Sonntag und die folgenden Tage: Bis ich um fahre. Sonntag, 1. Juli, nachmittag 3 Uhr: Eine Hochzeitsnacht. Belle-Alliance-Theater. Abends: Abends nach Reun. Wintergarten. Spezialitäten. Reichshallen-Theater. Sittlicher Sänger. Metropol-Theater. Auf — ins Metropol! Apollo-Theater. Abends: Das blaue Bild. Spezialitäten. Passage-Theater. Abends: Spezialitäten. Urania-Theater. Laubengasse 48/49. Sonntag bis Samstag: Der jüngste Ausdruck des Besw.

Vermischtes.

Eisenbahnunfall. Diebich-Rosbach, 23. Juni. Entliche Meldung. Bei Ausfahrt des Güterzuges 6858 aus Gleis vier des Bahnhofs Diebich-Rosbach entgleiste 3 1/2 Uhr 10 Minuten nachmittags auf noch nicht aufgekärte Weite die Maschine mit Ladwagen und neun beladenen Wagen, welche stark beschädigt wurden. Personal nicht verletzt. Hauptgleis frei. Dauer der Auslieferung voraussichtlich zehn Stunden. Materialschaden noch nicht festzustellen, ebenso die Schäden des Gleises.

Giftigkeit. Paris, 23. Juni. In Melun (Departement Seine-et-Marne) ist die erste Kompanie des 81. Infanterie-Regiments infolge des Genußes von verdorbenem Nüchsenfleisch unter schweren Vergiftungserscheinungen erkrankt. Der Zustand von 15 Soldaten ist bedenklich.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. Rindfleisch Ia 04-08 pr. 100 Pfund. IIa 04-04, IIIa 00-03, IVa 44-50, engl. Bullen-0,00, dan. Bullen-0,00, hell. Bullen-0,00. Kalbfleisch, Doppelländer 105-120, Ia 85-90, IIa 70-80, IIIa 60-65. Hammelfleisch Ia 79-75, IIa 62-68. Schweinefleisch 01-06. Kaninchen per Stück 0,25-0,65. Hühner, alle, Stück 1,50-2,25, junge, per Stück 0,40-0,90. Tauben, junge 0,30-0,40, alte 0,00. Enten, prima, per Stück 1,50-1,80, Hamburger, junge, per Stück 2,00-3,15. Gänse, junge, per Pfd. 0,55-0,67, per Stück 2,70 bis 4,50. Gänse 74-93. Schafe 61-68. Weis 00,00. Wais, groß 120-124, mittel 108-116, klein 00-00, ungl. 98-109. Wägen 0,00. Flumern, pomm. I, p. Schoß 3,00-6,50. Acker, Stege Ia 4-6, ba. mittel per Riste 2-4, ba. klein, per Riste 0,00. Hählinge, engl. per Paar 4-4,50. Hühner 2,00-5,00, Strauß 4-5. Wais, groß p. Pfd. 1,10-1,30, mittel 0,80-1,00, II 0,50 bis 0,80. Sprossen, Acker, 2 Ball 0,00, Eis, per Riste 0,00. Sprossen, 1902er, per Unter 85,00, 1904er 85,00, 1906er 80,00. Schottische Hülllinge 1005 0,00, large 40-44, fall 30-38, mod. 35-42, deutsche 37-41. Geringe, neue Wais, per Pfd. 0,60-1,20. Quammen, IIa, 100 Pfd. 25,00 bis 100. Kriebe, per Schoß, große 0,00, mittel 10-15,50, kleine 4,50-5,50, unfortiert 9,50. Eier, Land, per Schoß 3,20, krieger 0,00. Butter per 100 Pfund, Ia 109-112, IIa 109-106, IIIa 100-103, abfallende 95-100. Saure Gurken, Schoß 4,00-4,25, Weisgurken 4-4,50. Kartoffeln per 100 Pfd. magna bon. 2,25-2,40, rote Dabersee 2,10-2,25, runde weiße 1,00-2,00, Waisa 0,00, Sommer-Waisa 10,00-11,50, Ital. 4,50-6,50, ungl. 3,50-4,50. Neue, Hefige per 100 Pfund 6,00-7,00. Spinat, per 100 Pfund 5,00-8,00. Karotten per Schoß 2,00 bis 2,50. Kohlrabi, per Schoß 0,75-1,25. Radies, bayr., per Schoß 2,40-4,20. Papadur, Hamb., per 100 Pfd. 4-4,50. Meislingen, per Schoß 0,60-1,25. Salat, per Schoß 0,75-1,25. Spargel I, per Pfd. 0,10-0,25, II 0,05 bis 0,10, III 0,02-0,05, Beiliger I 0,20-0,30, II 0,10-0,18, III 0,05-0,08. Bruchspargel 0,00. Bohnen (grüne), per 100 Pfd. 70-100. Erbsen, Hefige, per 100 Pfd. 16-21. Pfefferlinge per Pfd. 0,28-0,35. Röhrrüben per Schoß 2,00-3,50. Blumenkohl per Kopf 0,30. Wirtlingkohl per Rüssel 1,50-2,00. Steinpilze per Pfd. 0,33. Zeltener Wägen per Pfd. 0,22-0,25. Stachelbeeren 100 Pfd. 10-13. Kirschen, Ital. 100 Pfd. 18-32. Gunder 16-20, Berdersee 22-30, Hefliche 8-16. Ratten, Berdersee 25-35. Blaubeeren per Pfd. 0,15-0,25. Erdbeeren, hoch, per 100 Pfd. 25-35, franz. per Pfd. 0,00-0,60, Beiliger per Pfd. 0,21-0,30, Berdersee per Pfd. 0,25-0,35. Dresdener Wald per Pfd. 0,50-0,60, Dresd. Garten per 100 Pfd. 40-50, Hefige Wald per Pfd. 0,40-0,60. Waisen, Hal runde, per Pfd. 0,10-0,11. Nüssen, Weisna, 300 Stück 12,00-15,00, 380 Stück 10,00-12,00, 200 Stück 7,00-12,00, 420 Stück, klein 7,00. Weintrauben, Bräufel, per 100 Pfd. 60-100.

Jedes Wort 10 Pfennig. Kleine Anzeigen

Advertisement section containing various notices and classified ads. Includes 'Verkäufe' (Sales) with items like 'Gardinenhand', 'Kleider', 'Schuhe', etc. and 'ANZEIGEN' (Notices) with items like 'Kleider', 'Schuhe', 'Kauf', etc. Each item includes a brief description and price.

